



WÄHL,
ALS
GÄB'S
EIN

MORGEN



Medieninhaberin: Die Grünen - Die Grüne Alternative, Bundespartei
Mariahilfer Straße 37-39, 1060 Wien
Hersteller: Druckerei Janetschek, 3860 Heidenreichstein
Grafik: vonhollenstein.at
Wien 2024



gedruckt nach den Richtlinien des
Österreichischen Umweltzeichens,
Druckerei Janetschek GmbH · UW-Nr. 637



INHALT

1. WÄHL KLIMASCHUTZ.	6
1.1 ENERGIEFREIHEIT – RAUS AUS ÖL UND GAS, HIN ZU ERNEUERBAREN ENERGIEN	7
1.2 SAUBERE MOBILITÄT SCHAFFT FREIHEIT, SICHERHEIT UND GESUNDHEIT	10
1.3. POLITIK, DIE DAS KLIMA SCHÜTZT	16
2. WÄHL NATUR.	18
2.1. ECHTER BODENSCHUTZ STATT HALBER SACHEN	19
2.2. TIERSCHUTZ	22
2.3. ARTENVIELFALT	24
2.4. SAUBERE LUFT	25
2.5. KLARES WASSER	26
2.6. GESUNDES ESSEN	28
2.7. LANDWIRTSCHAFT	30
2.8. WÄLDER	32
2.9. ABFALL UND KREISLAUFWIRTSCHAFT	33
3. WÄHL WOHLSTAND.	35
3.1. KLIMASCHUTZ SCHAFFT JOBS UND NEUEN WOHLSTAND	36
3.2. NACHHALTIGE KREISLAUFWIRTSCHAFT UND FAIRE LIEFERKETTEN	40
3.3. ARBEIT	42
3.4. ÖSTERREICHS BETRIEBE STÄRKEN	46
3.5. NACHHALTIGE FINANZEN	47
3.6. NACHHALTIGER TOURISMUS	51
3.7 DIE ZUKUNFT GESTALTEN DURCH DIGITALISIERUNG, TECHNOLOGIE UND FORSCHUNG	52
3.8. INTERNATIONALER HANDEL	55
3.9 FAIRE REGELN FÜR EINE RESILIENTE WIRTSCHAFT	56
3.10. KONSUMENT:INNENSCHUTZ	58
4. WÄHL DEMOKRATIE.	61
4.1. SAUBERE POLITIK	62
4.2. STIMMUNG IN DER GESELLSCHAFT	66
4.3 EUROPA	69
4.4. AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK IM DIENSTE VON GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN	69
4.5 DAS LAND UND ALLE, DIE HIER LEBEN, SCHÜTZEN – UMFASSENDE SICHERHEITSVORSORGE	74
4.6. INNERE SICHERHEIT	77
4.7. MENSCHENRECHTE	79
4.8 ZUSAMMENLEBEN IN VIELFALT	80
5. WÄHL MITEINANDER.	84
5.1. EIN LEISTBARES LEBEN	85
5.2. GENERATIONEN UND FAMILIEN	87
5.3. BILDUNG DER ZUKUNFT	93
5.4. GESUNDHEIT	98
5.5. SPORT UND KULTUR	103
5.6. EIN ÖSTERREICH DER GERECHTEN CHANCEN FÜR ALLE	107

VORWORT

KLIMA ODER KRISE, BÄUME ODER BETON, HOFFNUNG ODER HETZE.

Darum geht's, wenn wir sagen, dass diese Wahl eine Klimawahl ist. Gesunden Boden, auf dem unser Essen wächst, kann man wählen. Frisches Wasser zum Trinken und saubere Luft zum Atmen, dafür kann man sich entscheiden. Im September. Jeder und jede einzelne hat es in der Hand, ob Klima- und Umweltschutz eine starke Stimme bekommen, oder ob das alte Denken erneut die Oberhand gewinnt.

Eine Zeit lang haben alle Parteien so getan, als wären sie um den Klimaschutz bemüht gewesen. Das hatten wir dem hartnäckigen Engagement von Fridays for Future zu verdanken. Am Klimaschutz hat es kein Vorbei gegeben, alle haben was versprechen müssen. Aber die Zeiten haben sich geändert. Der Klimaschutz ist aus den Sonntagsreden wieder verschwunden. Jetzt gibt es nicht mal mehr Lippenbekenntnisse, sondern einen Backlash: Die ÖVP in Österreich und ihre konservativen und rechtspopulistischen Freunde in ganz Europa arbeiten sich am Klimaschutz ab. Da wurde zuerst mit falschen Behauptungen kampagnisiert und jetzt mit Gerichtsverfahren gegen das wichtige EU-Naturschutzgesetz vorgegangen. Und das Wahlversprechen ist klar: Wenn ihr konservativ wählt, gibt es neue Milliarden für Autobahnen und Kürzungen bei allem, was der Umwelt gut tut. Dann wird fleißig weiterbetoniert.

Auch auf die Sozialdemokraten ist dabei traditionell kein Verlass. Das haben wir bei den vielen Autobahnprojekten gesehen, die sie quer durch ein Naturschutzgebiet asphaltieren lassen wollten. Wenn man genau hinschaut, dann sieht man, dass es auch im „roten Wien“ eigentlich immer die Grünen gebraucht hat, damit beim Klima- und Umweltschutz was weitergeht.

Die FPÖ ist sich treu geblieben, sie leugnet den Klimawandel wie eh und je. Rechtsaußen fließt die destruktive Energie lieber in Pläne für den Umbau unseres Heimatlandes nach dem Vorbild Ungarns. Auch da weiß man schon, was man kriegt: Nach der Machtergreifung kommt Korruption, Freunderlwirtschaft und die dazu passenden Angriffe auf die Justiz. Wirtschaftlicher Niedergang und junge Menschen, die das Land verlassen, weil die Perspektive fehlt. Das kriegt man, wenn man blaue Putinfreunde wählt.

OHNE GRÜNE KEIN KLIMASCHUTZ

Wenn es um den Schutz von Klima und Natur geht, dann sind wir Grünen die Durchsetzer-Partei. Wir haben das KlimaTicket erkämpft, das Plastikpfand auf den Boden gebracht und die Erneuerbaren Energien aus Sonne und Wind werden so schnell ausgebaut wie nie zuvor. Wir haben das Steuersystem so aufgestellt, dass klimaschädliches CO₂ einen Preis hat und alle Menschen einen Klimabonus bekommen, der für kleine Einkommen stärker wirkt. Wir investieren die Milliarden, die früher in Autobahnen geflossen sind, jetzt in die Schiene und moderne Züge.

Aber das alles ist nicht selbstverständlich. Dafür braucht es starke Grüne im Parlament und in der Regierung. Und dass es die gibt, ist nicht ausgemacht. Erinnern wir uns, als sich die Grünen aus dem Parlament verabschieden mussten. Das Resultat: ein Parlament und eine Regierung ohne Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Erst durch das Grüne Comeback waren diese Zukunftsanliegen für uns, unsere Kinder und Enkel wieder vertreten – und das stärker denn je. Darum habe ich gekämpft und darum werde ich kämpfen: Weil es eine Kraft, ein Bündnis, eine Partei braucht, die sich mit ganzem Herzen und voller Energie der Zukunft verschrieben hat. Mit der notwendigen Vernunft und hoffnungsvollen Zuversicht.



**DARUM: WÄHL ALS GÄB'S EIN MORGEN.
WÄHL GRÜN.**

Werner Kogler

WERNER KOGLER

Spitzenkandidat für die Nationalratswahl

A man with grey hair, wearing a white long-sleeved shirt and light-colored trousers, is sitting on a wooden boat. He is looking out over a body of water towards a hazy, mountainous background. The text is overlaid on the image.

**1. WÄHL
KLIMASCHUTZ.**

**WÄHL, ALS
GÄB'S EIN
MORGEN.**

1.1 ENERGIEFREIHEIT – RAUS AUS ÖL UND GAS, HIN ZU ERNEUERBAREN ENERGIEN

SO SCHAUT'S AUS

Russlands Angriffskrieg hat uns schmerzhaft klargemacht, was eine Öl- und Gas-Abhängigkeit für Österreich bedeutet. Wenn Putin bestimmen kann, ob unsere Wohnungen warm sind oder nicht, dann kostet uns das Milliarden, gefährdet unsere Sicherheit und befeuert obendrein die Klimakrise. Denn durch die Öl- und Gas-Nutzung entstehen große Mengen an klima- und umweltschädlichen Emissionen, die unserer Gesundheit schaden und die Luft zum Atmen verschmutzen. Die Lösung: Erneuerbare Energien.

UNSERE VISION

Unsere Kinder und Enkelkinder und alle zukünftigen Generationen verdienen eine gute Zukunft, in der sie selbstbestimmt und unabhängig sind von den Energieimporten aus despotischen Regimen. Eine gesunde Zukunft ohne Ab- und Treibhausgase. Eine saubere Zukunft, in der wir Österreich mit Erneuerbaren Energien versorgen. Für uns steht fest: Die Freiheit und Sicherheit unseres Landes leben davon, dass wir unabhängig sind von russischem Gas und saudischem Öl.

Der Weg zum flächendeckenden Einsatz von Erneuerbaren Energien ist zwar weit, lohnt sich aber mehrfach. Denn der nachhaltige Umbau unserer Systeme ist nicht nur die Antwort auf die Klimakrise, sondern auch ein wirtschaftlicher Faktor, von dem alle langfristig profitieren. Erneuerbare sind billiger als fossile Energien und erzeugen dadurch einen Wettbewerbs- und Standortvorteil für ganz Europa. Diese Umstellung ist als große Chance zu verstehen, um das Klima und die Umwelt zu schützen, Energiekosten zu sparen und Arbeitsplätze zu schaffen – oder wie wir sagen: um die Zukunft der nächsten Generationen zu sichern.

1.1.1 MIT SAUBERER ENERGIE HEIZEN

HEIZKESSELTAUSCH VORANTREIBEN

In neu errichteten Gebäuden sind dreckige Kohle-, Öl- und Gasheizungen nicht mehr willkommen – dank unseres Erneuerbare-Wärme-Pakets. Gleichzeitig fördern wir bei bestehenden Gebäuden klimafreundliche Heizsysteme und thermische Sanierungen, um den Umstieg für alle attraktiv und bezahlbar zu machen. Mit einem sozial gerechten Klimaschutz wollen wir die Wärmewende beschleunigen und Menschen unabhängig von fossilen Brennstoffen machen. Ein vollständiger und sozial gerechter Ausstieg aus fossilen Heizungen benötigt aber noch mehr: Zum Beispiel faire, klare Wohnrechtsbestimmungen, sodass das alte Denken Einzelner nicht zulasten der Mieter:innen geht. Daher fordern wir für Mieter:innen ein Recht auf klimafreundliche Wärme. Damit wir den Umstieg hin zu Erneuerbaren gut schaffen, brauchen alle Planungssicherheit und klare Regeln, die lange wirken.

GEOthermie ERLEICHTERN

In Österreichs Erdreich ist viel Wärme gespeichert, besonders in Wien. Doch obwohl Tiefengeothermie einen großen Teil der Fernwärme frei von CO₂ machen könnte, sind in Österreich die Nutzungsrechte dafür schlechter gestellt als für Öl und Gas. Während bereits eine einzige Genehmigung der Montanbehörde für Öl- und Gasbohrungen ausreicht, braucht man für die klimafreundliche Wärmegewinnung die Zustimmung aller betroffenen Grundstückseigentümer:innen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, diese Ungleichbehandlung zu beenden und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die einfache Nutzung der Erdwärme zu schaffen.

1.1.2 GRÜNER STROM FÜR ALLE

STROM AUS SAUBERER ENERGIE

Wir haben ein großes Ziel: Europa soll unabhängig von schmutzigen Öl- und Gasimporten werden und sich vollständig mit sauberer, selbst produzierter Energie versorgen. Es ist entscheidend, dass diese Umstellung gemeinsam mit der Bevölkerung erfolgt. Ein wichtiger Faktor für eine lokale Energieerzeugung ist die Förderung von Solarkraftwerken auf Dächern. Auch die Installation von Balkonkraftwerken möchten wir vereinfachen und günstige Speicherlösungen unterstützen.

Doch die Möglichkeit zur Beteiligung an der Energiewende soll nicht vom Besitz eines für PV-Anlagen geeigneten Daches abhängen. Gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen und Energiegemeinschaften ermöglichen, dass jeweils mehrere Haushalte, auch in Mehrfamilienhäusern und Mietwohnungen, den selbst erzeugten Strom nutzen und teilen können. Das wollen wir einfacher und unbürokratischer gestalten.

Uns ist wichtig, dass Betreiber:innen von Windparks und großen Solarkraftwerken den Strom zu besonders günstigen Konditionen an lokale Haushalte und Energiegemeinschaften anbieten. Zudem möchten wir die Bürger:innenbeteiligung an Erneuerbaren Energiekraftwerken fördern, wie bei den Bürger:innen-Solarkraftwerken in Wien. So wird der Umstieg auf klimafreundliche Energie beschleunigt und alle profitieren davon.

GRÜNER STROM AUS ROT-WEISS-ROT

Fossile Energien, die wir aus Russland und Co beziehen, treiben die Preise in die Höhe – der konsequente Ausbau Erneuerbarer Energien hält unsere Energiekosten stabil und dadurch die Teuerung in Schach. Schon heute sehen wir folgenden Effekt: Scheint die Sonne, sinken die Strompreise. In Zukunft wird dieser Effekt noch stärker und es werden vor allem die Länder einen Wettbewerbsvorteil haben, die frühzeitig in Sonnen- und Windkraftwerke investieren und die Stromnetze ausbauen. Wer den Ausbau verpasst, zahlt weiterhin Dividenden nach Russland.

Um Wind in saubere, günstige Energie umzuwandeln, fördern wir den Ausbau der Windkraft in ganz Österreich – für mehr Unabhängigkeit von teuren Energieimporten sowie mehr Möglichkeiten für Anwohner:innen und Industrie, die direkt vom Windrad vor Ort profitieren. Zudem wollen wir ein Beschleunigungsgesetz für Erneuerbare Energien, das schnellere Genehmigungsverfahren ermöglicht, ohne den Naturschutz zu vernachlässigen. Das bedeutet: Solarkraftwerke auf jedem neuen Parkplatz, einfachere Genehmigung von Photovoltaikanlagen und der Wegfall unnötiger Doppelprüfungen. Durch einen One-Stop-Shop für Genehmigungen soll außerdem nur noch ein Bescheid durch eine Behörde nötig sein. Alle Bundesländer sollen ihren Teil zur Energiewende beitragen und Flächen für den naturverträglichen Ausbau bereitstellen – denn eine gute Zukunft für alle schaffen wir nur gemeinsam.

SAUBERER STROM – GÜNSTIGER FÜR UNS ALLE

Gaskraftwerke bestimmen den Strompreis – zumindest derzeit. Da es noch nicht genügend Erneuerbare Energien gibt, sind wir für die Stromerzeugung nach wie vor auf teure Gaskraftwerke angewiesen. Diese treiben den Strompreis in die Höhe, da das teuerste Kraftwerk den Preis bestimmt. Mit uns wird sich das ändern – denn je mehr Erneuerbare Energien wir im Netz haben, kombiniert mit stabilen Netzen, ausreichend Speichern und zeitvariablen Tarifen, desto weniger brauchen wir Gaskraftwerke und desto günstiger wird der Strompreis für alle.

PHOTOVOLTAIK – DIE KRAFT DER SONNE NUTZEN

Seit wir mitregieren, haben wir die Förderungen für den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen von mageren 50 Millionen Euro auf ganze 600 Millionen Euro erhöht – und das allein für Investitionszuschüsse im Jahr 2023. Dadurch wurden 163.000 PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 2.600 MW neu installiert. Damit haben wir bereits mehr als 40% des Eine-Million-Dächer-Pro-

gramms erreicht! Zum Vergleich: In allen Jahren vor unserer Regierungsbeteiligung waren es insgesamt nur 1.700 MW. Diese Zahlen zeigen, dass wir eine solare Revolution gestartet haben, die durch unsere konsequente Fortsetzung weiterhin Fahrt aufnehmen wird. Mit der Transformation des Energiesektors schaffen wir die Energiewende, erreichen die Klimaziele und sichern unseren Wirtschaftsstandort.

STROMNETZ AUSBAUEN – EINSPEISUNG ERMÖGLICHEN

Da die Netzbetreiber und vorangegangene Regierungen den Solar-Boom verschlafen haben, haben wir mit dem Klimaschutzministerium einen integrierten Netzinfrastukturplan (ÖNIP) vorgelegt, damit der dringend nötige Netzausbau mit der Erneuerbaren Stromerzeugung Schritt hält. Denn um die größeren Mengen an Wind- und Solarenergie auch nutzen zu können, brauchen wir flexible und robuste Netze – damit z. B. alle, die daheim viel Sonnenstrom produzieren, diesen auch einspeisen können. Ein großes Kohle-Kraftwerk und sonst nichts war gestern – viele kleine Erzeuger:innen, die mal mehr, mal weniger, produzieren und verbrauchen, ist heute. Und dieser Strom muss effizient und flexibel transportiert und verteilt werden können, ohne viel Übertragungsverluste. Davon haben alle was – unter anderem geringere Kosten.

ATOMENERGIE – GEGEN GREENWASHING

Der Bau neuer Atomkraftwerke ist extrem teuer und dauert lange. Alte AKW sind ein Sicherheitsrisiko, viele wurden vor über 50 Jahren geplant und halten Stürmen, Überschwemmungen und Co nicht stand. Dazu kommt, dass es durch immer mehr Hitze- und Dürreperioden nicht genug Kühlwasser gibt. Ganz zu schweigen von gefährlichem Atommüll. Dennoch hat die EU-Kommission Atomkraft in die Taxonomie für nachhaltige Investments aufgenommen. Wir haben daher durchgesetzt, dass Österreich gegen diese Einstufung klagt und dieses Greenwashing bekämpft. Österreichs Position gegen Atomkraft bleibt dadurch national und international klar und konsequent.

1.1.3 ENERGIESPAREN

VERBRAUCH SENKEN

Das Potenzial Erneuerbarer Energien ist groß, aber nicht unendlich. Die Ressourcen und Flächen, die es für Erneuerbare braucht, sind begrenzt. Und die günstigste Energie ist sowieso die, die wir nicht verbrauchen. Dementsprechend wollen wir das Bewusstsein dafür stärken, dass der Energieverbrauch nicht unendlich wachsen kann, sondern langfristig gesenkt werden muss. Die Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs ist neben dem Ausbau Erneuerbarer Energien, dem Umstieg von Gas, Öl, Benzin und Diesel auf Erneuerbaren Strom sowie der Speicherung ein entscheidender Faktor unserer Strategie für eine erfolgreiche Energiewende.

DIE ÖFFENTLICHE HAND ZEIGT ES VOR

Wer könnte das Aushängeschild beim Energiesparen sein? Wir finden, öffentliche Institutionen sind perfekt geeignet, um Klimaneutralität vorzuleben. Darum haben wir uns dafür eingesetzt, dass alle Bundesinstitutionen und bundeseigenen Unternehmen klare Maßnahmen setzen: zum Beispiel, dass emissionsfreie Fahrzeuge des Bundes die Norm sind, dass eine thermische Sanierungsquote von 3 % gilt und es Leitlinien für vorbildhafte ökologische Sanierungen, Neubauten nur mit Niedrigstenergiehaus-Standard gibt, und, sofern möglich, PV-Anlagen verpflichtend werden.

VERBRAUCH UND PREISE FLEXIBLER MACHEN

Erneuerbare Energien sind nicht immer im gleichen Ausmaß verfügbar, weil die Sonne nicht immer scheint und der Wind unterschiedlich stark weht. Bei der Anpassung des Verbrauchs an die Erzeugung hilft uns zukünftig mehr und mehr die Digitalisierung, wenn sich beispielsweise die Waschmaschine automatisch einschaltet, sobald die Sonne scheint oder der Wind weht. Intelligente Steuerungen wie diese entlasten die Netze und ermöglichen den Menschen, von besonders

günstigen Strompreisen zu profitieren, etwa auch beim Laden von E-Autos. So entstehen flexible Strompreise, die Verbrauchsspitzen glätten und den flexiblen Verbrauch automatisch auf Randzeiten verschieben.

EFFIZIENZ PRIORISIEREN

Damit ein Energieeffizienzgesetz wirksam werden kann, braucht es klare Regeln – nicht nur für den Bund, sondern auch für jedes Bundesland. Vor allem, weil diese ihren Pflichten gemäß der Europäischen Energieeffizienz-Richtlinie oft nicht nachkommen. Es gibt also viel zu optimieren. Eine unserer Maßnahmen ist das Prinzip „Energieeffizienz an erster Stelle“, durch das künftig bei öffentlichen Ausschreibungen nicht die momentan billigsten Produkte gewählt werden, sondern jene, die über den gesamten Lebenszyklus die geringsten Kosten verursachen. Und damit alle einen fairen Beitrag leisten, erhalten auch die Energieversorger klare Vorgaben für Einsparungen. Außerdem halten wir Mindeststandards für die Energieeffizienz von Produkten, Gebäuden und Industrieanlagen für äußerst wichtig. Denn sie fördern Innovation und die Nutzung besserer Technologien – die Umrüstung von Glühbirnen auf Energiesparlampen ist ein gutes Beispiel dafür, wie dabei der Markt sogar noch gestärkt wird. Eine gute Grundlage dafür ist die europäische Ökodesign-Richtlinie und eine massive Ausweitung der Energielabels, die Verbraucher:innen die Sicherheit geben, aus einem Angebot an zertifizierten und energieeffizienten Produkten zu wählen.

1.2 SAUBERE MOBILITÄT SCHAFFT FREIHEIT, SICHERHEIT UND GESUNDHEIT

SO SCHAUT'S AUS

Verkehr ist so zentral für den Klimaschutz und unsere Gesundheit wie kaum ein anderer Sektor. Seit den 1990ern stiegen die Emissionen – ein Trend, den wir dank zahlreicher Maßnahmen in der aktuellen Legislaturperiode erstmals umkehren konnten. Wir sind mittlerweile Bahnland Nummer eins in der EU und verfügen über gut funktionierende öffentliche Verkehrsinfrastrukturen in den Ballungsräumen. Vorgängerregierungen haben jahrzehntelang in den luftverschmutzenden Bau von Autobahnen und Schnellstraßen investiert. Das Ergebnis: mehr Verkehr und Staus, mehr Dreck in der Luft, weniger nachhaltige Mobilität.

Wir haben den Hebel umgelegt: Mit dem KlimaTicket ist saubere Mobilität einfach zugänglich und günstiger denn je – ein Meilenstein. Insgesamt nutzen bereits über 300.000 Menschen das KlimaTicket Österreich und reisen damit für nur 3 € pro Tag nachhaltig durchs ganze Land. Weitere 1,2 Millionen Menschen in Österreich sind mit einem regionalen KlimaTicket klimafreundlich, komfortabel und leistbar unterwegs. Ab 2024 gibt es ein besonderes Geburtstagsgeschenk für alle 18-Jährigen: Sie können ein Jahr lang kostenlos das KlimaTicket nutzen.

Doch mit der Bahn kommen nicht nur Personen, sondern auch Güter klimafreundlich ans Ziel. Und auch das Fahrrad bringt uns Kilometer für Kilometer weiter in Richtung Klimazukunft, weshalb wir die Mittel für den Ausbau der Radwegeninfrastruktur im Vergleich zu 2019 um das 27-fache erhöht haben. Damit alle sicherer und klimafreundlicher unterwegs sein können.

UNSERE VISION

Günstige Mobilität, die gut für die Umwelt ist, ist auch gut für die Wirtschaft. Und sie fördert gesellschaftliche Teilhabe, weil alle einfach und komfortabel von A nach B kommen können. Unser Ziel ist, dass Menschen nicht auf das Auto angewiesen sind, sondern durch umweltfreundliche Infrastruktur, moderne und barrierefreie Angebote, saubere Technologien sowie faire Tarif- und Steuergestaltung echte Wahlfreiheit haben. Wir streben ein Verkehrssystem an, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird und unsere Lebensqualität steigert – und die

der nächsten Generationen. Deshalb überlegen wir genau, welche Infrastruktur wir bauen und welche nicht. Und überall dort, wo Autos unverzichtbar und alternativlos sind, elektrifizieren wir die Fahrzeugflotten und sorgen für mehr Sicherheit und so wenig Umwelt- und Klimabelastung wie möglich.

Ein Kulturwandel in der Mobilität ist nötig, damit sie für alle besser funktioniert. Autos zu teilen statt zu besitzen, ist bereits ein beliebtes Modell, das weiter gefördert werden wird. Radfahrer:innen und Fußgänger:innen werden künftig in der Verkehrsplanung Priorität haben, um den öffentlichen Raum fairer zu verteilen und die Aufenthaltsqualität zu verbessern – und zwar für wirklich alle.

1.2.1 VERLAGERN

KLIMATICKET AUSBAUEN

Wir wollen das KlimaTicket weiterentwickeln und noch besser machen. Das gratis KlimaTicket für 18-Jährige soll auch in Zukunft weitergeführt werden. Wir möchten auch, dass Lehrlinge und Schüler:innen ein günstiges KlimaTicket erhalten, vor allem wenn sie für ihre Ausbildung in ein anderes Bundesland ziehen oder generell sehr mobil sein müssen. Zudem verbessern wir für alle Kinder und Jugendlichen die regionale Freifahrt in Bildungseinrichtungen und zu Ausbildungen – vom Kindergarten bis zur Matura.

ÖFFIS – DIE ATTRAKTIVE ALTERNATIVE

Ausbauen und vorankommen – konsequent und klimafreundlich. Wir geben den öffentlichen Verkehrsmitteln österreichweit den Vorrang und schaffen bessere Angebote für die letzte Meile vom Bahnhof und der Busstation nach Hause. Schnellbuslinien sollen auf Autobahnen auf bestimmten Spuren Vorrang bekommen – insbesondere an staugeplagten Abschnitten, um Staus zu reduzieren. Zudem stärken wir weiterhin die Passagier:innenrechte in Österreich und der EU, um vielfältiges Reisen mit Zügen und Bussen zu optimieren.

VON WIEN AUS GANZ EUROPA BEREISEN

Nachtzüge erfreuen sich großer Beliebtheit. Deshalb wollen wir die Strecken ausbauen und mehr Nachtzüge auf Schiene bringen. Damit es noch leichter wird, klimafreundlich durch Europa zu reisen, wollen wir eine europaübergreifende Buchungsplattform und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Bahnunternehmen. Unsere Europa-Abgeordneten setzen sich außerdem für einen EU-weiten Höchstpreis von 10 Cent pro Bahnkilometer zwischen Hauptstädten ein.

BAHN AUSBAUEN

Angebot erweitern, Jobs sichern, Regionen stärken – das ist das Zielnetz 2040 als langfristige Bahnausbau-Strategie. Wir fordern mehr Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und gute Anschlüsse, mit einem landesweiten Taktfahrplan und besseren Umsteigemöglichkeiten. Ausbauten in Ballungsräumen halten die Knoten im Bahnnetz leistungsfähig – Regionalbahnen, die jahrelang kaputtgespart wurden, sollen erhalten und modernisiert werden. Wir sorgen auch dafür, dass Großprojekte wie Koralm, Semmering sowie Brenner den Fahrgästen maximalen Nutzen bringen, und sichern durch die Ausbildungsoffensive zahlreiche Jobs in Planung, Elektrifizierung und Wartung. So machen wir den Umstieg auf die Bahn zum Aufstieg für alle.

ZUG STATT FLUG

Starke Zuwächse im Fernverkehr zeigen, dass schnelle Zugverbindungen klimaschädliche Flugverbindungen ersetzen können – sofern es attraktive Angebote gibt. Europäische Zugverbindungen müssen daher noch günstiger, transparenter und attraktiver werden mit verbessertem Ticketing und klaren Entschädigungsansprüchen. Unsere Position ist klar: Bahnausbau statt Flughafenausbau, und daher keine 3. Piste in Wien-Schwechat. Österreichs Abhängigkeit von Flugverkehr ist ein Nachteil für Wirtschaft, Gesellschaft und Klima. Die dringendsten Maßnahmen:

Kurzstreckenflüge reduzieren und anständige Arbeitsbedingungen in der Luftfahrt gewährleisten. Außerdem fordern wir ein Ende des Steuerprivilegs für Kerosin, eine Vielfliegerabgabe und ein Verbot von Privatjetflügen innerhalb Europas.

FUSS- UND RADVERKEHR – MEHRWERT FÜR ALLE

Vor der grünen Regierungsbeteiligung wurde nichts getan, um das Zufußgehen und Radfahren zu fördern. Die Symptome: ein Budget, das man mit der Lupe suchen musste, niemand fühlte sich zuständig, und eine Straßenverkehrsordnung, die nur aufs Auto und nicht auf den Menschen achtet. Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt und stärken die Rechte der Radfahrenden und Zufußgehenden. Denn in der aktiven Mobilität liegen so viele Chancen. 40 % aller Autofahrten sind kürzer als fünf Kilometer. Damit diese kurzen Wege auch öfter zu Fuß und mit dem Rad zurückgelegt werden können, brauchen wir Platz für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen. Eine bessere Aufenthaltsqualität durch Begrünung und Platz zum Spazieren ist außerdem gut für die lokale Wirtschaft. Das sehen wir überall dort, wo Begegnungs- und Fußgängerzonen laute, dreckige Autospuren und Parkplatzwüsten ersetzt haben.

MEHR SICHERHEIT UND PLATZ FÜR RADFAHRER:INNEN

Was haben Dänemark, die Niederlande und Schweden gemeinsam? Besonders viele Wege werden mit dem Fahrrad zurückgelegt. Und das hat einen Grund: Die Infrastruktur für Radler:innen ist gut und sicher. Nach jahrzehntelangem Stillstand ist mit der Grünen Regierungsbeteiligung auch in Österreich viel vorangegangen. Diesen Weg wollen wir weitergehen und den Ausbau der sicheren Radinfrastruktur vorantreiben – und dort, wo dies nicht möglich ist und eine Gefahr für Radfahrer:innen besteht, prüfen wir Geschwindigkeitsreduktionen. Eine verbindliche Vereinbarung zwischen Bund und Ländern definiert ein österreichweites Zielnetz an Radwegen, das Qualität, Sicherheit und Komfort bietet und die ausreichende Finanzierung absichert. Dadurch können in Zukunft alle Menschen angstfrei und gefahrenlos mit dem Rad fahren. Bei sämtlichen Verkehrs-Infrastrukturprojekten soll daher künftig ein deutlich größerer Fokus auf dem Radverkehr liegen. Wenn Straßen renoviert oder neue Wohngebiete gebaut werden, sollen abgetrennte Radwege und Abstellplätze die Regel sein – damit sich Radfahrende möglichst wenig Straßen mit Autos teilen müssen. Zudem streben wir an, dass Bahnhöfe und Schulen besser an Radwege angebunden und Schulvorplätze verkehrsberuhigt werden.

ÖSTERREICH WIRD FAHRRADLAND

Steuerliche Erleichterungen und Vorteile machen das Fahrrad auch zum Pendeln attraktiver – die reformierte Pendlerpauschale soll in Zukunft Rücksicht darauf nehmen. Wir fördern zudem das Fahrradfahren bei den Kleinsten. Der Fahrradführerschein soll ausnahmslos von allen Kindern gemacht werden können. So sichern wir nachhaltige Mobilität vom Kindesalter an. Das Fahrrad ist aber mittlerweile auch ein nicht mehr wegzudenkender Wirtschaftsfaktor, der in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird, insbesondere das Lastenrad. Doch damit Österreich hier eine Vorreiterrolle einnimmt, braucht es eine Mobilitätspolitik, die sich nicht nur auf den Freizeitradverkehr beschränkt, sondern den Radverkehr in allen seinen Aspekten ernstnimmt, fördert und weiter stärkt. Darum wollen wir in der Straßenverkehrsordnung die Rechte der aktiven Mobilität weiter stärken. Länder und Gemeinden sollen noch mehr Unterstützung bekommen, wenn es um Umsetzung, Finanzierung und Know-how geht – damit möglichst schnell möglichst vieles besser wird.

CAR SHARING GESETZ

Wer auf Autos angewiesen ist, soll sie bequem teilen können, statt eines besitzen zu müssen – dazu brauchen wir ein Carsharing-Gesetz, ähnlich wie in Deutschland. Denn ein einziges Carsharing-Auto ersetzt bis zu 20 private PKWs. Die eingesparten Ressourcen wie Platz im öffentlichen Raum und Geld nutzen wir dann in unseren Städten für Radwege, Grünflächen und Baumpflanzungen.

GÜTERVERKEHR AUF DER BAHN SICHERN

Wir wollen Güter auf Schiene bringen und die Bevölkerung entlasten – für weniger Lärm, Stau und Schadstoffe. Insbesondere rund um den Brenner-Basistunnel arbeiten wir mit dem Ausbau der Zulaufstrecke an einer nachhaltigen Lösung für den Transitverkehr. Die Verlagerung von der Straße auf die Schiene ist dringend notwendig, weshalb wir uns für eine europaweite Zusammenarbeit einsetzen, die den Transitgemeinden langfristig helfen.

Wichtig ist auch die rasche Harmonisierung der europäischen Bahnsysteme für schnellere und günstigere Gütertransporte. Mit dem ROLA-Zukunftspakt – kurz für Rollende Landstraßen – wollen wir durch modernes Rollmaterial, zeitgemäße Begleitwagen und ein Slot-System die Zukunft des nachhaltigen Güterverkehrs gestalten und sichern.

SCHIENE UND SEEWEG STATT STRASSE

Ein Güterzug ersetzt bis zu 52 LKWs. Wir lehnen alles, was unsere Straßen und dadurch den Lebensraum belastet, entschieden ab – und dazu zählen Gigaliner-LKW. Wir möchten stattdessen die Wettbewerbsfähigkeit des Schienengüterverkehrs steigern, indem wir die Kapazitäten ausbauen, Fördersysteme weiterentwickeln, die zulässige Durchschnittsgeschwindigkeit erhöhen, die Digitalisierung vorantreiben und Anschlussbahnen in der Raumplanung berücksichtigen. Das betrifft auch den Schiffsverkehr, der durch die Weiterentwicklung von Terminals und mehr Umschlagsmöglichkeiten wettbewerbsfähiger wird. Denn Schiffe können noch mehr transportieren als Güterzüge.

KOSTENWAHRHEIT

Beim Transitverkehr müssen endlich gleich strenge Standards wie bei der Bahn gelten – damit der Markt fairer und die Verkehrssicherheit höher wird. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die EU-Vorgaben zur LKW-Maut umfassend alle Klima-, Umwelt-, Gesundheits-, Lärm- und Staukosten berücksichtigen. Eine zusätzliche Maßnahme, um die Infrastruktur zu schützen: höhere Strafen für Überladung.

1.2.2 VERMEIDEN

RAUMORDNUNG, DIE VERKEHR REDUZIERT

Bürger:innen sollen kürzere Alltagswege haben – dafür braucht es lebendige Ortskerne statt Einkaufs- und Fachmarktzentren in der Peripherie. Über den Finanzausgleich und andere Instrumente sollen Maßnahmen für eine verkehrsreduzierende Raumordnung umgesetzt werden.

BUNDESBEITRÄGE MIT KLIMAKRITERIEN – WER ZAHLT, DARF MITREDEN

Der Bund soll in Zukunft entscheiden können, dass Geld für den regionalen Bahnverkehr, Radwege, Haltestellen, Park&Ride-Anlagen oder Lärmschutz nur dann bereitgestellt wird, wenn bestimmte Eignungskriterien erfüllt sind. Diese Kriterien könnten zum Beispiel ein Raum- und Mobilitätsmanagement oder das Einheben einer Verkehrsanschlussabgabe beinhalten, um Klimaziele zu erreichen. Diese Finanzierung soll, wie es das Klimaschutzministerium bei der Regionalstadtbahn Linz vorzeigt, an Klimapartnerschaften für Projekte in den Ländern und Gemeinden gekoppelt werden.

ÖKOSOZIALE ABGABENSTRUKTUR

Wir setzen uns für die Fortsetzung der Ökologisierung von Steuern und Abgaben im Kfz-Bereich ein, besonders beim Kauf durch ein Bonus-Malus-System (z. B. E-Auto Prämie, CO₂-Abgabe). Auch Parkgebühren und die Pendlerpauschale sollen ökologischer und sozialer werden, wodurch die Pendlerpauschale als Absetzbetrag, unabhängig vom Einkommen, für umweltbewusste Pendler:innen fairer wird. Wir wollen außerdem, dass Öffi- und Auto-Pendler:innen gleichbehandelt werden und dass Pendeln mit dem Fahrrad mittels Mobilitätsmanagement und steuerlichen Begünstigungen gefördert wird.

CITY-LOGISTIK FÜR BESSERE STÄDTE

Um den Güterverkehr in unseren Städten zu verbessern und seine negativen Auswirkungen zu verringern, fordern wir ein Maßnahmenpaket. Damit soll der Bund unsere Städte dabei unterstützen, eine klimaneutrale City-Logistik zu erreichen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Paket-Zusteller, die ein hohes Verkehrsaufkommen verursachen. Zu den Maßnahmen gehören: Zonen, in denen nur emissionsfreie Lieferfahrzeuge fahren dürfen; Paketboxen ohne Markennamen, die von allen Lieferdiensten genutzt werden können; spezielle Bereiche für Lieferungen in dicht bebauten Gebieten; finanzielle Unterstützung und Steuervorteile für gemeinsame Zustellungen. Außerdem sollen soziale Standards in der Lieferbranche stärker beachtet werden.

LKW-MAUT AUSWEITEN, MENSCHEN ENTLASTEN

Es kann nicht sein, dass Anrainer:innen und Umwelt die Kosten für Transitverkehr auf den Straßen tragen. Wir fordern daher, den EU-Spielraum für die LKW-Maut in Österreich vollständig auszuschöpfen und die Mautpflicht auf weitere Straßenteile nach Schweizer Vorbild auszuweiten. Zudem erarbeiten wir einen Vorschlag an die Europäische Kommission, durch den die Richtlinien überarbeitet und flexiblere Mauttarife für stark belastete Korridore ermöglicht werden.

TANKTOURISMUS BEKÄMPFEN

Tanken darf keine Reise wert sein. Der Tanktourismus, der durch die vergleichsweise niedrigen Treibstoffpreise in Österreich entsteht, führt zu hunderttausenden Umwegfahrten durchs Land. Das verursacht mehr Abgase, schlechtere Luft und eine hohe Belastung für unsere Gesundheit und fürs Klima. Daher werden wir alle rechtlich möglichen Maßnahmen ergreifen, um diese Entwicklung zu bekämpfen und den Schwerverkehr zu reduzieren.

LÄRMSCHUTZ FÖRDERN

Dem Lärmschutz Gehör verschaffen – mit durchsetzbarem Recht. Denn Lärm ist ein Umweltproblem, das den Alltag der Menschen spürbar beeinträchtigt und die Gesundheit erheblich belastet, insbesondere Verkehrslärm von Straßen und Flugzeugen. Daher möchten wir dafür sorgen, dass es weniger Lärm in Österreichs Gemeinden gibt, und dass die Grenzwerte, die die WHO empfiehlt, besser und öfter eingehalten werden. Ein Beitrag dazu ist, dass Bürgermeister:innen von betroffenen Gemeinden leichter eine Temporeduktion auf Autobahnen umsetzen können, ähnlich wie wir es für Tempo 30 in Ortsgebieten bereits erreicht haben.

1.2.3 VERBESSERN

VERKEHRSSICHERHEIT ERHÖHEN FÜR VISION ZERO

Zwei Drittel der im Straßenverkehr getöteten oder schwer verletzten Personen sind Fußgänger:innen und Radfahrer:innen, besonders ungeschützt sind oft Kinder. Mit der langfristig angelegten „Vision Zero“ rufen wir das Ziel aus, keine Verkehrstoten mehr zu haben. Auf dem Weg dorthin soll der Schutz massiv erhöht und die Zahl der Toten und Schwerverletzten bis 2030 halbiert werden. Das erreichen wir durch wirksame Temporeduktionen, sichere Infrastruktur für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen sowie Maßnahmen gegen Ablenkung und Beeinträchtigungen im Straßenverkehr.

WENIGER EMISSIONEN, MEHR LUFTQUALITÄT

Die Luft wird dünner für die weiterhin zu hohen Schadstoff-Emissionen des Straßenverkehrs: Mit einem mehrstufigen Plan machen wir uns nämlich für die Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie stark, die gerade für die Transitregionen besonders wichtig ist. Zudem setzen wir uns für eine konsequentere Durchsetzung von strengeren Strafen für Abgasmanipulationen ein, die die Umwelt und das Klima belasten.

TECHNOLOGIEKLARHEIT SCHAFFT VORTEILE

Der Beschluss, ab 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge zuzulassen, schafft Planungssicherheit und Technologieklarheit – für Hersteller, Zulieferer und Konsument:innen. Weil Verbrenner den Großteil der Energie als Abwärme verschwenden, ist der schlichte Umstieg auf andere Treibstoffe wie E-Fuels ineffizient und teuer. Agrotreibstoffe, die nicht auf Kosten von Natur und Ernährungssicherheit produziert werden, sind rar und teuer. Noch teurer sind E-Fuels, für deren Produktion enorme Strommengen erforderlich sind. Wir plädieren daher dafür, diese Treibstoffe nur dort einzusetzen, wo andere Antriebe nicht möglich sind, wie zum Beispiel im Flug- und Schiffsverkehr. Bei Autos, einspurigen Fahrzeugen und Lieferwagen ist hingegen die direkte Verwendung von Ökostrom für den Antrieb viel effizienter und günstiger.

E-MOBILITÄT – SAUBERES FAHREN AUF DER ÜBERHOLSPUR

Wir arbeiten an einem Verkehrssystem, das weniger Dreck in die Luft pumpt. Ein Baustein dafür sind Förderung für E-Fahrzeuge und Ladeinfrastruktur, die wir in der Regierung auf den Weg gebracht haben – für Privatpersonen, Gebietskörperschaften, Vereine und Unternehmen – inklusive spezieller Programme für Schwerfahrzeuge und Busse. Dadurch stieg der Anteil sauberer Fahrzeuge in den letzten Jahren deutlich. 2023 wurden erstmals mehr E-PKW als Diesel-PKW in Österreich neu zugelassen. Diesen Weg setzen wir entschlossen fort, besonders im Güter- und öffentlichen Verkehr. Wichtige Erfolgsfaktoren sind zudem transparente und einheitliche Lade-tarifsysteme ohne Zugangsbarrieren (Apps, Club-Mitgliedschaften) sowie Fördermodelle für einkommensschwache Haushalte.

Wir fördern zusätzlich die Reparaturfähigkeit von E-Fahrzeugen im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Aktuell können E-PKW-Akkus zu etwa 85 % recycelt werden. Unser Ziel ist es, weiterhin Fortschritte in der Batterietechnologie zu ermöglichen, um kritische Rohstoffe zu verringern und die Nachhaltigkeit zu erhöhen.

INFRASTRUKTUR FÜR E-MOBILITÄT – FAIRNESS FÖRDERN

Wir werden in Zukunft elektrisch unterwegs sein. Damit das möglichst komfortabel und schnell geht, braucht es auch die richtige Infrastruktur. E-Tankstellenbetreiber sind aktuell nicht von der gesetzlichen Tankstellendefinition umfasst und dadurch gegenüber Betreibern von Tankstellen mit fossilen Brennstoffen benachteiligt. Das bringt nicht nur den Betreiber:innen wirtschaftliche Nachteile, sondern führt vor allem dazu, dass E-Ladestationen nicht in dem Tempo ausgebaut werden, wie die Nutzer:innen von klimafreundlichen E-Autos es derzeit eigentlich benötigen würden. Ein fairer Wettbewerb ist nur möglich, wenn beide Arten von Tankstellen gleichberechtigt agieren dürfen. Dazu gehört auch, dass E-Tankstellen z. B. keine Produkte des täglichen Bedarfs verkaufen dürfen, während die meisten alten Tankstellen ganz selbstverständlich auch als kleine Nahversorger wirtschaften dürfen – eine wichtige Rolle gerade im ländlichen Raum. Mit diesen Unterschieden wollen wir Schluss machen und dafür sorgen, dass E-Ladestationen nicht mehr benachteiligt werden.

SAUBERE LKW

Güterverkehr, der nicht vermieden oder auf emissionsarme Verkehrsträger verlagert werden kann, soll bis 2040 auf emissionsfreie Antriebe umgestellt werden – mit Investitionen in Fahrzeugflotten und Ladeinfrastruktur. Darum wollen wir die Förderprogramme für Gemeinden und Unternehmen nicht nur fortsetzen, sondern ausbauen.

1.3 POLITIK, DIE DAS KLIMA SCHÜTZT

SO SCHAUT'S AUS

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Seit der Industrialisierung sind die globalen Temperaturen bereits um über 1 °C und in Österreich um über 2 °C gestiegen. 2023 war das heißeste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen und bei ungebremster Erwärmung wird es in Österreich bis 2100 um mindestens 5 °C im Durchschnitt heißer sein. Das bedeutet, dass es immer mehr Hitzetage und Tropennächte geben wird – und das hat dramatische Auswirkungen auf unser aller Gesundheit, auf unsere Ernte und unsere Sicherheit, die durch immer häufigere, immer stärkere Wetterextreme wie Überschwemmungen und Murenabgänge bedroht ist.

Österreich und die EU haben sich zum Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet, das eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C vorsieht – idealerweise auf 1,5 °C. Mutiger, konsequenter Klimaschutz ist notwendig, um unsere Zukunft zu sichern und unsere Lebensgrundlage zu bewahren.

UNSERE VISION

Das Ziel ist klar: Österreich wird bis 2040 klimaneutral. Wir haben in den letzten 5 Jahren schon viel erreicht, aber der Weg zur Klimaneutralität ist ein langfristiges politisches Projekt. Wir machen uns daher für einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen stark, um die Treibhausgas-Reduktionsziele effektiv erreichen zu können. Weil Klimaschutz alle Lebensbereiche betrifft, erfordert er eine Verankerung in den unterschiedlichsten Bereichen, klare Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie zielgerichtete Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Es ist entscheidend, früh das Richtige zu tun und das Falsche noch früher zu unterlassen, um bis 2040 klimaneutral zu sein. Durch Anreize und gesetzliche Vorgaben möchten wir die Richtung vorgeben und die erforderlichen Veränderungen in allen Wirtschaftsbereichen ermöglichen – immer auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse.

KLIMARAHMENGESETZ – MEHR RECHT AUF BESSERES KLIMA

Das europäische Klimagesetz ist die Grundlage für Österreichs Klimaschutz. Doch auch nationale Regeln sind nötig. Unsere Klimaschutzmaßnahmen und die gesetzlichen Regelungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass Österreichs Emissionen erstmals nachhaltig sinken. Es braucht aber weiterhin einen gesetzlichen Rahmen, der die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten regelt. Ein effektives Klimarahmengesetz hat klare Ziele und Vorgaben für alle Sektoren, wie zum Beispiel ein verbindliches CO₂-Budget, das festlegt, wie viel Emissionen wir uns noch leisten können.

Wenn die Ziele nicht erreicht werden, müssen schnell zusätzliche Maßnahmen greifen, mit klaren Zuständigkeiten, Zeitplänen und Ressourcen. Ein verbindlicher Klimacheck soll die Auswirkungen neuer Gesetze auf die Treibhausgasemissionen einschätzen und der Politik einen klaren Rahmen geben. Wir setzen uns auch dafür ein, ein einklagbares „Grundrecht auf Klimaschutz“ in der Verfassung zu verankern, um ein lebenswertes Leben für uns und zukünftige Generationen zu sichern. Ein weiteres wichtiges Instrument ist ein regelmäßiger Klimarat der Bürger:innen und die Einbindung ihrer Empfehlungen in die Regierungsarbeit.

VORBILDWIRKUNG DER ÖFFENTLICHEN HAND

Die öffentliche Hand macht als Österreichs größte Einkäuferin einen großen Unterschied, weshalb Nachhaltigkeitsaspekte in den Vergabeverfahren stärker berücksichtigt werden müssen. Mit dem Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung legten wir Kriterien für 16 Produktgruppen fest, die wir auf weitere Gruppen ausweiten möchten.

Die Umstellung der Fuhrparks auf E-Mobilität sowie die Verlagerung von Dienstreisen auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder sind wichtige Schritte. Doch das große Ziel ist die Anwendung des Bestbieter- statt des Billigstbieterprinzips – denn bei öffentlichen Ausschreibungen zählen nicht nur die Kosten, sondern auch qualitative Aspekte und langfristige Auswirkungen, wie die Nähe der Lieferant:innen für Serviceleistungen und Reparaturen. Den gesamten Lebenszyklus eines Produkts bereits bei der Ausschreibung einzubeziehen, lässt die öffentliche Hand die Kreislauffähigkeit und Energieeffizienz deutlich sinnvoller beurteilen.

AN DIE KLIMAKRISE ANPASSEN

Die Klimaveränderung hinterlässt schon heute deutliche Spuren. Das oberste Gebot ist es, Österreich schnell auf die unausweichlichen Folgen der Erderhitzung vorzubereiten und die Widerstandsfähigkeit in allen Ökosystemen und gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Die Wirtschaft insgesamt und insbesondere die Landwirtschaft, die von Hochwasser, Hagel und Dürre betroffen ist, benötigen Schutz durch Anpassungen.

Um das Thema ganzheitlich und vorbeugend anzugehen, sollen Kompetenzbereiche verknüpft, Frühwarnsysteme ausgebaut und internationale Finanzierungen gestärkt werden.

INTERNATIONALE KLIMAFINANZIERUNG: WEITERE AUFSTOCKUNG DER ÖSTERREICHISCHEN MITTEL

Österreich hat in den letzten Jahren unter Grüner Regierungsbeteiligung Länder, die schon jetzt besonders stark unter den Folgen der Klimakrise leiden, finanziell besonders unterstützt.

Neben Vorzeigeprojekten auf bilateraler Ebene haben wir die Mittel für den Green Climate Fund (GCF), den Klimawandelanpassungsfonds und den neuen Fonds für Verluste und Schäden gesichert. All diese Zahlungen tragen dazu bei, dass Länder des Globalen Südens den Wandel in Richtung klimafreundlicher Technologien und Klimawandelanpassung bewältigen. Wir stehen auch in Zukunft dafür, unsere internationale Verantwortung zu übernehmen und angemessene Beiträge zu leisten.

KLIMASOZIALFONDS

Beschlossene und klimafreundliche Sache: der Klimasozialfonds (Social Climate Fund, SCF) – parallel zur Einführung des neuen Emissionshandels für Gebäude und Verkehr in der EU. Jene, die von der CO₂-Bepreisung besonders betroffen sind, werden damit unterstützt und Energie- sowie Mobilitätsarmut bekämpft. Wir setzen uns dafür ein, dass der Fonds vor allem jenen Menschen in Österreich wirksam unter die Arme greift, die wenig Einkommen haben. Im Fokus steht die Unterstützung bei Sanierungen, Energieeffizienz und leistbaren öffentlichen Verkehrsmitteln.



**2. WÄHL
NATUR.**

**WÄHL, ALS
GÄB'S EIN
MORGEN.**

2.1 ECHTER BODENSCHUTZ STATT HALBER SACHEN

SO SCHAUT'S AUS

Täglich gehen in Österreich fast 12 Hektar Grünflächen, Wiesen und Wälder verloren – das entspricht 16 Fußballfeldern. Diese Flächen weichen Einkaufszentren, Parkplätzen, Logistikzentren und Luxus-Chalets. Einmal versiegelt, sind die Böden verloren. Selbst wenn sie entsiegelt werden, dauert es Jahrzehnte, bis sie alle ihre natürlichen Eigenschaften wieder hergestellt haben. Das hat schlimme Folgen. Denn weniger fruchtbarer Boden bedeutet weniger heimisches Gemüse und Getreide, weniger Schutz vor Hochwassern – weil im Asphalt nichts versickern kann –, weniger Lebensraum für Pflanzen und Tiere sowie weniger Klimaschutz, da Moore, Wälder und Wiesen CO₂ aufnehmen und umwandeln können. Obendrein gehen durch jahrzehntelange Fehlplanung in der Raumordnung lebendige Ortskerne kaputt. Statt Nahversorgung und Gasthäuser im Zentrum zu haben, haben Österreichs Bundesländer und Gemeinden Fachmarkzentren in Schuhschachtel-Optik an Kreisverkehre am Ortrand verbannt. Zu viele Äcker, Wiesen und Wälder sind der Betonierwut zum Opfer gefallen.

UNSERE VISION

Wir wollen sichern, was für uns alle lebenswichtig ist: gesunde Böden. Denn sie speichern Wasser und binden Kohlenstoff sowie Schadstoffe. Sie bieten Lebensraum für Pflanzen und Tiere und sind die Basis für unsere Nahrungsmittelproduktion. Sie reinigen unser Trinkwasser und kühlen unsere Städte. Bodenschutz ist Klimaschutz, Artenschutz, Hochwasserschutz, Ernährungssicherheit und schlicht Menschenschutz.

Wir kämpfen dafür, dem ungezügelten Verbetonieren unserer Heimat endlich ein Ende zu setzen und den Flächenverbrauch auf 2,5 Hektar pro Tag zu begrenzen. Das würde nach wie vor den Bau von 600.000 Wohnungen und 20.000 Kindergärten pro Jahr zulassen. Unnötig versiegelte Flächen sollen aufgebrochen und der Natur zurückgegeben werden – damit aus Parkplätzen Parks werden können. Ortskerne sollen wiederbelebt werden – durch Nahversorgung, Handel, Dienstleistungen und Gastronomie im Zentrum unserer Gemeinden statt am Straßenrand in der Peripherie.

2.1.1 DAS ZUBETONIEREN STOPPEN

ROT-WEISS-ROTE ENTSIEGELUNGSOFFENSIVE

Österreich wird zugebaut. Jedes Jahr wird eine Fläche in der Größe des Wörthersees zubetoniert. Das gefährdet unsere Zukunft, Ernährungssicherheit und Resilienz im Kampf gegen die Klimakrise und ihre Folgen. Wir wollen daher nicht nur den Verlust fruchtbarer Äcker und Wiesen stoppen, sondern auch bereits versiegelte Flächen wieder öffnen, um den Wasserhaushalt zu verbessern und vermehrt aufkommende Hochwasser besser zu managen. Versiegelte Flächen wie Parkplätze und ungenutzte Industriegebiete beeinträchtigen das Wassermanagement erheblich und tragen zusätzlich zur städtischen Überhitzung bei.

Mit einem österreichweiten Entsiegelungswettbewerb, ähnlich dem niederländischen „Tegelwippen“, wollen wir unsere Umwelt und Lebensqualität verbessern. Solche Wettbewerbe fördern innovative und nachhaltige Stadtentwicklung mit sozioökonomischen Vorteilen. Durch Entsiegelung können neue Grünflächen entstehen und urbane Lebensräume ökologisch aufgewertet werden – das Pflanzen von Bäumen auf diesen Flächen verbessert die Luftqualität und reduziert Hitzeinseln. Dies fördert die Biodiversität, schafft Erholungsräume und bietet Lebensräume für Tiere.



Ein Entsiegelungsfonds des Bundes ist dafür entscheidend, da Entsiegelung teuer ist. Einige Bundesländer wie Oberösterreich haben bereits Förderprogramme. Der Bund soll diese nochmals verdoppeln, um mutige Projekte ausreichend zu unterstützen.

BODENSCHUTZSTRATEGIE – BÖDEN UND ZUKUNFT SICHERN

Unsere Bodenschutzstrategie sieht ein verbindliches 2,5-Hektar-pro-Tag-Ziel bis 2030 vor. Wir setzen uns für klare Ziele und Regeln ein, die sowohl die Bundesländer als auch die Gemeinden verpflichten. Die Ziele der Bodenschutzstrategie: weniger Flächenverbrauch; die Stärkung der Orts- und Stadtzentren; ein effizientes Flächenmanagement und aktive Bodenpolitik; die Reduktion des Flächenverbrauchs und der Ausgleich bereits versiegelter Flächen durch Entsiegelung; die Ausweitung von Zonen, die für die landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen sind, und von ökologischen Vorrangflächen, die dem Schutz der biologischen Vielfalt dienen. Weiters sollen Böden nach ihrer Funktion innerhalb des Ökosystems, einschließlich ihrer Fähigkeit, CO₂ zu speichern, bewertet werden. Dies hilft dabei, ihre Bedeutung für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen und zu schützen.

RAUMORDNUNG

Wir fordern eine Bundesrahmenregelung in der Raumordnung, um so den Bundesländern beim Flächensparen zu helfen. Dazu gehören Bebauungsfristen, damit Boden kein Spekulationsobjekt bleibt, und ein wirksamer Schutz der wertvollsten Ackerflächen. Wer Boden schützt, soll belohnt werden. Einerseits, mit einer Unterstützung für gemeindeübergreifende Betriebsansiedlungen – so sollen Gemeinden Steuereinnahmen von Betrieben teilen können. Andererseits sollen Gemeinden unterstützt werden, die überschüssige Baulandreserven wieder als Grünland widmen und leerstehende Gebäude sanieren, bevor sie neu bauen.

STEUERREFORM GEGEN FLÄCHENFRASS

Österreich ist Weltmeister – doch leider beim Versiegeln. Das liegt vor allem an kontraproduktiven Anreizen im Steuersystem, das bauwütige Gemeinden fördert, statt einen schonenden Umgang mit Böden zu belohnen. Wir fordern daher eine Reform der bodenbezogenen Steuern, um eine sozial gerechtere Steuerverteilung zu erreichen und zudem den Bodenschutz verstärkt zu berücksichtigen. Dabei geht es unter anderem darum, die Kommunalsteuer so zu reformieren, dass sich belebte Ortskerne und geschützte Grünflächen mehr lohnen als Gewerbeparks am Ortsrand. Für Entsiegelungsmaßnahmen soll es zudem finanzielle Anreize in Form eines Entsiegelungsbonus geben, der Bürgermeister:innen dabei unterstützt, Bäume zu pflanzen, statt Asphalt zu walzen.

LEERSTANDSABGABE – IN ALLEN BUNDESLÄNDERN

Wir haben die Kompetenz der Bundesländer erweitert, sodass sie künftig Leerstandsabgaben einführen können, die tatsächlich wirken. Jetzt sind die Bundesländer gefordert, die wichtige Anti-Spekulationssteuer umzusetzen, denn jede leerstehende Wohnung verringert das Angebot für Menschen, die auf der Suche nach leistbarem Wohnraum sind.

NACHVERDICHTEN UND MOBILISIEREN

Unsere Devise: Nachverdichtung und Dachausbauten statt Betonierung grüner Wiesen. Für die kommenden Jahre ist die zentrale Aufgabe der Wohnbaupolitik, Leerstand wieder nutzbar zu machen – denn Wohnungen sind für die Menschen da und nicht fürs Spekulieren. Dafür setzen wir auf effektives Leerstandsmanagement in Form von Leerstandserhebungen, -datenbanken und -aktivierung. Dazu fördern wir Bauweisen bei Neubauten, die auf den sparsamen Umgang mit der Ressource Boden bedacht sind. Zudem wird die Revitalisierung von Brachflächen fortgesetzt und ausgebaut. Anstatt fruchtbarer Agrarflächen sollen ungenutzte Gewerbe- und Industriegebiete und Gebäude umgewidmet werden. Außerdem sollen Gemeinden über die Vertragsraumordnung vermehrt auf die Verwendung von Grundstücken Einfluss nehmen können, um nachhaltiges und leistbares Bauland zu schaffen und Ortskerne zu beleben.

BODENWERTABGABE REFORMIEREN

Derzeit besteuert die Bodenwertabgabe unbebautes, gewidmetes Bauland und bringt wenig ein, da nicht der reale Verkehrswert des Grundstückes herangezogen wird, sondern ein niedriger Einheitswert. Das wollen wir ändern und die Bodenwertabgabe damit zu einem starken Baulandmobilisierungsinstrument machen, und zugleich insbesondere langfristige Bodenspekulation unterbinden. Freibeträge für Grundstücke im Familienbesitz sind dabei zu berücksichtigen.

VERSIEGELTE FLÄCHEN ZUR ENERGIEGEWINNUNG NUTZEN

Viele Flächen haben ungenutztes Potenzial. Wir setzen uns für verpflichtende Photovoltaikanlagen auf Parkplätzen ab 50 Stellplätzen sowie auf allen neuen Parkplatzflächen ein – damit aus dem Parkplatz vorm Supermarkt ein kleines Kraftwerk wird. Auch Lärmschutzwände eignen sich perfekt für Solaranlagen, genau wie Gewerbeneubauten – bestehende Dächer sollen innerhalb einer Übergangsfrist mit PV-Anlagen ausgestattet werden.

2.1.2 FRUCHTBARE FLÄCHEN

BODENSCHUTZ SICHERT UNSERE ERNÄHRUNG

Artenreiche, naturnahe Landschaften bieten nicht nur Erholung für uns Menschen, sie sind Lebensräume für Pflanzen und Tiere, wie Wildbienen, Schmetterlinge und Vögel. Diese wiederum bestäuben Pflanzen, wie etwa Obstbäume, und ermöglichen dadurch, dass wir nachhaltige und gesunde Lebensmittel ernten können. Mit dem von uns eingeführten, verpflichtenden Bodenschutzkonzept in der Umweltverträglichkeitsprüfungs-Novelle (UVP-Novelle) wollen wir den Verlust landwirtschaftlicher Böden bremsen. Zudem haben wir die UVP-Pflicht für flächenintensive Vorhaben ausgeweitet und setzen uns dafür ein, sie im Kampf gegen den Flächenfraß weiter zu stärken.

BODENFRUCHTBARKEIT BEWAHREN

Damit wir nachhaltige Lebensmittel produzieren können, brauchen wir gesunden, fruchtbaren Boden. Mehr Humus im Boden hat viele Vorteile: effektiver gebundenes CO₂, gesündere Pflanzen, höhere Erträge, gesicherte Artenvielfalt. Wir fordern daher eine nationale Bodenschutzstrategie, die Erosionsschutz, Reduzierung von Bodenverdichtung und -versauerung sowie Förderung bodengebundener Tierhaltung umfasst.

BIODIVERSITÄTSFLÄCHEN SCHÜTZEN

Wichtige Vielfalt auf kleinstem Raum: In einer Handvoll fruchtbaren Bodens leben mehr Bodenorganismen als Menschen auf der Erde. Daher ist es entscheidend, den Boden als Lebensraum zu schützen. Auch Tiere brauchen ihn, dennoch wird er immer stärker reduziert. Wir streben die dauerhafte Sicherstellung der Biotopvernetzung durch den Erhalt von Lebensraumkorridoren an – neben einem Bebauungsverbot von Engstellen und Rückzugsgebieten für die Natur. Dadurch bekommen Tiere die Möglichkeit, zwischen einzelnen Gebieten zu wechseln.

Zur Förderung der Biodiversität sollen mindestens 80 % der öffentlichen Grünflächen in Siedlungsbereichen und 50 % entlang der Verkehrswege naturnah und unter Verwendung einheimischer Pflanzen gestaltet werden (beispielsweise Wildblumen-Wiesen). Hierfür ist eine Einführung von Planungsinstrumenten im Rahmen der bestehenden Raumordnungsinstrumente notwendig.

Und weil Hecken, Baumreihen sowie andere unbebaute Flächen ebenso eine große Rolle für die Biodiversität spielen, wollen wir die Erhaltung und Neuanlage struktureicher Feldränder stärken. Dafür werden landwirtschaftliche Förderinstrumente ausgebaut und zusätzliche Mittel von Bund und Ländern bereitgestellt.

2.1.3 BÄUME STATT BETON

BODEN ALS CO₂-SPEICHER NUTZEN

Auch wenn Moore nur 3 % der weltweiten Landfläche bedecken, speichern sie doppelt so viel Kohlenstoff wie alle Wälder zusammen. Daher setzen wir uns vehement dafür ein, diese Flächen als CO₂-Speicher zu erhalten und zu schützen. Maßnahmen zur Kohlenstoffspeicherung in landwirtschaftlichen Böden, wie „Carbon Farming“, brauchen eine stärkere Förderung – mit Fokus auf die langfristige Speicherung und Förderungen für jene Betriebe, die bereits viel Humus aufgebaut und ihre Böden gesund gehalten haben.

BÄUME ALS KLIMAANLAGE

Wer Bäume hat, braucht keine Klimaanlage. Weil Bäume ihre Umgebung hervorragend kühlen und die Luftfeuchtigkeit automatisch erhöhen, haben wir eine klare Meinung: weniger Asphalt und mehr Natur in unseren Städten. Um Bürgermeister:innen, die Bäume statt Beton wollen, zu unterstützen, wollen wir besonders ehrgeizige Projekte künftig zu 90 % aus EU-Mitteln fördern. Eine innovative Lösung sind Tiny Forests – kleine Stadtwälder, die Hitze reduzieren, Wasser versickern lassen, vor Lärm schützen und entsiegelte Flächen schnell in gesunde Natur verwandeln. Jeder zurückgewonnene Quadratmeter Natur ist ein Stück lebenswerte Zukunft mehr für uns alle.

RENATURIERUNG AUF DEN BODEN BRINGEN

Wir haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das wichtigste Naturschutzgesetz des Kontinents, das EU-Renaturierungsgesetz, beschlossen werden konnte. Dies wollen wir nun in Österreich auf den Boden bringen und gut umsetzen. Bund, Bundesländer und Gemeinden sind in der gemeinsamen Verantwortung, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und konkrete Flächen für Renaturierungsmaßnahmen festzulegen. Wir treten für eine sachliche Debatte ein, die verschiedene Interessen berücksichtigt. Gleichzeitig kämpfen wir für ausreichende Finanzierungsinstrumente zur erfolgreichen Umsetzung des Gesetzes.

HOCHWASSERSCHUTZ

Der Schlüssel für besseren Hochwasserschutz: Fluss-Renaturierung. Die in den letzten Jahrzehnten umgesetzten Flurbereinigungen und Begradigungen von Flüssen beschleunigen nämlich die Wasserabflüsse und erhöhen zusammen mit klimawandelbedingt immer heftigeren und häufigeren Starkregenereignissen die Hochwassergefahr. Wir setzen uns dafür ein, Gewässern mehr Raum zu geben und die Fließgeschwindigkeit zu reduzieren.

Für den Hochwasserschutz hilft auch die Regenwasserversickerung – sowohl am Land als auch in dicht besiedelten Bereichen. Für das Stadtklima und gegen Überschwemmungen ist es deutlich effektiver, das Regenwasser vor Ort zu speichern, statt es abzuleiten.

2.2 TIERSCHUTZ

SO SCHAUT'S AUS

Tiere sind fühlende Lebewesen – und die Produktion von Fleisch, Milch, Eiern und anderen tierischen Produkten bringt große Verantwortung mit sich. Derzeit leben viele Rinder, Schweine und Hühner auf engstem Raum, oft auf ihren eigenen Exkrementen, kommen auf dem Weg zum Schlachthof erstmals kurz ins Freie und leiden an den Folgen von Überzüchtung. Wir möchten, dass auch sogenannte „Nutz“tiere ein gutes Leben führen.

Auch Haustiere sind von Überzüchtung betroffen. Zum Beispiel Hunde mit kurzer Schnauze und Atemproblemen sowie Katzen ohne Fell, die zu Hautentzündungen neigen. Deshalb haben wir

strengere Regelungen geschaffen und eine Kommission zur Qualzucht-Vermeidung eingerichtet, um die Zuchtprogramme besser überprüfen und verbessern zu können.

UNSERE VISION

Umfassender Tierschutz in der Landwirtschaft erfordert eine Wende: weg von herzloser Massentierhaltung hin zu respektvollem Umgang mit Tieren und ökologischer Landwirtschaft. Wir setzen uns für die Gesundheit von sogenannten „Nutz“tieren ein, denn gesunde Tiere bedeuten auch weniger Sorgen für Bäuerinnen und Bauern. Für diese Umstellung sehen wir Förderungen und Kennzeichnungen für Herkunft und Haltung vor, damit Produkte aus besserer Haltung zu fairen Preisen angeboten werden. Unsere Landwirt:innen sind im Bio-Landbau bereits Vorreiter:innen in Europa, mit hohen Tierschutzstandards können sie das auch in der Herstellung hochqualitativer tierischer Produkte werden, und mit einer besseren Kennzeichnung wissen auch die Konsument:innen, wo ihr Schnitzel herkommt. Ein wesentlicher Zusatzeffekt: Weniger, aber dafür besseres Fleisch zu essen, schützt auch Klima und Gesundheit.

HALTUNGSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Wir fordern, dass Tiere ihre natürlichen Verhaltensweisen ausleben können. Das heißt Freilandhaltung oder Auslauf, eingestreute Liegeflächen, Beschäftigungsmaterial und die Aufzucht ihrer Jungen. Bei Wiederkäuern und Geflügel setzen wir auf Zweinutzungsrasen – und generell auf Tiergesundheit statt Turborassen. In der Schweinehaltung hat der VfGH beim Verbot von Vollspaltenböden eine Neuverhandlung ermöglicht, in der wir für eine kürzere Übergangsfrist und bessere Haltungsbedingungen mit Stroh und Auslauf kämpfen. Aber auch Rinder haben ein Leben ohne Vollspaltböden verdient.

KONTROLLEN UND HALTUNG VERBESSERN

Die Skandale der letzten Jahre zeigen, dass die aktuellen Kontrollen nicht reichen. Statistisch wird ein Tierhaltungsbetrieb nur alle fünfzig Jahre geprüft. Wir fordern häufigere, gezielte und unangekündigte Kontrollen durch die Bundesländer. Das AMA-Gütesiegel darf nur an zuverlässig kontrollierte Betriebe vergeben werden und muss weiterentwickelt werden, um gute Tierhaltung zu garantieren.

STRENGERE REGELN FÜR TIERTRANSPORTE

Wir kämpfen für ein Exportverbot lebender Tiere in Drittstaaten und ein Transportverbot für zu junge Tiere, zum Beispiel nicht entwöhnte Kälber. Weniger und deutlich kürzere Transporte sind unser Ziel. Darum sollen kleine, regionale Schlachthöfe erhalten oder wieder errichtet werden. Auch Schlachtungen direkt am Haltungsbetrieb müssen besser beworben, erleichtert und ausgeweitet werden.

ANTIBIOTIKA REDUZIEREN, SICHERHEIT ERHÖHEN

Wir unterstützen den One-Health-Ansatz, der die Gesundheit von Mensch, Tier und Natur verknüpft. Denn der übermäßige Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung fördert resistente Keime, die auch Menschen gefährden. Strengere Vorgaben und weniger Massentierhaltung reduzieren den Antibiotikaeinsatz bei Tieren und erhöhen die Sicherheit für alle.

HERDENSCHUTZ SCHÜTZT AUCH LANDWIRT:INNEN

Wir setzen uns für den Ausbau und die öffentliche Förderung von Herdenschutzmaßnahmen gegen Beutegreifer ein. Wir sehen bei Verlusten von „Nutz“tieren eine bundesweite und unbürokratische Entschädigung zu 100 % vor. Landwirt:innen sollen zudem umfassende finanzielle und logistische Unterstützung für Herdenschutzmaßnahmen erhalten – wie Zaunbau, gelenkte Weideführung und die Zusammenlegung kleinerer Herden aus verschiedenen Betrieben.

TIERVERSUCHE MINIMIEREN

Wir stehen für strengere Auflagen, damit nur noch Tierversuche genehmigt werden, wenn keine Alternativen existieren. Eine Gewährleistung für möglichst wenig Leid und die systematische Reduktion der Versuche ist ein Muss für uns.

HAUSTIERE – GESUNDHEIT WAHREN UND ZUCHT REGULIEREN

Unser aller Ziel ist es, dass unsere Haustiere möglichst gesund und schmerzfrei leben – schließlich sind Hunde, Katzen und Co. echte Familienmitglieder, die das Beste verdienen. Deshalb haben wir strenge Regeln gegen Qualzucht eingeführt. Doch leider gibt es noch viele Missstände wie zum Beispiel falsche Haltung oder illegalen Handel mit Tieren. Wir fordern deshalb die Ausweitung von Sachkundenachweisen und mehr Kontrollen im Kampf gegen den illegalen Handel mit zu jungen und exotischen Tieren.

TIERSCHUTZVERBANDSKLAGE: TIEREN IHR RECHT GEBEN

Es ist Zeit für diesen wichtigen Schritt: die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzvereine. Dies ermöglicht die Auskunftserteilung, Teilnahme an Rechtsverfahren und Vertretung von Tierschutzinteressen. Eine für uns logische Entwicklung, nachdem wir bereits die Rechte der Tierschutzombudspersonen gestärkt und die Spendenabsetzbarkeit für Tierschutzvereine eingeführt haben.

2.3 ARTENVIELFALT

SO SCHAUT'S AUS

Österreich ist eines der artenreichsten Länder Mitteleuropas. Aber viele Lebensräume sind gefährdet, weswegen die Zahlen jeder vierten heimischen Vogelart abnehmen. Es ist ein Problem in ganz Europa, wo ein Viertel der bekannten Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind. Dabei ist die Landwirtschaft auf Artenvielfalt angewiesen. Der Einsatz von Pestiziden, Landschaftsverlust und Bodenversiegelung befeuern das Artensterben und gefährden unsere Lebensgrundlagen.

Durch die Grüne Regierungsbeteiligung konnten wir schon einiges erreichen: den ersten gesetzlich abgesicherten Biodiversitätsfonds, eine Biodiversitätsstrategie mit Unterstützung von wichtigen Infrastrukturunternehmen (ASFINAG, ÖBB, Viadonau), die Finanzierung und Ausweitung von Schutzgebieten sowie die Erweiterung von Nationalparks.

UNSERE VISION

Der menschengemachte Artenschwund erfordert eine menschengemachte Rettung. Nur mit gesunden Ökosystemen können wir die Folgen der Klimakrise, vor allem auch für die Landwirtschaft, abmildern. Einer der entscheidenden Faktoren für unsere Ernährungssicherheit ist die Renaturierung. Denn Ökosysteme sind wie filigrane Kartenhäuser, diese gilt es zu stabilisieren, indem wir ihnen mehr natürlichen Raum geben. Flächen wie Biotope und Hecken sind essenziell für das Gedeihen von Insekten und Vögeln, die sowohl Bestäubung als auch Schädlingsbekämpfung sichern. Wir setzen den eingeschlagenen Weg entschlossen fort und fordern die Bundesländer auf, Schutzgebiete zu erweitern sowie die Zusammenarbeit im Naturschutz zu intensivieren. Wir werden dafür kämpfen, den von uns eingeführten Biodiversitätsfonds ausreichend zu finanzieren.

AKTIONSPLAN BIODIVERSITÄT

Zur Unterstützung der Umsetzung der neuen Biodiversitätsstrategie der Klimaschutzministerin geben wir dem Schutz der Artenvielfalt höhere Priorität – und zwar mit einem Aktionsplan voller konkreter Maßnahmen. Naturnahe und wertvolle Lebensräume werden so erhalten und neu ge-

schaffen. Ein einheitliches Monitoring, ausreichende Finanzierungen sowie verstärkte Bildungsarbeit sind essenziell und führen konsequent fort, was mit dem Biodiversitätsfonds des Bundesministeriums für Klimaschutz bereits begonnen wurde.

PARTNERSCHAFT MIT LANDWIRTSCHAFT

Nachhaltige Landwirtschaft schützt die Biodiversität. Wir drängen daher auf mehr Unterstützung für naturnahe Bewirtschaftung und eine Erhöhung des Anteils biologischer Landwirtschaft. Im Dialog mit den Betrieben wollen wir Ackerbau und Tierhaltung mit einem achtsamen Umgang mit der Artenvielfalt unter einen Hut bringen.

MEHR SCHUTZGEBIETE – ZU UNSEREM EIGENEN SCHUTZ

Schutzgebiete schützen auch uns selbst. Darum gilt es, die Bundesländer dabei zu unterstützen, mehr Flächen als solche auszuweisen. In Europa sind aktuell 81 % der geschützten Lebensräume in schlechtem Zustand wegen übermäßigem Flächenverbrauch und Eingriffen in die Natur. Wir kämpfen für stabile und gesunde Ökosysteme, die uns allen dabei helfen, die Klimakrise einzudämmen.

ARTENVIELFALT SICHERN UND FÖRDERN

Heimische Tiere und Pflanzen, die von invasiven Arten bedroht werden, brauchen mehr Schutz in Form von Maßnahmen gegen das Einschleppen durch Transport und Handel, besonders in Schutzgebieten. Die gezielte Bekämpfung invasiver Arten ist jedoch in allen Sektoren – Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Verkehr, Energie – dringend notwendig.

Um das Insekten- und Vogelsterben zu stoppen, bauen wir auf naturnahe Gärten und Grünflächen. Vor allem Siedlungsgebiete bieten wertvolle Lebensräume für viele Arten, weshalb wir die naturnahe Gestaltung öffentlicher Flächen ausbauen wollen. Und wer seinen Garten naturnah gestaltet, soll dafür Förderungen bekommen.

Auch außerhalb von Siedlungsgebieten wollen wir die Existenz von Insekten – besonders von Bestäubern – durch Brachflächen, Blühstreifen und Grünflächen sichern. Wir setzen uns vehement ein für eine Landwirtschaft, die wieder mehr Strukturelemente wie Einzelbäume, Hecken und naturbelassene Flächen aufweist.

2.4 SAUBERE LUFT

SO SCHAUT'S AUS

Luftverschmutzung verkürzt die Lebenserwartung stärker als Rauchen, Alkohol und Verkehrsunfälle zusammen. Und sie belastet Ökosysteme und das Klima. Es wird massiv unterschätzt, dass Luftverschmutzung das größte umweltbedingte Gesundheitsrisiko darstellt, obwohl zahlreiche Krankheiten mit ihr verbunden sind: von Atemwegs- bis zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Allein in der EU sind jährlich über 400.000 vorzeitige Todesfälle auf verschmutzte Luft zurückzuführen.

UNSERE VISION

Der Schutz unserer Gesundheit und Umwelt steht an erster Stelle, denn jede und jeder hat das Recht auf saubere Luft. Gut ist, dass Klimaschutz und gesunde Luft Hand in Hand gehen – so lässt sich durch konkrete Maßnahmen im Verkehr oder bei Heizungen beides erreichen. Die Lebensqualität steigt damit unmittelbar und für die nächsten Generationen.

LUFTQUALITÄTSRICHTLINE UMSETZEN

Im Februar 2024 beschlossen, bis Mitte 2026 umzusetzen: die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie. Doch dafür sind unter anderem Änderungen des IG-L (Immissionsschutzgesetz-Luft) notwendig.

Wir setzen uns für eine ambitionierte Realisierung ein, einschließlich neuer Klagerechte für von Luftverschmutzung Betroffenen und eines Stufenplans zur Reduktion von Grenzwerten, der besonders für Transitregionen wichtig ist.

LUFTQUALITÄT GEMEINSAM KONTROLLIEREN UND FÜR ALLE VERBESSERN

Derzeit werden Messstationen oft an Orten aufgestellt, die zwar bequeme Ergebnisse liefern, aber nicht dort sind, wo unsere Kinder sind und es wirklich zählt. Neue EU-Vorgaben erfordern eine Verbesserung des Luftqualitätsmessnetzes und der Maßnahmenprogramme der Bundesländer. Wir machen uns stark für proaktive Ansätze und fordern rasches Handeln auf Länderebene. Eine in Belgien und den Niederlanden bereits erfolgreiche, praktizierte Maßnahme: Offizielle Messstationen werden durch Crowd-Messungen, die die Bevölkerung durchführen kann, ergänzt.

NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÜR SAUBERE LUFT

Ammoniak verursacht große Probleme, die wir dort lösen wollen, wo sie entstehen: in der Landwirtschaft. Wir setzen uns für nachhaltige Praktiken ein, die saubere Luft und gesunde Lebensmittel gewährleisten. Die 2023 von uns erstmals eingeführten, verbindlichen Maßnahmen gilt es jetzt umzusetzen und zu auszubauen, um unsere Ziele schneller zu erreichen.

2.5 KLARES WASSER

SO SCHAUT'S AUS

Österreich hat eine vielfältige, wunderschöne Natur mit reichlich Trinkwasser, Flüssen und Seen. Doch über 60 % unserer Fließgewässer sind gefährdet. Dabei sind intakte Flusslandschaften nicht nur ökologisch wichtig, sondern auch für den Hochwasserschutz unverzichtbar. Verunreinigtes Grundwasser und Wassermangel wird in Teilen Österreichs zunehmend ein Umwelt- und Gesundheitsproblem.

UNSERE VISION

Klare Bäche, saubere Flüsse, glitzernde Seen – das alles prägt die wunderschöne Landschaft in Österreich. Wir möchten das klare Wasser unserer Heimat auch für die nächsten Generationen bewahren und schützen. Sauberes Trinkwasser, ein guter Hochwasserschutz, Gewässer als Lebensraum für Fische, Frösche, Vögel und Pflanzen – das alles gehört zu einer ganzheitlichen Wassernutzung dazu. Mit intelligentem, voll integrierten und vorausschauendem Wassermanagement können wir das erreichen und genug klares, sauberes Wasser für unsere Kinder und Enkel erhalten.

ÖSTERREICHS TRINKWASSERSCHATZ FÜR MORGEN ERHALTEN

Nach jedem Urlaub, in dem man seinen Durst aus Plastikflaschen gestillt hat, weiß man, welches Privileg wir in der Alpenrepublik genießen. Denn bei uns kommt herrliches, natürliches Trinkwasser direkt aus dem Wasserhahn. Die Millionenstadt Wien wird etwa über die Wiener Hochquellwasserleitung mit Trinkwasser höchster Qualität versorgt. Dieser Trinkwasserschutz ist ein Geschenk der Natur. Ohne Schutz der Natur und gesunde Böden gibt es kein Hochquellwasser und kein sauberes Grundwasser. Grund genug, um Schadstoffe wie Nitrate und Pestizide aus der Landwirtschaft sowie Verschmutzungen durch Industrie und Verkehr zu verhindern.

Damit wir auch morgen dieses Privileg genießen können, bekommt der vorbeugende Trinkwasserschutz oberste Priorität. Darum lehnen wir die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung strikt ab. Weiters heben wir mit einem großen Trinkwasserschutzprogramm den Grundwasserschutz auf jenes Level, das uns die Sicherheit gibt, dass unser Wasserschutz auch in 100 Jahren noch verlässlich Alpenfrische bietet.



ÖSTERREICHS TRINKWASSERRESERVEN SCHÜTZEN

Wir alle merken: Mit der Klimakrise nehmen die Wetterextreme immer weiter zu. In südlicheren Ländern gibt es durch monatelanges Ausbleiben von Regen verdorrte Ernten und brennende Wälder. Und auch in Österreich nehmen die Trocken- und Dürreperioden zu. Darunter leidet die Landwirtschaft, unsere Natur und wir alle. Durch die lange Trockenheit sinkt der Grundwasserspiegel, zusätzlich steigt der Wasserverbrauch. Künstliche Bewässerung verursacht in einigen Regionen knappe Trinkwasserressourcen und macht diese umkämpft.

Österreich braucht jetzt einen Wassernotfallplan, der die Versorgung mit Wasser als wichtigste Ressource für Mensch und Tier auch bei langanhaltender Trockenheit garantiert – mit Notfallplänen, die die Verschwendung von Trinkwasser für andere Nutzungen eindämmen. Damit garantieren wir die Versorgungssicherheit für die am stärksten betroffenen Gemeinden. Es ist eine schrittweise Umstellung von Großverbrauchern auf wassersparende Technologien nötig, wie z. B. Tröpfchenbewässerung in der Landwirtschaft, und die klare Priorisierung von Trinkwasserversorgung vor anderen (z. B. industriellen) Wassernutzungen sowie ein genereller Ausbau der Regenwassernutzung, beispielsweise für Toilettenspülungen oder Nutzwasser bei Gartenbewässerung oder zum Autowaschen – damit es nicht zu Wettbewerb um knappe Wasserressourcen kommt und Trinkwasser dort gesichert ist, wo die Menschen es brauchen.

ERFRISCHEND MEHR TRINKBRUNNEN

Mit zunehmender Hitze steigert der freie Zugang zu Trinkwasser unsere Lebensqualität enorm. Österreichs Trinkwasser in höchster Qualität ist ein zentrales öffentliches Gut und sollte daher auch für alle Menschen frei verfügbar sein. Wir wollen ein Programm ins Leben rufen, das dafür sorgt, dass auf jedem Dorfplatz und an allen zentralen öffentlichen Orten neben einem schattenspendenden Baum auch ein öffentlicher Trinkbrunnen vorhanden ist. Zur Erfrischung von Mensch und Hund an heißen Sommertagen. Mit jeder Trinkflasche, die wir im öffentlichen Raum nachfüllen können, leidest du weniger an der Hitze, sparst dir teurere Durstlöscher und wir reduzieren unseren Müllberg an Plastikflaschen.

SEEZUGANG FREI FÜR ALLE

Angesichts heißer werdender Sommer sehnen wir uns immer mehr nach dem kühlen Nass. Wer in den Seeregionen Abkühlung sucht, steht häufig vor einem Schild mit der Aufschrift „Privatgrund – Zutritt verboten.“ Das wollen wir ändern. Wir wollen den freien Zugang zu den großen Naturseen Österreichs wie Wörthersee, Attersee oder Neusiedlersee deutlich ausweiten. Wie das geht? Wir wollen einen gesetzlichen Auftrag an die Bundesforste für mehr öffentliche Badeplätze und öffentliche Seezugänge. Einerseits durch Ankauf und Attraktivierung von Ufergrundstücken und andererseits durch Öffnung für die Allgemeinheit statt gewinnbringender Privatverpachtung.

GEWÄSSERSCHUTZ

Gewässerschutz und der Ausbau Erneuerbarer Energien schließen sich nicht zwingend aus. Wir möchten Naturschutz und Energiewende vereinen, indem wir „No-Go-Areas“ für Wasserkraft festlegen, Projekte sorgfältig prüfen sowie strenge Auflagen für neue und modernisierte Anlagen setzen. Bestehende Wasserkraftwerke sollen ökologisch nachgerüstet werden, etwa mit Fischaufstiegshilfen.

Um unsere Gewässer sauber zu halten, fordern wir ambitionierte Aktionspläne gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wir fokussieren uns auf den Schutz des Grundwassers vor langlebigen Chemikalien und Pestiziden sowie auf die Sicherung des Grundwasserspiegels durch sparsame Nutzung.

2.6 GESUNDES ESSEN

SO SCHAUT'S AUS

Die größten Gefahren für Europas Ernährungssicherheit: Hitzewellen, Hagel, Stürme und schrumpfende Ackerflächen durch ungezügelter Versiegelung. In den nächsten Jahrzehnten wird die Landwirtschaft durch die Klimakrise drastisch beeinträchtigt werden. Dabei trägt die Lebensmittelproduktion selbst stark zum Klimawandel bei – vor allem, wenn mit viel Mineraldünger und Pestiziden produziert wird, wir viel Fleisch essen und viel Essen wegwerfen. Die gesundheitlichen Folgen des zu hohen Konsums von Zucker, Salz und Fett kommen dann noch dazu.

UNSERE VISION

Gutes Essen schmeckt, hält uns gesund und ist umweltfreundlich – um uns dafür entscheiden zu können, müssen wir mehr über unser Essen wissen. Darum ist es wichtig, dass immer und überall angegeben wird, woher die verwendeten Lebensmittel stammen und wie sie erzeugt wurden. Das fördert auch den Kauf hochwertiger Produkte aus Österreich anstelle von schlecht produzierten Importen. Unsere Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik zielt auf sichere, regionale und biologische Lebensmittel ohne Gentechnik und ohne den Einsatz chemischer Substanzen ab. So können wir eine hohe Qualität unserer Lebensmittel und regionale Beschäftigung sichern.

2.6.1 ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

FRUCHTBARE ÄCKER, GÄRTEN UND WIESEN STATT BETONWÜSTEN

Wir müssen unsere fruchtbaren Äcker, Wiesen, Gärten und Wälder schützen. Versiegelung, Erosion, Überschwemmungen und Dürren bedrohen unsere Lebensgrundlage – wir setzen uns dafür ein, diese zu bewahren und zu verbessern. Dazu fordern wir eine verpflichtende Teilung des Kommunalsteueraufkommens zwischen den Gemeinden, um Anreize für Umwidmungen zu verringern und Zersiedelung zu verhindern. Zudem sollen besonders wertvolle Landwirtschaftsflächen gesetzlich ausgewiesen und vor Umwidmungen geschützt werden, so wie es in der Schweiz der Fall ist.

Ein Ackerschutzprogramm und die Reduktion der Umsatzsteuer auf Biolebensmittel sind weitere wichtige Maßnahmen. Das Ackerschutzprogramm beispielsweise fördert nachhaltige Anbaumethoden, verbessert die Bodenqualität und stärkt die Biodiversität. Eine niedrigere Umsatzsteuer macht Biolebensmittel für Verbraucher:innen erschwinglicher und dadurch attraktiver, was wiederum die Nachfrage nach umweltfreundlich produzierten Lebensmitteln erhöht. Diese Initiativen tragen zu einer nachhaltigen Landwirtschaft bei, die sowohl Österreichs wertvolle Umwelt schützt als auch die wichtige Ernährungssicherheit langfristig gewährleistet.

KEINE GESUNDE NAHRUNG OHNE GESUNDE NATUR

Der Schutz der Natur wird oft als Bedrohung für die Nahrungsmittelproduktion dargestellt – dabei ist es genau andersherum, die Natur ist die Grundlage für gesundes Essen. Lebendige Böden und bestäubende Insekten wie Bienen sind nämlich essenziell. Doch aktuell wird diese Grundlage zerstört. Böden werden viel zu oft zubetoniert und die Bienenpopulationen durch den Klimawandel zusätzlich minimiert. Nur große Agrar- und Lebensmittelkonzerne profitieren von umweltschädlichen Methoden und erzielen Rekordgewinne. Immer auf Kosten der Landwirt:innen, der Natur und schließlich aller Menschen. Darum beziehen wir klar Position: Weil wir die Nahrungsmittelproduktion nachhaltig sichern wollen, sichern wir zuerst die Natur und ihre Ökosysteme, indem wir schädliche Pestizide auf ein absolutes Minimum reduzieren.



MEHR PFLANZEN, WENIGER FLÄCHENVERBRAUCH

Die Fleischproduktion mit Massentierhaltung hat großen Hunger – und zwar auf unsere Böden. Sie benötigt viel Land und belastet die Umwelt enorm durch Bodenausbeutung, Methanemissionen und hohen Energieverbrauch. Wir schaffen daher Anreize, um alternative Eiweißquellen zu erforschen und Landwirt:innen beim Umstieg auf pflanzliche Eiweißproduktion zu unterstützen. Pflanzliche Ernährung wird für viele attraktiver, wenn wir die steuerliche Ungleichbehandlung von pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln beenden. Zudem haben wir mit dem Klimateller das Angebot von zumindest einer vegetarischen oder pflanzlichen Speise in öffentlichen Küchen eingeführt. In Zukunft soll es jedoch immer beide Optionen bei den Hauptgerichten geben.

2.6.2 GESUNDES, NACHHALTIGES ESSEN

ANREIZE FÜR GESUNDE, ÖKOLOGISCHE ERNÄHRUNG

Minderwertiges Essen erscheint zwar oft billig, verursacht aber große Kosten, die wir dann alle bezahlen. Die Folgen schlechter Ernährung sind Krankheiten, Klimawandel und Artensterben. Wie bei der ökosozialen Steuerreform gilt auch hier: Alles, was gesund ist, das Tierwohl achtet und die Umwelt schützt, soll günstiger sein. Wir setzen uns für eine Wende ein, die durch steuerliche Anreize eine gesunde, ökologische Ernährung fördert.

GESUNDE ERNÄHRUNG FÜR KINDER

Gesundheit beginnt in der Kindheit und mit guten Essgewohnheiten. Ein Viertel der Kinder in Österreich haben Übergewicht und weniger als ein Drittel essen täglich Gemüse. Darum kämpfen wir dafür, dass die bestehenden Verpflegungsleitfäden in Kindergärten und Schulen, die sich an den Ernährungsempfehlungen orientieren, verpflichtend werden und dass der Anteil regionaler und saisonaler Lebensmittel erhöht wird. Zusätzlich pochen wir auf ausreichende Budgetmittel zur Finanzierung der Umstellung auf Bio-Lebensmittel und eine gesunde Menüplanung inkl. einer kostenfreien, warmen, gesunden Mahlzeit für alle Kinder.

2.6.3 KENNZEICHNUNG

GASTRONOMIE – HERKUNFT KENNZEICHNEN, QUALITÄT ERKENNEN

Jede und jeder soll wissen, woher unser Essen kommt. Es ist klar, dass eine Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie zum Beispiel die Nachfrage nach österreichischem Kalbfleisch stärkt und so die Kälbertransporte reduziert. Neben der Einführung einer Kennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung fordern wir diese Maßnahme auch in der Gastronomie.

HALTUNGSKENNZEICHNUNG FÜR TIERISCHE PRODUKTE

Wir haben bereits ein Konzept für eine transparentere Kennzeichnung von Tierhaltung bei Milch und Fleisch erarbeitet. Nun kämpfen wir weiter für die Umsetzung. Eine Maßnahme wie diese sorgt dafür, dass Landwirt:innen für höhere Kosten, wie Stroheinstreu und Weide, fair entlohnt werden.

GÜTEZEICHENGESETZ

Wir bestehen auf klare Regelungen für Gütezeichen, um nachhaltige und klimaschonend erzeugte Produkte zuverlässig zu kennzeichnen und Greenwashing zu vermeiden. Ein entsprechendes Gesetz schafft Klarheit und garantiert staatlich geprüfte Qualität, während strenge Kontrollen die Sicherheit für Konsument:innen und Produzent:innen gewährleisten.

NUTRI- UND NOVA-SCORE

Mehr Transparenz führt zu besseren Lebensmitteln. Wir plädieren deswegen für die Anwendung des NOVA-Scores, der den Verarbeitungsgrad von Lebensmitteln klar aufzeigt. Außerdem setzen

wir uns dafür ein, dass der in vielen Ländern erfolgreiche Nutri-Score auch in Österreich flächendeckend eingeführt wird. So wird einfach ersichtlich, ob Zucker und Salz in gesundheitlich bedenklichen Mengen enthalten sind. Und zum Schutz unserer Jüngsten verlangen wir weniger Werbung für gesundheitsschädliche Lebensmittel, die gezielt an Kinder gerichtet ist.

2.7 LANDWIRTSCHAFT

SO SCHAUT'S AUS

Die Land- und Forstwirtschaft leidet stark unter den Folgen des Klimawandels. Gleichzeitig tragen unachtsame Großbetriebe zur Klimakrise bei, insbesondere durch industrielle Monokulturen, die nicht nachhaltig sind. Das liegt auch an der europäischen Agrarpolitik, die unsere Landwirtschaft maßgeblich prägt – mit Agrarförderungen, die ein wesentlicher Bestandteil der bäuerlichen Einkommen sind. Sie bestehen aus zwei Säulen: aus einer Förderung pro Hektar mit wenigen Bedingungen und aus freiwilligen ökologischen Leistungen. Dieses System bevorzugt größere Betriebe und schadet vor allem den wertvollen kleinbäuerlichen Strukturen, der Artenvielfalt und der Natur.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission, die Zulassungsverfahren für Neue Gentechnik (NGT) zu lockern, bedroht die Bio-Landwirtschaft, Transparenz und Unabhängigkeit der Landwirt:innen von der Agrarindustrie. Denn ohne Zulassungsverfahren und Kennzeichnung können Konsument:innen nicht mehr selbst entscheiden, ob Gentechnik auf ihrem Teller landet. Eine wahre Patentflut auf Saatgut ist zu erwarten, von der nur die Agrarindustrie profitiert.

UNSERE VISION

Noch regionaler, ökologischer, vielfältiger und stärker – das sind unsere Ziele für die Landwirtschaft in Österreich. Ohne chemische Pestizide, energieintensiven Mineraldünger, Gentechnik und Patente. Nachhaltige Landwirtschaft im Kreislaufwirtschaftsprinzip ist zentral für das ökologische Gleichgewicht und sichert angemessene Einkommen für Bäuerinnen und Bauern. Die Bio-Landwirtschaft macht's vor und muss weiter gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Agrarförderungen jene unterstützen, die mit der Natur wirtschaften, und dass Subventionen für umweltschädliche Konzerne enden. Wir schützen die Grundlage gesunder Ernährung und die Möglichkeit, dass jede und jeder gut informiert und frei entscheiden kann, was man zu sich nimmt. Und um all dies voranzubringen, setzen wir uns auch für eine Reform der Landwirtschaftskammer hin zu mehr Demokratie und Transparenz ein.

2.7.1 BAUERNHÖFE STATT AGRARINDUSTRIE

ÖKOLOGISCHEN MEHRWERT FÖRDERN

Es braucht mehr Mittel für Klimaschutz, Naturschutz und ökologische Landwirtschaft sowie gestärkte Basisanforderungen, damit die Agrarförderungen hohe ökologische und tierschutzrechtliche Standards gewährleisten. Wir sprechen uns dafür aus, dass Klimawandelanpassung und gesellschaftliche Leistungen wie Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege und Tierschutz stärker gefördert werden. Je höher der ökologische Mehrwert, desto höher muss die Prämie sein. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss dafür grundlegend reformiert werden. Bei importierten Lebensmitteln machen wir uns für dieselben Herstellungsstandards wie bei europäischen Produkten stark und fordern gegebenenfalls Zölle, die unfaire Wettbewerbsnachteile ausgleichen. Künftig sind messbare Wirkungsziele ein Muss, um den Erfolg der Agrarförderungen bewerten und Maßnahmen anpassen zu können. Die Green-Deal-Ziele zur Reduktion von Pestiziden, Düngemitteln und Antibiotika sowie zur Förderung der Bio-Landwirtschaft müssen weiter aktiv verfolgt werden.

ARBEITSKRÄFTE FÖRDERN STATT FLÄCHE

Wir stehen für eine Agrarwende, die Klima und Natur schützt sowie unsere Ernährungssouveränität sichert. Doch dafür muss die EU-Agrarpolitik grundlegend reformiert werden. Klein- und Mittelbetriebe kämpfen ums Überleben, da die aktuelle Politik große Betriebe und industrielle Tierhaltung bevorzugt.

Das führt zu niedrigen Produktpreisen und ungerecht verteilten Förderungen – zusätzlich zu den bürokratischen Hürden und einem unfairen Sozialsystem. Dieser Strukturwandel nach dem Motto „wachsen oder weichen“ ist kein Naturgesetz. Wir wollen eine Förderung, die Arbeitskraft statt Fläche berücksichtigt und so den unterschiedlichen Arbeitsaufwänden in verschiedenen Branchen und Landschaften gerecht wird. Außerdem muss die Soziale Konditionalität ausgebaut werden, um die Rechte der Landarbeiter:innen zu stärken. Wir verlangen, dass Fokus auf die Absicherung der Bäuer:innen und gute Arbeitsbedingungen gelegt wird.

KREISLAUFWIRTSCHAFT VON GIFT BEFREIEN

Unsere Landwirtschaft ist besser, wenn sie sich an ökologische Prinzipien und Kreislaufwirtschaft orientiert statt an den Profitinteressen der Düngemittel- und Pestizidindustrie. Der Einsatz giftiger Pestizide wird drastisch reduziert, wenn Maßnahmen zur Förderung der Artenvielfalt und einer langjährigen Fruchtfolge unterstützt werden. Daher fordern wir die Erhöhung der ökologischen Mindeststandards in der Agrarförderung. Regelmäßige und verpflichtende Bodenproben sorgen dafür, dass Dünger nur in notwendigen Mengen verwendet wird. Das spart Geld und reduziert die Belastung unserer Gewässer. Wir stehen zudem für eine umfassend bodengebundene Tierhaltung und den vermehrten Einsatz von Wirtschaftsdüngern, insbesondere Festmist, da dies den Einsatz von energieintensivem Mineraldünger verringert.

DIREKTVERMARKTUNG UND KUND:INNEN STÄRKEN, HANDELSMACHT REDUZIEREN

Gegenüber Großabnehmern wie dem Lebensmitteleinzelhandel sind Bäuerinnen und Bauern meist benachteiligt und werden für ihre Produkte so schlecht bezahlt, dass sie nicht mal ihr Kosten decken können. Eine gestärkte Direktvermarktung ist eine Lösung: FoodCoops, SoLaWis und Marktgärtnereien brauchen Förderung. Denn je näher Konsument:innen und Produzent:innen zusammenkommen, desto fairer werden die Preise – sowohl für die Bäuer:innen als auch die Konsument:innen. Wir fordern daher eine Evaluierung und Verschärfung der Gesetze gegen unfaire Handelspraktiken sowie Rechtssicherheit und einfachere Regeln für Hygiene, Etikettierung und Aufzeichnungen bei der Direktvermarktung inklusive Ausnahmen für Kleinbetriebe.

2.7.2 BIO STATT GENTECHNIK

BIO-ANTEIL STEIGERN

Der biologische Landbau zielt auf die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ab und sichert Artenvielfalt, Boden-, Wasser-, Klima- und Tierschutz. Regional umgesetzt ermöglicht das kurze Transportwege sowie frische Produkte und schafft lokale Arbeitsplätze. Doch die Förderung spiegelt diesen Ansatz derzeit kaum wider. Wir wollen daher einen deutlichen Ausbau der Bio-Förderung, um diesen Zugang ohne viel Bürokratie zu honorieren. Zudem fordern wir einen Ausbildungsschwerpunkt für Bio-Landwirtschaft in allen relevanten Fachschulen und Universitäten. Wir möchten außerdem 100 % Bio in öffentlichen Einrichtungen. Das schafft den Markt für einen noch deutlich gesteigerten Anteil der Bio-Landwirtschaft in der Fläche. Wir haben bereits starke Bio-Quoten in der Bundesbeschaffung ausverhandelt – jetzt geht es um die stetige Überprüfung und Erhöhung dieser Quote.

KLARE REGELN FÜR NEUE GENTECHNIK

Die Agrarindustrie mit ihren Gentechnikpflanzen zielt immer auf Profit ab und niemals auf nach-

haltige Klimaanpassung. Ein Beispiel: Viele gentechnisch veränderte Pflanzen sind herbizidtolerant und bringen der Agrarindustrie hohe Gewinne, da Saatgut und Herbizide zusammen verkauft werden. Das Ergebnis: Abhängigkeit der Landwirt:innen von wenigen globalen Agrarkonzernen und noch mehr Gift auf den Äckern.

Dabei fordern wir kein pauschales Verbot von gentechnisch veränderten Pflanzen, sondern weiterhin strenge Prüfungen auf Umwelt- und Gesundheitsrisiken. Im Gegensatz zur Anwendung in der Medizin sehen wir bei der Neuen Gentechnik in der Pflanzenzüchtung große Gefahren: Patente reduzieren die Kulturpflanzenvielfalt und erhöhen die Abhängigkeit von der Agrarindustrie, gentechnikfreie Landwirtschaft ist ohne Regeln für die Koexistenz nicht mehr möglich – das bedroht auch unsere Bio-Landwirtschaft. Es geht hier nicht um für oder wider ein wissenschaftliches Verfahren, sondern darum, wie das Verfahren angewandt wird und welche wirtschaftlichen und sonstigen Auswirkungen ihre Anwendung hat. Deshalb setzen wir uns für bewährte Regeln ein: klare Kennzeichnung, genaue Zulassungsverfahren und nationale Anbauverbote zum Schutz der Bio-Landwirtschaft. Zudem kämpfen wir für ein vollständig gentechnikfreies AMA-Gütesiegel, auch bei der Tierfütterung. Dies würde auch den Import von Soja aus abgeholzten Regenwäldern reduzieren.

EUROPÄISCHES PATENTÜBEREINKOMMEN REFORMIEREN

Gentechnisch veränderte Pflanzen können patentiert werden, natürliche Pflanzen nicht. Das ist ein großes Problem. Die Deregulierung der Neuen Gentechnik könnte eine Patentflut auslösen, die nur der Agrarindustrie nützt und unsere Bäuerinnen und Bauern bedroht. Wir finden: Die Natur sollte niemandem gehören.

Falls die Regeln für Neue Gentechnik aufgeweicht werden, muss sichergestellt werden, dass diese veränderten Pflanzen nicht patentiert werden dürfen. Doch die Hürden für nötige Änderungen in bestehendem EU-Recht und Verträgen sind sehr hoch. Und selbst wenn die aktuellen Regeln beibehalten werden, braucht es Taten, da derzeit auch zufällige, natürliche Mutationen patentiert werden können. In Österreich haben wir solche Patente bereits erfolgreich verhindert, die in Europa weiterhin bestehenden Schlupflöcher müssen wir noch schließen. Denn weniger Patente erleichtern es kleinen, regionalen Züchter:innen, standortangepasste Sorten zu entwickeln und die Vielfalt auf unseren Tellern zu erhöhen.

2.8 WÄLDER

SO SCHAUT'S AUS

Effektiver Klimaschutz braucht – wie auch der Mensch – gesunde Wälder. Denn diese speichern Wasser, nehmen CO₂ auf, kühlen das Klima und dienen uns als Erholungsraum. Außerdem schützen sie besiedelte Gebiete vor Lawinen und Muren-Abgängen und tragen durch die Wasserspeicherung zum Hochwasserschutz bei. Doch unsere Wälder sind massiv bedroht: durch Kahlschläge, Monokulturen, Waldbrände, Schädlinge, Trockenheit, Hitze und extreme Wetterereignisse. Jeder Wald ist es wert, für ihn zu kämpfen.

UNSERE VISION

Unsere Kinder und Enkelkinder verdienen gesunde, dichte Wälder, die Erholungsgebiet, Lebensraum und Klimaretter zugleich sind. Um die Klimakrise zu bremsen, setzen wir uns für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ein – mit dauerhafter Waldbedeckung und Schutz des Waldbodens als Kohlenstoff- und Wasserspeicher. Durch einen Fokus auf langlebige Produkte statt Wegwerfmentalität können wir uns faire Erzeugerpreise leisten, die es den Waldbewirtschaftler:innen ermöglichen, nachhaltig zu wirtschaften und Kahlschläge bzw. Monokulturen zu vermeiden.

RESILIENTE WÄLDER FÜR EIN GESUNDES KLIMA

Endlich weg von Monokulturen, hin zu Artenvielfalt, Dauerwaldbewirtschaftung, alters- und baumartendurchmischte Bestände und Totholz – das ist unser Rezept zur Förderung resilienter, zukunftsfitter Wälder. Strengere Vorgaben zur Erhöhung von Biodiversität und Resilienz der Wälder sowie zum Schutz des Waldbodens sollen neben dem Verbot für invasive Arten künftig im Forstgesetz festgehalten werden. Damit unsere bereits erreichte Forstgesetz-Novelle die Biodiversität und Klimaschutzfunktion des Waldes auch effektiv sichert, fordern wir ihre konsequente Umsetzung in der Bewirtschaftung. Weil ein gesunder Wald auch von einem Gleichgewicht zwischen Wildtierbeständen und Waldverjüngung abhängig ist, setzen wir uns zusätzlich für ein Bundesjagdgesetz ein. Wir machen uns zudem stark für ausreichend öffentliche Mittel – vor allem, um den Übergang zu Dauerwaldbewirtschaftung und strukturreichen Beständen zu unterstützen. Aber auch, um schwer zugängliche Wälder zu erhalten und zu verjüngen, sowie zum Schutz unserer Gemeinden vor Naturgefahren.

NATURWÄLDER VERDIENEN SCHUTZ

Wir unterstützen die im Rahmen der Europäischen Waldstrategie geplante Einrichtung eines europaweiten Wald-Monitorings. Daher setzen wir uns auch für öffentlich zugängliche, umfassende Daten über den Zustand unserer Wälder ein. Denn um zu wissen, wie wir die letzten Ur- und Naturwälder schützen und erhalten können, müssen wir sie genau kennen – die letzte Erhebung zur Natürlichkeit der österreichischen Wälder ist fast 30 Jahre alt.

2.9 ABFALL UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

SO SCHAUT'S AUS

In Österreich wird zu viel Müll produziert. Von 2015 bis 2020 ist das Abfallaufkommen um 17 % gestiegen – von 57,10 Mio. Tonnen auf 66,95 Mio. Tonnen. Ein Hauptgrund für die hohen Abfallmengen sind Bodenaushub und Baurestmassen, als Ergebnis von enormen Bautätigkeiten ohne Rücksicht auf ein nachhaltiges Abfallmanagement.

UNSERE VISION

Wir machen die Abfallwirtschaft zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Unser Ziel ist eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft, die Innovationen, Lebensqualität und Wohlstand ermöglicht. Dazu gehört die Reduktion der Treibhausgasemissionen auf netto null sowie eine massive Verringerung des allgemeinen Rohstoff- und Energieverbrauchs. Produkte und Dienstleistungen müssen dafür künftig langlebig und ressourcenschonend werden, um spätere Abfälle und Emissionen schon im Entstehungsprozess zu vermeiden oder zumindest zu minimieren.

Zum Schutz der Ökosysteme setzen wir uns für die nachhaltige Gewinnung von Primärrohstoffen ein. Wo machbar, wird der Rohstoffbedarf weitgehend durch biogene und recycelte Rohstoffe gedeckt.

Die anerkannte und auch auf EU-Ebene verankerte Abfallhierarchie „vermeiden – wiederverwenden – verwerten – sicher entsorgen“ muss noch besser und für alle Abfallarten umgesetzt werden.

TEXTILIEN WIEDERVERWERTEN

Zur Steigerung der Wiederverwertung von Textilien befürworten wir die getrennte Sammlung von Textilabfällen. Zudem wollen wir den Anteil von Textilien und Kleidung aus recycelten Fasern erhöhen, indem wir die Nachfrage in der öffentlichen Beschaffung, bei Unternehmen und Konsument:innen ankurbeln. Zentral dafür ist die Umsetzung des vom Grünen Klimaschutzministerium überarbeiteten Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung – kurz: naBe-Aktionsplan.

VERNICHTUNGSVERBOT FÜR NEUWAREN

Dass der Versandhandel Neuwaren vernichtet, ist nicht gut für die Umwelt und nicht gut für die Konsument:innen. Das auf EU-Ebene beschlossene Vernichtungsverbot für neuwertige Textilien wollen wir in Österreich auf weitere Produktgruppen ausdehnen, damit neuwertige Textilien und Elektrogeräte nachhaltig wiederverwendet werden können.

PLASTIKMÜLL REDUZIEREN – MEHRWEG FÖRDERN

Ein großer Teil unseres Verpackungsmülls besteht aus Getränkeverpackungen. Das Pfandsystem ab 2025 und die Mehrwegquote im Einzelhandel wird für viel weniger Müll in der Natur sorgen. Nun gilt es, den Ressourcenaufwand für unvermeidbare Verpackungen zu minimieren und die Wiederverwendung zu fördern – zum Beispiel durch gesetzliche Rahmenbedingungen, die Mehrfachnutzung und Recycling von Kunststoffverpackungen unterstützen. Auch der Ausbau des Mehrwegangebots ist sinnvoll, etwa für Take-away-Verpackungen in der Gastronomie und Transportverpackungen.

ÖKOMODELLIERUNG – VERPACKUNGEN UMWELTFREUNDLICHER MACHEN

Die sogenannte Ökomodellierung regt Hersteller dazu an, Verpackungen so zu gestalten, dass sie nach ihrem Gebrauch gut recycelt werden können. Konsequenterweise fordern wir, dass umweltfreundliches Design belohnt wird und Verpackungen, die nicht recyclingfähig sind, für Produzent:innen teurer werden.

PLASTIKSTEUER – VERANTWORTUNG BEIM HERSTELLER

Österreich zahlt derzeit 180 Mio. Euro Steuergeld an die EU für nicht recycelten Plastikmüll. Wir finden, die Hersteller haben hier die Verantwortung und diese Steuer zu zahlen. Wir kämpfen dafür, dass die von Produzent:innen zu leistende Plastiksteuer Anreize für ökologische Alternativen wie Mehrweg schafft und nach Recyclingfähigkeit der Verpackung gestaffelt wird.

LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG UND -VERNICHTUNG

Trotz Hunger wird weltweit ein Drittel aller genießbaren Lebensmittel weggeworfen und verschwendet. Ein globales Problem, das auch in Österreich existiert, wo viele Menschen nicht genug Geld für gesunde Lebensmittel haben. Unser Ziel ist es, dass genießbare Lebensmittel nicht mehr weggeworfen werden – daher fordern wir, dass der Handel diese spendet, statt sie zu vernichten. Die gesetzliche festgelegte Transparenz bezüglich der Menge weggeworfener und gespendeter Lebensmittel ist ein wichtiger Anreiz dafür, weshalb wir bereits ein Monitoring durchgesetzt haben. Außerdem entfällt auf unseren Druck hin die Umsatzsteuer auf gespendete Lebensmittel. Initiativen wie die Lebensmitteldrehscheibe sollen ausgebaut, die Produzent:innen und Sozialorganisationen bei Lagerung und Logistik unterstützt werden. Verschwenderischen Geschäftsmodellen, die billigste Lebensmittel in großen Mengen produzieren und große Teile davon in die Tonne werfen, bieten wir entschieden die Stirn.



3. WÄHL
WOHLSTAND.
WÄHL, ALS
GÄB'S EIN
MORGEN.

3.1 KLIMASCHUTZ SCHAFFT JOBS UND NEUEN WOHLSTAND

SO SCHAUT'S AUS

Österreich und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Die Corona-Pandemie und der russische Angriff auf die Ukraine haben offengelegt, wovor wir schon lange warnen: Das bisherige Wirtschaftssystem, das von Abhängigkeit fossiler Rohstoffe und billiger Produktion in Asien geprägt ist, hat uns anfällig für geopolitische Risiken und wirtschaftliche Rezessionen gemacht.

Während in den USA und China der Staat verstärkt in die Wirtschaft eingreift, um Zukunftstechnologien zu fördern, haben Europa und Österreich zu lange gezögert. Ein Beispiel dafür sind die Automobilkonzerne, die den Übergang zur E-Mobilität verschlafen haben, während die Konkurrenz aus den USA und China aufholt und oft sogar überholt. Dies betrifft auch Österreich mit seinen zahlreichen Zulieferbetrieben für die Automobilindustrie.

Europa steht mit seiner alternden Bevölkerung vor der Herausforderung, seinen Wohlstand trotz schrumpfender Bevölkerung erhalten zu müssen. Dafür ist es notwendig, weiterhin innovative Unternehmen hervorzubringen, die auf die Herausforderungen der Klimakrise und der Digitalisierung reagieren können.

Trotz aller Herausforderungen ist die Ausgangssituation gut. Denn Europa bietet hohe Lebensqualität und Wohlstand und hat ein gutes Bildungssystem, das hervorragend ausgebildete Fachkräfte hervorbringt. Österreich hat das Potenzial, die Wirtschaftstransformation erfolgreich zu nutzen. Es war lange Vorreiter bei Erneuerbaren Energien, bevor auf russisches Erdgas gesetzt wurde. Mit uns in der Regierung wurde Österreichs Weg zur Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen wieder aufgenommen. Die Exportquoten zeigen, dass unsere Unternehmen international wettbewerbsfähig sind. Das liegt auch an unseren hervorragend ausgebildeten Arbeitnehmer:innen.

UNSERE VISION

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ist ein unverzichtbarer Kompass für die gesamte Staatengemeinschaft – sie bildet für uns den Grundstein unseres Wohlstands und des Wirtschaftens im Einklang mit der Natur. Es gilt, die Stärken unserer Unternehmen und Arbeitskräfte zu erkennen und die Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft zu führen. Österreich bleibt im globalen Wandel wettbewerbsfähig, wenn wir unsere drei Ziele konsequent verfolgen: eine klimaneutrale Produktion, innovative und resiliente Unternehmen sowie Arbeitsplätze, die sowohl für die Menschen als auch die Umwelt gut sind.

Klimaneutral zu wirtschaften bedeutet langfristig ökonomisch und ökologisch zu handeln. Wir drängen darauf, dass der Staat zögernde Unternehmen verlässlich dabei unterstützt, auf klimaneutrale Prozesse umzusteigen. Schon jetzt sind klimaneutrale Produkte zunehmend gefragt. Durch die CO₂-Bepreisung haben wir einen wichtigen Schritt gesetzt, um klimaneutralen Produktionsweisen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Je mehr der CO₂-Preis Kostenwahrheit widerspiegelt, desto leichter können klimaneutrale Produkte noch höhere Marktanteile erreichen. Zugleich entlasten wir durch die Rückverteilung der Einnahmen auf sozial gerechte Weise Konsument:innen und Unternehmen.

Innovationskraft und Resilienz der österreichischen Wirtschaft werden gestärkt, wenn die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziert wird. Der Anteil Erneuerbarer Energien ist zwar auf einem Rekordhoch, doch weitere Schritte sind notwendig, um langfristige Unabhängigkeit zu

erreichen. Dazu gehören die generelle Diversifizierung beim Rohstoffbezug sowie stabile und sozial verantwortliche Lieferketten. Ebenso die Förderung beim Übergang zur Kreislaufwirtschaft,

um Abhängigkeiten und Importkosten zu reduzieren und Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze im Inland zu schaffen.

Transformation und Klimaneutralität in der Produktion braucht gut ausgebildete Arbeitskräfte. Zwar werden in Österreich zahlreiche Fachkräfte ausgebildet, doch die demografische Entwicklung deutet darauf hin, dass viele in Pension gehen und weniger junge Menschen nachkommen. Wir machen uns daher dafür stark, bisher ausgeschlossene oder nur teilweise eingebundene Gruppen stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren – besonders Frauen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen, ältere Menschen und Personen mit Migrationshintergrund.

3.1.1 INVESTITION IN KLIMASCHUTZ FÖRDERN

GEWINN-INVESTITIONSPFLICHT FÜR AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN

Durch den russischen Angriffskrieg und Putins Erpressungen mit Gaslieferungen sind die Gas- und Strompreise stark gestiegen. Wir haben erreicht, dass Energiekonzerne in Österreich einen Krisenbeitrag zahlen, der über die Mindestvorgaben der EU hinausgeht. Denn wir fordern von Unternehmen, die Zufallsgewinne erzielen, eine faire Abgabe. Wenn Gewinne in Erneuerbare Energien investiert werden, sinkt die Abgabe.

Zukünftig ist die Weiterentwicklung des Energiekrisenbeitrags zu einem Energiewendebeitrag vorgesehen. Die bestehende Übergewinnsteuer für fossile Energiekonzerne wird dabei als Grundlage dienen und auf alle Energieunternehmen ausgeweitet. Diese Steuer wird nur auf den steuerpflichtigen Gewinn erhoben, was sie besonders treffsicher macht. Ein solcher Energiewendebeitrag bezieht sowohl Erzeuger als auch den Handel ein und wirkt preisdämpfend sowie wettbewerbsfördernd. Die Rechnung ist einfach: Investieren Energieunternehmen in Erneuerbare Energien, verringert sich ihre Steuerlast. Ein starker Anreiz, um Geschäftsmodelle schnell in Richtung Klimaneutralität umzubauen.

FINANZIERUNG DER ENERGIEWENDE

Wir setzen uns für offensive, öffentliche Investitionen in den Ausbau der Energiesysteme von morgen ein, von denen zukünftige Generationen langfristig profitieren. Durch die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen entsteht neuer finanzieller Spielraum für die Realisierung der Energiewende. Dies umfasst den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ein günstiges KlimaTicket, sozial gerecht gestaltete Förderungen für Elektroautos, eine ökologisierte Pendlerpauschale, Gebäudesanierungen und umweltfreundliche Heizungen.

TRANSFORMATION FÖRDERN

Österreichs ausgeprägte Autozulieferungsindustrie ist prädestiniert dazu, eine ebenso starke Rolle in der Belieferung für den Ausbau Österreichs als E-Mobilitäts-, Bahn-, Öffi- und Radland einzunehmen. Diese Umstellung fördern wir. Im Bahnsektor umfasst dies etwa die Herstellung von Wagenmaterial, Schieneninfrastruktur und die Digitalisierung. All das hat das Potenzial, zukünftig „Made in Austria“ zu sein.

3.1.2 INFRASTRUKTUR FÜR EINE GRÜNE WIRTSCHAFT

NETZ AUSBAUEN, INDUSTRIE STÄRKEN

Der Netzausbau ist entscheidend für eine nachhaltige Industrie, die verstärkt auf Erneuerbare Energien setzt. Denn eine stabile Stromversorgung sichert die Wettbewerbsfähigkeit und reduziert Energiekosten. Intelligente Netze mit digitalen Steuerungssystemen optimieren den Energieverbrauch und steigern die Effizienz industrieller Prozesse. Doch all das muss gut geplant sein – und ist es auch, mit dem integrierten österreichischen Netzinfrastukturplan (ÖNIP) des Klimaschutzministeriums, der erstmals die Strom- und Gasinfrastruktur gemeinsam betrachtet. Neben Strom spielt auch erneuerbarer Wasserstoff eine große Rolle in der Transformation der Industrie und

der Ausbalancierung des Energiesystems. Der ÖNIP identifiziert notwendige Stellen für den Ausbau und ermöglicht so eine gut geplante Energiewende mit stabilen Netzen und großen Speichern.

GRÜNER WASSERSTOFF

Unser Ziel ist es, Österreichs Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umzustellen – und zwar zu 100 %. Wir haben in unserer Regierungsverantwortung bereits maßgebliche Schritte gesetzt, um dieses Ziel bis 2030 für die Stromversorgung zu erreichen, und liegen hier über Plan. Die Wärmeversorgung und die Industrie sollen folgen.

Klimaneutral produzierter Wasserstoff spielt eine entscheidende Rolle, vor allem in energieintensiven Sektoren. Doch da das Angebot begrenzt ist, muss er auf jene Bereiche beschränkt bzw. konzentriert werden, wo Elektrifizierung nicht möglich ist, wie etwa Schiffs- und Flugverkehr oder Stahl- und Eisenherstellung. Für die Produktion ist ein Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare und biogene Wasserstofferzeugung sowie der Transportinfrastruktur nötig. Die Umwandlung bestehender Gasleitungen zu Wasserstoffleitungen und die Integration in die internationale Wasserstoffwirtschaft setzt strategische Partnerschaften voraus. Wir kämpfen dafür, dass die heimische Wasserstoffproduktion und die Umstellung von Erdgas- auf Wasserstoffverfahren gefördert und finanziell unterstützt werden.

3.1.3 GRÜNE INDUSTRIE

TRANSFORMATION FÖRDERN

Weil Industriebetriebe in langfristigen Produktionszyklen denken, sind Planbarkeit und stabile Rahmenbedingungen essenziell. Die notwendige finanzielle Förderung haben wir mit dem Transformationsfonds der Umweltförderung bereits geschaffen. Als Regierungsverantwortliche haben wir knapp 3 Milliarden Euro bis 2030 für Industriebetriebe bereitgestellt, die auf eine klimaneutrale Produktion umstellen. Diese Mittel sind für Unternehmen im Europäischen Emissionshandelssystem vorgesehen. Für andere Branchen haben wir die Unterstützungen im Rahmen der Umweltförderung ebenfalls erhöht. Der weitere Ausbau dieser Maßnahmen ist für uns entscheidend.

GRÜNER STROM BRAUCHT WINDKRAFT

Eine moderne Windkraftanlage benötigt nur rund 600 m² Fläche, versorgt jedoch über 5000 Haushalte mit grünem Strom. Wir fordern, dass das Potenzial von Österreichs Windkraft weiter ausgeschöpft wird, da sie künftig auch die Industrie direkt mit sauberem Strom beliefern kann. Unternehmen mit direkten Stromleitungen von Wind- und PV-Parks zu ihren Standorten betreiben ihre Prozesse dann klimaneutral. Das entlastet das Stromnetz und beschleunigt die Energiewende. Windkraft liefert zudem bei geringer Sonneneinstrahlung im Winter zuverlässig Strom und ergänzt daher ideal die PV-Stromerzeugung.

BIOGAS

Biogas kann fossiles Erdgas nicht eins zu eins ersetzen, da die Mengen zu gering sind. Es ist jedoch wichtig für jene Prozesse, die sich nicht anders dekarbonisieren lassen. Generell sind eine drastische Reduktion des Gasverbrauchs und die vollständige Umstellung auf grüne Gase bis 2040 unser Ziel. Biogas wird aus Holzresten, landwirtschaftlichen Abfällen oder Biomüll gewonnen und vor allem in der Industrie genutzt, wo es einen hohen Energiebedarf aber keine Alternativen gibt. Und das Beste: Es verursacht keine zusätzlichen, klimaschädlichen Emissionen, da das bei der Verbrennung freigesetzte CO₂ zuvor gebunden wurde.

PRODUKTION IN EUROPA – WENIGER ABHÄNGIGKEITEN

Europas Arbeitsmarkt steht unter Druck. Digitalisierung, offene Märkte und globale Lieferketten verschärfen die Situation. In den letzten Jahrzehnten wurden Produktionen immer häufiger in Drittsaaten ausgelagert, wodurch wertvolle Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Wir setzen

uns dafür ein, dass sich wichtige Wertschöpfungsketten – von Entwicklung über Produktion bis Verkauf – wieder in Europa ansiedeln, besonders in der Herstellung von Medikamenten, Batterien, Solaranlagen und Computerchips. Diversifizierte und nachhaltige Lieferketten sichern Wohlstand, schaffen zukunftsfähige Jobs und machen Europa krisenfest.

GREEN TECH NOCH GRÜNER MACHEN

Die Kreislaufwirtschaft zielt darauf ab, Produkte ressourcen- sowie energiesparend herzustellen, Stoffe wiederzuverwenden und in der Produktion möglichst keinen Müll zu erzeugen. Das gilt natürlich auch für Produkte, die wir zur Bekämpfung der Klimakrise benötigen. Ob Windräder, PV-Anlagen, Bahngleise, E-Autos oder Dämmstoffe – diese Green-Tech-Güter sind entscheidend für die Klimaneutralität. Sie ersetzen fossile Komponenten, ohne CO₂-Emissionen zu verursachen. Doch in der Herstellung benötigen auch sie Kunststoffe, Stahl, Zement und kritische Rohstoffe. Um ihre CO₂-Bilanz noch besser zu machen, ist die Transformation der Industrie zu einer Kreislaufwirtschaft notwendig. Ein wichtiger Nebeneffekt: Es stärkt die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, wenn Hersteller CO₂-neutrale Produkte anbieten können und dabei keine CO₂-Zertifikate benötigen – vor allem, wenn der CO₂-Fußabdruck durch klimaneutral hergestellte Grundstoffe auch bei den Endprodukten gesenkt wird. So übernehmen unsere Unternehmen durch Erforschung und Umsetzung neuer Prozesse eine Vorreiterrolle.

GRÜNE ROHSTOFFE UND ROHMATERIALIEN

Die CO₂-Bepreisung sorgt dafür, dass bei CO₂-intensiven Produkten ein erster Schritt Richtung Kostenwahrheit gemacht ist. Das steigert die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltiger Produktionsweisen. Der Markt für grüne Rohstoffe wächst rasant, immer mehr Unternehmen setzen auch hier bewusst auf Nachhaltigkeit. Unser Ziel ist, den Umstieg auf grüne Grundstoffe zu fördern, und unsere Industrie vor Importen aus Ländern ohne entsprechende Umweltauflagen zu schützen. Neben steuerlichen Maßnahmen und Förderungen ist auch eine Beanreizung der Nachfrage für CO₂-neutrale Grundstoffe eine Möglichkeit, diesen Prozess im Sinne der heimischen Industrie zu beschleunigen.

UNVERMEIDBARE EMISSIONEN – LÖSUNGEN FINDEN

Industrieprozesse, die CO₂-Emissionen nicht vollständig vermeiden können, benötigen Lösungen für den Umgang mit ausgestoßenem CO₂. Wir fordern einen Plan für Österreich, der die Abscheidung und Nutzung unvermeidbarer Treibhausgase adressiert und die nötige Infrastruktur schafft – als wichtige Ergänzung, die im Zusammenspiel mit zahlreichen anderen Maßnahmen ihren Beitrag leistet. Das Ziel ist es, CO₂ aus Industrieprozessen aufzufangen und beispielsweise zur Herstellung von Kunststoffen zu nutzen oder zu speichern. Für die Entwicklung solcher Prozesse sind staatliche Förderungen erforderlich.

3.1.4 NACHHALTIG BAUEN UND SANIEREN

KLIMASCHUTZ SCHAFFT LEISTBARES WOHNEN

Durch den brutalen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde 2022 ein Energiepreisschock ausgelöst. Fernwärme- und Stromanbieter, Hausverwaltungen und Energielieferanten – sie alle stellten plötzlich deutlich höhere Rechnungen für Strom, Wärme und Gas. Doch das wäre nicht nötig gewesen.

Man stelle sich nur eine Politik vor, die sich bereits vor 20 Jahren den Klimaschutz auf die Fahnen geheftet und auf saubere Energie statt auf dreckiges russisches Gas gesetzt hätte. Es zeigt sich: Diejenigen, die schon jetzt klimafitten Wohnraum bewohnen, sind finanziell klar im Vorteil. Wir wollen es nicht weiterhin dem Zufall überlassen, wer in einem klimafitten und damit leistbaren Haus wohnen darf. Der Wohnbau soll daher bis 2040 klimaneutral werden. Öl und Gas sollen durch Erneuerbare Energien ersetzt werden, Strom soll sauber erzeugt werden. Klimaschonende Bauweisen sollen zudem sicherstellen, dass von vornherein nicht viel Energie verbraucht wird.

KLIMANEUTRALITÄT: VOLLE FAHRT VORAUS

Bis 2040 sollen Österreichs Gebäude nicht mehr Energie verbrauchen, als sie erzeugen. Das erreichen wir durch Niedrigstenergiestandard-Häuser, klimaneutrale Heizsysteme und PV-Anlagen auf jedem neuen Dach. Doch die Bauordnungen liegen in der Verantwortung der Bundesländer. Wir schlagen vor, dass vorbildliche Bundesländer für klimaschonende Bauweisen auch belohnt werden.

NUTZEN, WAS SCHON DA IST: SANIERUNG ZUERST

Rund 60 % unserer Gebäude sind energetisch sanierungsbedürftig. Unsere Devise lautet: Sanierungen vor Neubauten. Denn sie schützen nicht nur vor neuem Bodenverbrauch und vermindern Baumüll, sie verbessern auch die Lebensqualität und senken Betriebskosten. Neben offensiven Sanierungsförderungen sind auch ökologische Heizungen in allen Gebäuden und ein ökologischer Umbau des Mietrechts notwendig. Immobilien-Spekulant:innen, die Altbauten aus reiner Profitgier verkommen lassen, um sie schlussendlich abzureißen und Grund sowie Neubau um teures Geld weiterverkaufen zu können, soll in Zukunft ein Riegel vorgeschoben werden.

KLIMARESILIENTES BAUEN

Stürme, Starkregen und extreme Hitzewellen – die Klimakrise erfordert Anpassungen im Wohnbau. Denn widerstandsfähigere Gebäude schützen uns besser vor Wetterextremen und generell vor Überhitzung. Wir setzen uns daher für energieeffiziente Kühlung und nachhaltige, resiliente Bauprinzipien ein.

MEHRGESCHOSSIGER WOHNBAU

Einfamilienhäuser verbrauchen mehr Energie als ein mehrgeschossiger Wohnbau. Deshalb wollen wir im Neubau mehrgeschossige Gebäude fördern, weil diese deutlich energieeffizienter sind und die Ressource Boden schonen.

3.2 NACHHALTIGE KREISLAUFWIRTSCHAFT UND FAIRE LIEFERKETTEN

SO SCHAUT'S AUS

Unsere heutige Wirtschaft entzieht der Natur an vielen Stellen ihre Ressourcen, stellt neue Produkte im Überfluss her, nutzt diese nur kurz und wirft sie schließlich weg. Viele Produkte sind von geringer Qualität, kurzer Lebensdauer und kaum reparierbar. Smartphones halten oft nur ein bis zwei Jahre – ebenso kleine Elektrogeräte, Spielzeuge und Kleidung. Das muss auch anders gehen.

UNSERE VISION

Wir kämpfen dafür, Wirtschaft und Umwelt unter einen Hut zu bringen. Mit einer Kreislaufwirtschaft, die mehr Werte schafft und weniger Ressourcen braucht. Das Ziel sind langlebige und reparaturfähige Produkte, deren Bestandteile wiederverwendet werden können, bevor man sie einem stofflichen Recycling zuführt. Unsere Kreislaufwirtschaftsstrategie priorisiert die Entwicklung und effiziente Umsetzung solcher Produkte.

SCHLUSS MIT GEPLANTER ABNUTZUNG

Das Recht auf Reparatur wurde auf EU-Ebene verankert. Wir stehen für ein Ende der geplanten Obsoleszenz – zum Beispiel durch längere Gewährleistungsfristen, in denen Hersteller Reparaturkosten übernehmen müssen. Zudem fordern wir eine Mindestlebensdauer für Elektrogeräte, verbesserte Reparaturmöglichkeiten und Ersatzteilverfügbarkeit sowie Software-Updates über einen längeren Zeitraum.

REPARATURBONUS WEITER ETABLIEREN

Eine längere Produktlebensdauer ist entscheidend für die Kreislaufwirtschaft. Da sich der von uns eingeführte Reparaturbonus als wirksamer Hebel erwiesen hat, setzen wir uns dafür ein, dass er beibehalten und ausgedehnt wird.

RECYCLING VON ROHSTOFFEN

Ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen sichert langfristig unseren Wohlstand. Es ist sinnvoll, wertvolle Rohstoffe wie Kupfer und Aluminium, deren Preise stark gestiegen sind, zu recyceln und im Kreislauf zu halten. Derzeit werden nur 12 % der Rohstoffe in Österreich wiederverwendet, was im europäischen Vergleich wenig ist. Wir wollen, dass Produkte eine längere Lebensdauer haben und länger im Wirtschaftskreislauf bleiben anstatt auf Deponien zu landen. Die Bauwirtschaft zeigt, wie clevere Kreislaufwirtschaft geht – mit Bauweisen, die eine einfache Trennung und Demontage ermöglichen, um sortenreinen Abbruch oder Umbau zu erleichtern. Das gilt es zu fördern. Ebenso den massiven Ausbau von Recycling, um uns unabhängiger von Rohstoffen zu machen, die wir importieren müssen. Es ist wichtig, Hersteller dort, wo es geht, zu verpflichten, Produkte zu entwickeln, die wiederverwertet werden können.

LIEFERKETTENGESETZ - MEHR FAIRNESS FÜR ALLE

Fairness als Verantwortung. Große Textilkonzerne mit ihren in Billiglohnländern produzierten T-Shirts erzielen hohe Profite, zerstören dabei die Umwelt und machen Profite mit Kinderarmut. Kleine, lokal und fair produzierende Unternehmen hingegen haben das Nachsehen. Die einzig wirksame Waffe gegen diese Ungerechtigkeit ist ein starkes Lieferkettengesetz. Eine nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung verbessert unsere Lebensqualität und sichert die Zukunft kommender Generationen. Sie macht uns zudem unabhängiger von Rohstoffimporten und bekämpft Kinderarbeit und die Ausbeutung von Arbeitskräften. Wir treten für eine rasche und ambitionierte Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes ein, wobei unseres Erachtens dort, wo es Sinn macht, auch über die Mindestanforderungen der EU-Richtlinie hinausgegangen werden soll.

REGIONALE WIRTSCHAFT STÄRKEN

Viele kleine und mittlere, oft familiengeführte Betriebe stehen vor existenziellen Herausforderungen. Wir setzen uns dafür ein, die regionale Wirtschaft zu erhalten und wiederzubeleben – besonders die Infrastruktur zur Nahversorgung. Dazu gehören Förderkonzepte, praktikable Regelungen für Kleinerzeuger und gegebenenfalls Toleranz- und Bagatellgrenzen für kleine Betriebe. Das Ziel ist die Belebung des Handwerks durch unsere Nachhaltigkeitsstrategie, die neue Impulse gibt und für Anerkennung sorgt.

SOZIALÖKONOMISCHE BETRIEBE ALS WESENTLICHE SÄULE DER KREISLAUFWIRTSCHAFT STÄRKEN

Sozialökonomische Betriebe sind in der regionalen Kreislaufwirtschaft von großer Bedeutung. Sie zeichnen sich durch ökologische Innovationen wie Recycling, Wiederverwendung und Up-cycling aus und spielen eine wichtige Rolle bei der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen oder älteren Menschen. Es ist wichtig, ihre Rolle mit verbesserten Rahmenbedingungen zu stärken. Zum Beispiel durch längere Förderverträge und Beschäftigungsdauern sowie durch den Ausbau von Fördermaßnahmen.

SHARING ECONOMY

Wir setzen uns dafür ein, das Ausleihen von Produkten deutlich zu erleichtern, da sich Sharing-Konzepte als besonders ressourcensparend erwiesen haben. Unser Fokus liegt darauf, Organisationen zu unterstützen, die das ermöglichen.

3.3 ARBEIT

SO SCHAUT'S AUS

Die Umstellung auf eine emissionsfreie und ressourcenschonende Wirtschaft verändert den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig entstehen neue Berufe, die neue Qualifikationen erfordern. Um diese Transformation erfolgreich zu gestalten, braucht es gut ausgebildete Fachkräfte. Der Fachkräftemangel betrifft viele Branchen, von der Industrie über den Sozialbereich bis hin zu Gastronomie und Tourismus.

Arbeit muss sich lohnen und ein gutes Einkommen bieten, doch viele Menschen in Österreich leben trotz Arbeit in Armut. Unsere Arbeits- und Sozialgesetze sind oft veraltet und fokussieren auf Vollzeitbeschäftigung, während moderne Arbeitsrealitäten häufig anders aussehen. Denn unsichere und nicht existenzsichernde Beschäftigungsformen wie Teilzeit, befristete Arbeit und häufiger Wechsel zwischen verschiedenen Arbeitsverhältnissen sind heute weit verbreitet. Vor allem für Frauen ist Vollzeitbeschäftigung aufgrund von unbezahlter Care Arbeit oft nicht möglich.

UNSERE VISION

Für die sozial-ökologische Transformation brauchen wir Fachkräfte für die Entwicklung, Produktion und auch Installation von Photovoltaik-Anlagen, Windkraft, Hausdämmung, Recycling, den öffentlichen Verkehr und für andere klimafreundliche Technologien. Dieser Bedarf wird in den kommenden Jahren weiter steigen und langfristig Tausende Jobs sichern. Mit Umschulungs- und Weiterbildungs-Initiativen gewährleisten wir, dass niemand zurückgelassen wird, auch nicht in auslaufenden Branchen. So machen wir aus „grauen“ Jobs „grüne“ Jobs.

Zudem ist eine neue Balance zwischen Arbeit, Familienleben und Freizeit nötig. Denn jüngere Generationen definieren sich nicht mehr nur über ihr Erwerbsleben. Sie fordern zunehmend Sinn, Identifikation, faire Arbeitszeiten und soziale Absicherung in ihrer Arbeit. Wir finden, zu Recht. Verbesserte Kinderbetreuung und Arbeitszeitverkürzung helfen langfristig, die Work-Life-Balance zu verbessern. Auch sozial abgesicherte Auszeiten ermöglichen berufliche Neuorientierung und bewahren vor Überarbeitung.

3.3.1 GREEN JOBS

AUS- UND WEITERBILDUNG

Grüne Arbeitsplätze haben das Potenzial, den Verlust von Jobs in der Öl-, Auto- und Kohleindustrie auszugleichen. Denn Erneuerbare Energien bieten mehr Beschäftigungsmöglichkeiten als alte Industriezweige. Ein wichtiger Teil davon ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die neue Umwelt- und Energietechnologieberufe sowie die Transformation bestehender Berufe fördert – in Form von Ausbildung und Qualifikation sowohl neben der Arbeit als auch während der Arbeitslosigkeit bzw. beruflicher Auszeiten. Diese Maßnahmen wollen wir forcieren und existenziell absichern. Wir nutzen die Chancen klimagerechten Wirtschaftens, um Menschen, Unternehmen und den Wirtschaftsstandort zu stärken – und regen Betriebe mit Förderungen dazu an, in die Zukunft zu investieren.

BELEGSCHAFT EINBINDEN

Je besser ein Unternehmen ihre Arbeitnehmer:innen in Transformationsprozesse einbindet, desto erfolgreicher ist es. Darum stärken wir die Teilhaberechte der Arbeitnehmer:innen und unterstützen gemeinsam erarbeitete betriebliche Änderungen mit zusätzlichen Förderungen. Transformationspläne auf regionaler, betrieblicher und Branchen-Ebene definieren Schritte, Zeitrahmen und Prozesse zur Erreichung klimapolitischer Ziele. Da die Einbindung der Arbeitnehmer:innen und ihrer Vertretungen für den Erfolg der Transformation unerlässlich ist, kommt eine Schwächung

von Gewerkschaften oder Arbeiterkammern nicht in Frage. Vielmehr fordern wir, dass die Gründung von Betriebsräten vereinfacht und Maßnahmen gegen Betriebsratsgründungen bestraft werden.

BRANCHEN- UND REGIONALSPEZIFISCHE TRANSFORMATIONSPLÄNE – SOZIAL GERECHT GESTALTEN

Arbeitsstiftungen sollen in Branchen und Regionen – bei denen der ökologischen Umbau und die Digitalisierung besonders viel verändert – praktikable Wege, Zeitrahmen und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität und sozialen Gerechtigkeit beschreiben. Wir fördern neue Arbeitszeitmodelle, die Jobs sichern und Umschulungen sowie Weiterbildungen während der Arbeitszeit ermöglichen. Dazu gehören Schulungen zu klimafreundlichen Produktionsbedingungen und Technologien. Zudem unterstützen wir sozial-ökonomische und integrativ geprägte Betriebe in der Kreislaufwirtschaft, die in strukturschwachen Regionen Chancen für benachteiligte Menschen bieten.

3.3.2 NEUE ARBEITSZEITMODELLE

ARBEITSZEIT VERKÜRZEN, PRODUKTIVITÄT ERHÖHEN

Arbeitszeitverkürzungen führen zu einer höheren Produktivität: die Mitarbeiter:innen sind konzentrierter, Arbeitsschritte werden schneller erledigt, das Risiko für Fehler und Unfälle sinkt. Dadurch können auch teure Überstunden eingespart werden und die Arbeit wird für Betriebe günstiger. Gleichzeitig fördern Umstellungen bei den Arbeitszeiten auch Investitionen in Digitalisierung und Technologie, was wiederum neue Jobs schaffen kann.

Wegen all dieser Vorteile streben wir – nach dem Abklingen des akuten Fachkräftemangels – in einem ersten Schritt die stufenweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden an. Um die Arbeit zusätzlich gerechter zu verteilen, erhöhen wir die Zuschläge für Mehrstunden, denn derzeit werden Mehrstunden hauptsächlich von Frauen geleistet. Gleichzeitig wollen wir die Kosten für Unternehmen, etwa den Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, verringern und anders finanzieren. Unser Ziel ist, die Arbeitszeiten und -bedingungen im Interesse der Arbeitnehmer:innen zu gestalten, um die Vereinbarkeit mit ihren Lebensrealitäten zu verbessern.

TRENNUNG VON „WORK“ UND „LIFE“

Die zunehmende Vermischung von Arbeit und Privatleben führt zu einer negativen Work-Life-Balance, da viele auch in ihrer Freizeit, im Urlaub oder sogar im Krankenstand arbeiten. Flexibilisierte Arbeitszeiten klingen gut, bedeuten aber oft ständige Verfügbarkeit, letztendlich längere Arbeitszeiten und dadurch eine große Belastung für die Psyche. Daher fordern wir klare Regeln und einen Kulturwandel – dazu gehören vorhersehbare Dienstpläne, finanzielle Abgeltung sowie Arbeitspausen und Freizeit, in denen man auch nicht erreichbar sein muss.

AUSZEIT VON DER ERWERBSARBEIT ERMÖGLICHEN

Flexible Lebensarbeitszeit ist uns ein Anliegen. Sie ermöglicht temporäre Ausstiege für Sabbaticals, Ausbildung und Qualifikation oder Pflege. Das fördert nicht nur die Gesundheit, sondern schafft auch neue Arbeitsplätze und entlastet die Pensionskassen. Zudem fordern wir einen Rechtsanspruch auf kontinuierliche Altersteilzeit und geförderte Teilzeit für Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen.

GEMEINSAME ELTERNVERANTWORTUNG

Aufgeteilte Elternverantwortung ist gut für die Gesellschaft und Wirtschaft. Neben dem Ausbau von Elementarpädagogik und Kinderbetreuung ist auch die Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung von Arbeits- und Betreuungszeit wichtig. Wir fordern daher einen Bonus für alle Paare, die ihre Arbeitszeit an die geteilte Kinderbetreuung anpassen.

3.3.3 ARBEIT, VON DER MAN LEBEN KANN

PREKÄRE JOBS ZURÜCKDRÄNGEN

In Zeiten des Fachkräftemangels dürfen schlechte Arbeitsbedingungen wie Scheinselbständigkeit, unerwünschte Teilzeit und geringfügige Beschäftigung als Tarnung für Schwarzarbeit nicht mehr toleriert werden. Diese Praktiken schaden dem Sozialstaat, den Beschäftigten und auch den Kund:innen, die dadurch Leistungen in geringerer Qualität erhalten. Wir fordern daher stärkere Kontrollen und höhere Zuschläge für Mehrstunden, um Sozialdumping und prekäre Beschäftigung zu bekämpfen.

GLEICHSTELLUNG VORANTREIBEN

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss zur Selbstverständlichkeit werden. Berufe, die immer noch als „Frauenberufe“ geringgeschätzt werden, brauchen eine nachhaltige Aufwertung durch bessere Arbeitsbedingungen und faire Gehälter – ganz besonders jene sozialen Berufe, die unsere Gesellschaft tragen und zusammenhalten. Wir fordern, dass unbezahlte Care-Arbeit partnerschaftlich aufgeteilt wird und nicht länger zu finanziellen Nachteilen für Frauen führt.

LOHNUNTERGRENZEN DURCHSETZEN

In Österreich sind mehr als 95 % aller Löhne durch Kollektivverträge abgesichert. Doch es gibt Lücken, die es zu schließen gilt – in etablierten, aber auch neuen Berufsfeldern, die noch keine aktuellen Verträge haben, wie es beispielsweise jahrelang bei den Fahrradbot:innen der Fall war. Wir sehen zum Beispiel vor, die Befugnisse des Bundeseinigungsamts zur Festlegung von Mindestlöhnen zu erweitern, um Niedrigstlöhne zu verhindern.

PLATTFORM-ARBEIT

Wir kämpfen für eine schnelle Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Stärkung der Rechte von Plattformarbeiter:innen – wie Uber-Fahrer:innen und Essenslieferant:innen. Diese hat zum Ziel, die ungleiche Behandlung von Arbeitnehmer:innen zu beenden und ihre verdienten Rechte zu sichern, ganz besonders in prekären Beschäftigungen.

3.3.4 ARBEITSLOSIGKEIT

ARBEITSLOSENGELD: VALORISIERUNG + ERHÖHUNG

Das Arbeitslosengeld wird derzeit auf Basis des Einkommens berechnet, das vor zwei Jahren bezogen wurde. Wir fordern, dass sich das Arbeitslosengeld nach aktuellen Einkommensdaten berechnet und insbesondere die Notstandshilfe jährlich an die Inflationsrate angepasst wird, um die Armutsgefährdung zu reduzieren. Zudem plädieren wir, das Arbeitslosengeld auf bis zu 70 % zu erhöhen.

BILDUNG UND QUALIFIKATION

Die Zeiten, in denen Menschen ihr ganzes Leben lang denselben Job machen, sind längst vorbei. Darum braucht es Rahmenbedingungen, die Aus- und Weiterbildung als Teil des Arbeitslebens ermöglichen. Wir engagieren uns, damit die soziale Absicherung für Menschen in Bildungskarenz und Bildungsteilzeit besser wird und Investitionen in Weiterbildung auch für Menschen mit geringem Einkommen attraktiver werden. Immer verfügbare Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose sind sinnvoll, genau wie der „Schulungszuschlag NEU“ auch für kürzere Kurse, um Betroffene finanziell besser abzusichern.

3.3.5 ZUWANDERUNG ALS CHANCE

FACHKRÄFTEMANGEL ANGEHEN

Wir alle möchten Gewissheit, dass man bei Bedarf wichtige und wertvolle Leistungen verlässlich bekommt. Diese Gewissheit steht und fällt mit den verfügbaren Arbeitskräften – ganz besonders in der Pflege und Gastronomie. Europaweit ringen Länder um Fachkräfte, jene mit den attraktivsten Aufnahmebedingungen setzen sich durch. Ein abgeschottetes Österreich, wie Herbert Kickl es sich erträumt, würde auf der Strecke bleiben und in vielen Bereichen große Probleme bekommen – unter anderem in der Pflege, im Gesundheitsbereich, in der Gastronomie aber auch im IT-Sektor und im Bildungsbereich aufgrund eines Mangels an Lehrkräften. Verbesserte Arbeitsbedingungen in den Unternehmen und erste bereits gesetzte Maßnahmen wie die erleichterte Rot-Weiß-Rot-Karte, mehr Mittel für Ausbildung, Bildungsbonus und schnellere Ausbildungsanerkennungen sind Teil der Lösung. Große Potenziale dafür gibt es bei ausgebildeten Asylwerber:innen, Frauen in Teilzeitbeschäftigung oder Betreuung, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen – sie alle können anpacken und dazu beitragen, den Mangel an Arbeitskräften zu reduzieren.

ROT-WEISS-ROT-KARTE

Eine klare Migrationsstrategie für Österreich mit transparenten Zuwanderungsregeln – dafür machen wir uns stark. Wir streben ein Einwanderungsgesetz an, das die komplizierten Regelungen der jährlichen Quoten und der Rot-Weiß-Rot-Karte vereinfacht, insbesondere in Bereichen mit Arbeitskräftemangel wie Pflege, Gastronomie und Tourismus. Gleichzeitig braucht es andere, einfach handhabbare Modelle für Ausbildungsanerkennungen und den Nachweis von Zusatzqualifikationen, um Dequalifizierung, die Aufnahme einer Tätigkeit, die nicht der Ausbildung entspricht, zu vermeiden.

ARBEITSMARKTZUGANG WÄHREND ASYL

Unsere Position lautet schon seit Jahren: Integration ab Tag 1. Wir setzen uns für einen effektiven Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Deutschkursen während des Asylverfahrens ein. Denn allen Schutzsuchenden möglichst frühzeitig Zugang zu Arbeitsmarkt und Deutschkursen zu ermöglichen, erhöht ihre Selbsterhaltungsfähigkeit, fördert die Integration und entlastet obendrein auch unser Sozialsystem.

SPURWECHSEL VON ASYL AUF GENERELLES AUFENTHALTSRECHT

Es braucht pragmatische Lösungen und Bleibeperspektiven für Geflüchtete, die sich beruflich und hinsichtlich ihrer Integration etabliert haben. Damit in Österreich arbeitende Fachkräfte, nach denen unsere Wirtschaft händierend sucht, in Zukunft nicht mehr abgeschoben werden können. Asylwerber:innen mit in Österreich gefragten Berufen, vor allem jenen in Mangelberufen, soll der Übergang in das System der Rot-Weiß-Rot-Karte ermöglicht werden – das ist ein wirtschaftlich und menschlich sinnvoller Ansatz. Hierfür braucht es Umstiegsmöglichkeiten vom Asylsystem auf das generelle Aufenthaltsrecht. Wir setzen uns für Lösungen ein, die sowohl den Arbeitskräften als auch den Unternehmen in der aktuellen Arbeitsmarktlage helfen.

ASYL UND LEHRE

Wir fordern, dass Asylwerber:innen, die eine Lehre beginnen, während ihrer Ausbildung und zwei Jahre danach nicht abgeschoben werden dürfen. Das schafft Rechts- und Planungssicherheit – sowohl für Ausbildungsbetriebe als auch Lehrlinge. Anschließend sind wir für die Möglichkeit eines Umstiegs ins System der Rot-Weiß-Rot-Karte.

3.4 ÖSTERREICHS BETRIEBE STÄRKEN

SO SCHAUT'S AUS

Das Rückgrat der heimischen Wirtschaft: 87 % der österreichischen Unternehmen sind Ein-Personen- und Kleinstunternehmen. Sie sichern eine zuverlässige Versorgung, schaffen Arbeitsplätze, stärken die regionale Wirtschaft und treiben dringend notwendige Innovationen für die Grüne Transformation voran.

UNSERE VISION

Unser langfristiges Ziel ist es, Unternehmen jeder Größe in jeder Hinsicht zukunftsfähig zu machen – aber besonders KMUs und EPU, die vor großen Herausforderungen stehen. Das schaffen wir mit angepassten Rahmenbedingungen wie einer besseren sozialen Absicherung und einer gerechten Steuerpolitik. Die frühzeitige Einbindung kleiner Unternehmen bei der Schaffung relevanter Normen ist ebenfalls entscheidend. Transparenz und Teilnahme an diesem Prozess sind essenziell.

MEHR FLEXIBILITÄT, MEHR MÖGLICHKEITEN

Der österreichische Handel ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der maßgeblich zur Versorgungssicherheit und Lebensqualität beiträgt sowie eine Voraussetzung für attraktiven Tourismus ist. Wir setzen uns für fairen Wettbewerb zwischen stationärem Handel und E-Commerce ein. Ein längst überfälliger Schritt ist die Abschaffung der Mietvertragsgebühren, die es nur noch bei uns gibt. Zudem wollen wir die Benachteiligung von Dorfboxen und kleinen Selbstbedienungsläden beenden, die im Gegensatz zu klassischen Automaten an Sonn- und Feiertagen schließen müssen – und das, obwohl der Verkauf ohne Personal erfolgt.

3.4.1 EPUS

SOZIALE ABSICHERUNG

Um Selbstständige während einer Krankheit vor finanzieller Not zu schützen, fordern wir, dass das Krankengeld bereits ab dem 8. Krankheitstag ausgezahlt und der Selbstbehalt im Krankheitsfall abgeschafft wird. Im Falle einer langen Krankheit oder nach einem Unfall befürworten wir ein Taggeld in Höhe der Existenzgrundlage. Es braucht größere gesetzliche Spielräume für Kulanzregelungen der SVA. Die Anzahl der Exekutionen und Konkursanträge seitens der SVA muss deutlich reduziert werden. Weiters soll die Grüne Grundsicherung EPU in finanziellen Notlagen einen raschen, unbürokratischen, zeitlich befristeten Zugang zu einer Existenzsicherung in Krisensituationen ermöglichen, ohne sofort auf Vermögen zuzugreifen.

BESSERES KARENZMANAGEMENT

Um Frauen in der Selbstständigkeit zu unterstützen, machen wir uns für ein verbessertes Karenzmanagement stark – nach dem Vorbild anderer EU-Länder. Das bedeutet: Wochengeld wird monatlich ausgezahlt und generell erhöht, damit Selbstständige davon auch eine Vertretung bezahlen können.

SCHULDNERBERATUNG FÜR SELBSTÄNDIGE

Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine umfassende Schuldnerberatung für Selbstständige wichtig. Die hohen Rücklagen der Kammern sind ideal zur Finanzierung dieser Maßnahme und Unterstützung ihrer Mitglieder.

ABSCHREIBUNGEN FÜR WIRTSCHAFTSGÜTER

Wir setzen uns dafür ein, die Wertgrenze für sogenannte geringwertige Wirtschaftsgüter für ökologische und nachhaltige Güter anzuheben.

WEITERBILDUNG FÖRDERN

Selbstständige tragen die Kosten ihrer Weiterbildung häufig selbst. Dadurch bleiben sie im Bereich der beruflichen Weiterbildung weit hinter den Angestellten zurück. Wir engagieren uns daher für ein Paket an Maßnahmen, das Weiterbildungsmaßnahmen für Selbstständige attraktiver macht.

3.4.2 KMUS

GEWERBEORDNUNG VEREINFACHEN

Schluss mit veralteten Berufsverböten. Wir fordern die Entrümpelung der Gewerbeordnung. Gewerbe, die in den meisten anderen europäischen Ländern frei zugänglich sind, müssen in Österreich ebenfalls liberalisiert werden: z. B. Gastronomie, Reisebüros, Goldschmiede – rund die Hälfte der reglementierten Gewerbe kann freigegeben werden. Strenge Befähigungsprüfungen beizubehalten ist nur dort sinnvoll, wo Leben, Gesundheit, Vermögen oder Umwelt gefährdet sind.

MIETVERTRAGSVERGEBÜHRUNG ABSCHAFFEN

Die Gebühr für Wohnungsmietverträge wurde bereits abgeschafft. Wir fordern, dass sie auch im gewerblichen Bereich entfällt, um Österreich als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen und den stationären Handel zu stärken.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG BEI DER FREISTELLUNG SCHWANGERER

Kleine Betriebe haben oft nicht die Möglichkeit, schwangere Mitarbeiterinnen innerbetrieblich zu versetzen. Auch die Entgeltfortzahlung ist schwierig, da gleichzeitig ein:e neue:r Mitarbeiter:in nötig ist. Die fehlenden Kostenersatzregelungen belasten sie zusätzlich. Wir fordern klare Regeln und finanzielle Unterstützung für kleine Betriebe, um diese Herausforderung bewältigen zu können.

GRÜNDEN FÜR FRAUEN GERECHTER MACHEN

Frauen haben in Österreich durchschnittlich um ein Viertel weniger Vermögen als Männer. Das ist ein Nachteil bei der Gründung eines eigenen Unternehmens, denn es erschwert die Unternehmensfinanzierung massiv. Wir möchten diese Ungleichheit beenden, beispielsweise durch eine Förderung für Projekte von Gründer:innen: Frauen erhalten für Projekte in der Gründungsphase einen Zuschuss, der im Erfolgsfall zurück zu zahlen ist. Oder mit einem Genderbonus, mit dem Unternehmen oder Projekte, an denen eine oder mehrere Frauen beteiligt sind, mehr Förderung erhalten.

3.5 NACHHALTIGE FINANZEN

SO SCHAUT'S AUS

Die Steuerlast liegt in Österreich hauptsächlich auf Arbeit und Umsatz, während Millionenerbschaften und umweltschädliches Verhalten kaum belastet werden. Das macht es schwer, durch Arbeit Vermögen aufzubauen. Mit dem CO₂-Preis und dem Klimabonus, den Krisengewinn-Abgaben und dem Finanzausgleich wurde mit den Zukunftsfonds ein erster Schritt gemacht. Dennoch braucht es weitere Reformen, um die großen Themen konsequent angehen zu können – zum Beispiel verbindliche Ziele in Bereichen wie Umweltschutz und Gesundheitsversorgung. Und wie jede Finanz- und Bankenkrise verlässlich zeigt: Auch die Finanzmärkte brauchen grundlegende Änderungen, wie verbindliche Regulierung, radikale Transparenz und Anreize für ökosoziale Investitionen, um die Klimakrise zu bewältigen.

UNSERE VISION

Geld wird für eine nachhaltige Zukunft eingesetzt. Mit einem ökosozialen Finanzsystem, das finanzielle Ressourcen mit Weitsicht dort hinlenkt, wo sie benötigt werden – etwa bei Erneuerbaren Energien, nachhaltiger Mobilität und saubereren Heizsystemen. Investitionen vom Staat und aus dem Privatsektor sind dafür unerlässlich. Die letzten Budgets zeigen eine klare Grüne Ausrichtung mit erheblichen Steigerungen in Bereichen wie Klima, Justiz, Gleichstellung, Arbeitsmarkt, Bildung und Wissenschaft. Diese Erfolge gilt es langfristig zu sichern.

Wir fordern zudem, dass der Finanzausgleich klare Zielvorgaben für die Verteilung der Staatseinnahmen an Bund, Länder und Gemeinden enthält.

Mit der Abschaffung der Kalten Progression und der Ökosozialen Steuerreform haben wir den Faktor Arbeit steuerlich stark entlastet und gleichzeitig erstmals umweltschädliches Verhalten besteuert. Die Ökosoziale Steuerreform hat mit der CO₂-Bepreisung und dem Klimabonus gezeigt, dass es möglich ist, diesen Ausgleich herzustellen: ökologisch, aber dennoch sozial gerecht. Wir kämpfen aber auch weiterhin für noch mehr Entlastung von Arbeit sowie fairer Besteuerung großer Vermögen und umweltschädlichen Verhaltens.

3.5.1 BUDGET

KLIMABONUS

Unser Anliegen ist es, den Klimabonus mit den Einnahmen aus dem CO₂-Preis weiterzuführen und weiterzuentwickeln. Im Zentrum steht die Evaluierung und gegebenenfalls Anpassung, um eine noch höhere soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

KEINE UMWELTSCHÄDLICHEN SUBVENTIONEN

Grünes Wirtschaften verdient steuerliche Vorteile. Für umweltschädliche Subventionen hingegen ist ein Ende dringend nötig, denn aktuell fließen immer noch Milliarden in solche, was Transitverkehr und Tanktourismus begünstigt. Hier müssen wir der Kostenwahrheit näherkommen. Wir kämpfen dafür, dass Subventionen sozial gerechter und deutlich ökologischer werden. Denn die freiwerdenden Mittel sind deutlich besser in Umweltinvestitionen wie dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Erneuerbare Energien aufgehoben, statt in Maßnahmen, die unserer Umwelt schaden.

KLIMAFREUNDLICHE INVESTITIONEN FÖRDERN

Wir haben in der Regierung ehrgeizige Förderprogramme für Erneuerbare Energien, Stromnetze, Heizungsaustausch, öffentlichen Verkehr und Gebäudesanierung durchgesetzt. Mit Rekordbudgets für den Grünen Wandel haben wir nach nur fünf Jahren bereits positive Ergebnisse erzielt – allen voran, dass die CO₂-Emissionen in Österreich endlich sinken, während die Produktion Erneuerbarer Energien auf einem Höchststand ist. Diesen Kurs setzen wir konsequent fort, weil die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Emissionen, insbesondere im Verkehr, noch immer zu hoch sind. Es gilt, sowohl einen Transformationsprozess mit klaren Vorgaben und Technologieklarheit zu fördern als auch gesetzlich den Ausstieg aus russischem Gas festzuschreiben – und letztendlich aus allen fossilen Energieträgern. Das gibt Investitionssicherheit. Der große Erfolg bei der Förderung von PV-Anlagen und Heizungsaustausch zeigt, dass dies möglich ist.

3.5.2 STEUERN

ARBEIT WENIGER BESTEUERN

In Österreich zahlen Menschen, die ihr Leben lang hart arbeiten, Hunderttausende Euro an Steuern. Dass hohe Einkommen stärker besteuert werden, ist gerecht und die Basis unserer solidarischen Gesellschaft. Doch insbesondere bei den Menschen in den systemrelevanten Berufen, wie

z. B. Pflegekräften, bleibt zu wenig Lohn übrig. Der Faktor Arbeit ist einfach generell zu stark besteuert. Gleichzeitig zahlen Millionenerb:innen keine Steuern auf Einkommen, für das sie nichts tun müssen. Das ist ungerecht. Durch die Ökosoziale Steuerreform und Abschaffung der kalten Progression wurden schon große Verbesserungen erreicht, doch das Steuersystem muss weiter gerechter gestaltet werden. Wir fordern daher, dass die Steuerlast auf Arbeit weiter gesenkt wird. Gleichzeitig soll etwa eine Steuer auf Millionenerbschaften derart genutzt werden, dass denjenigen, die viel leisten, aber wenig verdienen – etwa Pfleger:innen oder Elementarpädagog:innen – mehr im Börsel bleibt.

FAIRER BEITRAG DER MILLIONENERB:INNEN

Viel Vermögen, wenig gerechte Verteilung: In Österreich besitzen die reichsten fünf Prozent ganze 53,5 % des Nettovermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur 3,5 % davon hat. Die Folgen sind eine der höchsten Vermögenskonzentrationen in der Eurozone sowie ein großer Schaden für Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat. Das liegt auch daran, dass bei sehr hohen Erbschaften kein Cent an die Gemeinschaft geht. Daher ist eine Millionärssteuer notwendig, einschließlich einer fairen Erbschaftssteuer auf Millionenerbschaften und Stiftungen. Mehr Verteilungsgerechtigkeit führt zu einer erheblich besseren Finanzierung öffentlicher Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, öffentlicher Verkehrsmittel und Krankenhäuser. So eine weitere Steuer-senkung auf Arbeit gegenfinanzieren und dafür sorgen, dass den Menschen mehr von ihrem Lohn bleibt. Wichtig zu betonen: Die Millionärssteuer zielt auf Millionenerb:innen und ihren fairen Beitrag ab, nicht auf das einfache Einfamilienhaus oder kleine Familienunternehmen. Darum sehen wir einen Freibetrag von einer Million Euro vor.

STEUERN WIEDER GERECHTER MACHEN

Das Steuersystem gerechter machen, indem man bestehende Steuern überprüft und reformiert, statt neue Steuern einzuführen – das ist unser Zugang. Denn die Wiederbelebung bestehender Steuern bringt niemanden zum Auswandern, birgt jedoch große Potenziale für erhebliche Staatseinnahmen.

Wir setzen uns für eine progressiv gestaltete Grunderwerbssteuer ein, damit jene, die sich teure Luxus-Immobilien leisten können, auch mehr Steuern zahlen und jene, die lange auf ihr kleines Einfamilienhaus gespart haben, nicht draufzahlen. Das fördert eine Umverteilung von oben nach unten.

LUXUS-CO₂-STEUER

Die Einführung der CO₂-Bepreisung in Österreich im Zuge der ökosozialen Steuerreform war ein wichtiger Schritt, damit klimaschädliches Verhalten endlich ein Preisschild bekommt. Allerdings reicht das bei wohlhabenden Menschen noch nicht aus, um ihr Verhalten zu ändern, obwohl ihre Emissionen sehr viel höher sind als im Durchschnitt. Laut Oxfam verursachte 2019 das reichste Prozent der Weltbevölkerung 16 % der weltweiten CO₂-Emissionen. Wegen dieser großen Einsparungspotenziale bei Vermögenden fordern wir eine Luxus-CO₂-Steuer auf Luxus-Sportwagen und Yachten. Eine Steuer, die effektiv diejenigen trifft, die es sich leisten können, und nicht Pendler:innen am Land, die auf ihr Auto angewiesen sind.

EINKOMMEN AUS KAPITAL FAIRER BESTEUERN

Kapitalerträge sind in Österreich niedriger besteuert als Arbeitseinkommen. Dadurch tragen Vermögen sehr wenig zur Finanzierung staatlicher Aufgaben bei. Wir kämpfen dafür, dass sich Österreich auf europäischer Ebene für eine umfassende Finanztransaktionssteuer einsetzt, die nicht nur Aktien und Anleihen, sondern auch Derivate umfasst. Das dämmt Finanzspekulation ein und stabilisiert die Finanzmärkte. Kapitaleinkommen sollten im Übrigen auch zur Finanzierung der Gesundheitskosten herangezogen werden. Einerseits, um damit die Belastung des Faktors Arbeit zu senken. Und andererseits, um die zusätzlich notwendigen Gesundheitsleistungen – z. B. in der hausärztlichen Versorgung, der Vorsorgemedizin oder der Kindermedizin sowie für Menschen mit seltenen Erkrankungen – umsetzen zu können.

3.5.3 FINANZAUSGLEICH

NACH HERAUSFORDERUNG STATT NACH EINWOHNER:INNEN

Statt die Mittel nur nach Einwohnerzahl zu verteilen, fordern wir eine Berücksichtigung der spezifischen Herausforderungen und Aufgaben der Gemeinden und Länder. Das heißt, dass die Lage der Gemeinden, ob ländlich oder städtisch, sowie die Bevölkerungszusammensetzung, etwa der Anteil von Kindern und älteren Menschen, stärker einbezogen werden.

STRAFFUNG, VEREINFACHUNG UND TRANSPARENZ

Wir kämpfen für einen strafferen und einfacheren Finanzausgleich, da die aktuellen Finanzströme ineffizient und intransparent sind. Wir schlagen vor, die Finanzströme zu reduzieren und im Sinne klarer Verantwortungsübernahme die Steuerautonomie von Ländern und Gemeinden zu stärken. Denn mehr Steuerautonomie und ein aufgabenorientierter Ausgleich bedeuten mehr Steuerungsmöglichkeiten und Transparenz bei der Finanzierung. Mit dem Zukunftsfonds haben wir hier einen ersten Schritt gesetzt, weitere müssen folgen.

FINANZAUSGLEICH AN KLIMA- UND BODENSCHUTZZIELE KOPPELN

Unsere Forderung ist klar: Alle Gebietskörperschaften verpflichten sich der Bekämpfung des Klimawandels und die Mittel des Finanzausgleichs sind an die Klimaziele geknüpft. Denn große Herausforderungen können nur gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden erreicht werden.

3.5.4 FINANZMARKTPOLITIK

KREDITVERGABE VON GEWERBEIMMOBILIEN REGULIEREN

Verlässliche Kreditvergaberichtlinien für Gewerbeimmobilien sind dringend nötig – das zeigt die Implosion der SIGMA und das fahrlässige Verhalten österreichischer Banken in dieser Causa. Derzeit können Bauträger wie die SIGMA Millionenkredite ohne bedeutende Sicherheiten erhalten, oft genügt die Option auf ein Pfandrecht. Wir kämpfen daher für verbindliche Vorgaben bezüglich Beleihungsquote, Rückführbarkeit und akzeptabler Sicherheiten im Gewerbeimmobiliensektor.

GELDWÄSCHE VERHINDERN

Drogen- und Menschenhandel, Terrororganisationen und Kriege leben von illegalen Geldströmen. Hohe Bargeldzahlungen sowie der Handel mit Krypto- und Finanzwerten ermöglichen, dass illegale Einnahmen gewaschen und ihre Herkunft verschleiert werden – besonders in Hochrisikosektoren wie Immobilien- und Juwelenhandel. Mächtige Profiteur:innen wehren sich daher gegen Regulierungen und schüren Ängste vor der Abschaffung des Bargelds, obwohl effektive Geldwäschegesetze keinen Einfluss auf die reguläre Bargeldnutzung hätten. Es ist noch immer viel zu leicht für Kriminelle und sanktionierte Personen, ihr Vermögen in Österreich zu parken und zu verschleiern. Unser Ziel ist es daher, die Möglichkeiten zur Identifizierung der wahren wirtschaftlichen Eigentümer:innen von Immobilien und Firmenkonstrukten zu erweitern.

PROVISIONSPRINZIP BEI VERSICHERUNGSVERMITTLUNG ABSCHAFFEN

Wir setzen uns für Fairness bei Versicherungsgeschäften und Finanzdienstleistungen ein – besonders bei Lebensversicherungen. Denn da erleben viele nach jahrzehntelangen Einzahlungen ein böses Erwachen, wenn aufgrund undurchsichtiger Provisionen und Bearbeitungsgebühren weniger ausgezahlt wird als eingezahlt wurde. Vor allem Frauen nutzen Lebensversicherungen häufig als Pensionsvorsorge. Unsere Forderung, um solche Fälle zu verhindern: strenge Provisionsbeschränkungen und mehr Transparenz bereits bei Vertragsabschluss.

UNTERGRENZE FÜR ZINSSÄTZE

Seit dem Anstieg der Leitzinsen im Jahr 2022 ist die Zinsspanne so hoch wie nie. Banken profitieren vom EZB-Einlagezins, doch Sparer:innen gehen fast leer aus. Höhere Sollzinsen hingegen geben Banken sofort an Kreditnehmer:innen weiter. Wir fordern daher klare Regeln, damit sie alle EZB-Zinsen fair weitergeben und alle Sparer:innen davon profitieren.

TRANSPARENZ IN DER FINANZWIRTSCHAFT

Ersparnisse für die Zukunft gehören in klimafreundliche Maßnahmen investiert statt in fossile Brennstoffe. Wir engagieren uns dafür, dass Pensionsversicherungen und Vorsorgeprodukte schrittweise aus der Finanzierung von Kohle, Öl und Gas aussteigen. Denn unsere finanzielle Vorsorge darf nicht die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zerstören. Unser Ziel ist es, dass transparente Offenlegung und verpflichtende Transformationspläne zur Klimaneutralität die Finanzwirtschaft zur Rechenschaft ziehen – ganz nach dem Vorbild der Green Finance Alliance, die internationale Vorreiter-Initiative des Klimaschutzministeriums.

3.6 NACHHALTIGER TOURISMUS

SO SCHAUT'S AUS

Tourismus ist ein Eckpfeiler der österreichischen Wirtschaft. Hunderttausende Arbeitsplätze schaffen Wohlstand in vielen Regionen. Doch die Branche steht vor erheblichen Herausforderungen: Klimakrise, Digitalisierung, Verkehrsüberlastung und genereller Overtourism. Das beeinträchtigt nicht nur die Lebensqualität der Einheimischen und der Beschäftigten, sondern auch das Erlebnis der Tourist:innen. Den touristischen Erfolg allein anhand von Nächtigungszahlen zu messen, verstärkt die Probleme nur, da Österreich als Tourismusdestination auf intakte Umgebungen und eine positive Einstellung der Bevölkerung angewiesen ist.

UNSERE VISION

Um den Tourismus langfristig zu stärken, gilt es, jetzt die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Nachhaltiger Tourismus bedeutet für uns, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Natur davon profitieren und Qualität über Quantität gestellt wird. Da der Großteil der Wertschöpfung im Winter erfolgt, stellt die Klimaveränderungen ein wachsendes Problem dar. Doch statt einfach auf exzessiven Ausbau mit Kunstschnee und großen Infrastrukturprojekten zu setzen, konzentrieren wir uns auf eine sanfte Neupositionierung des Berg- und Naturerlebnisses, unter Berücksichtigung ökologischer Grenzen. Für Regionen, die besonders stark vom Wintertourismus abhängig sind, planen wir eine Umstellung auf eine ganzjährige touristische Ausrichtung. Zum Schutz der Regionen braucht es jedenfalls ein Ende für überdimensionierte Investorenprojekte und großflächige Tourismusentwicklungen, die nicht nachhaltig sind. Unser Ziel sind Städte und Tourismuszentren, die auch für Einheimische und Tourismusmitarbeiter:innen attraktiv und bezahlbar bleiben.

OVERTOURISM IN DEN GRIFF BEKOMMEN

Ein harmonisches Zusammenleben von Einheimischen und Gästen, ohne Überlastung von Mensch und Umwelt – danach streben wir. Wenn Tourismusregionen in erster Linie für die lokale Bevölkerung lebenswert sind, dann werden diese auch für Besucher:innen attraktiv. Wir setzen uns daher entschlossen für Maßnahmen gegen Übertourismus und zur Sicherung der Tourismusakzeptanz ein. Dazu gehören regelmäßige Datenerhebungen, Bewusstseinsbildung und eine verstärkte Förderung von Konzepten und Forschung. Wir prüfen internationale Beispiele für Besuchermanagement und setzen auf Digitalisierung, die neue Möglichkeiten eröffnet. Zur Entzerrung der Gästeströme forcieren wir gestärkte Zwischensaisonen, bessere Steuerung der Anreise sowie längere Aufenthaltsdauern.

AUSBAUGRENZEN FÜR SKIGEBIETE

Wir stehen für klare Grenzen bei der Entwicklung von Skigebieten. Die Klimakrise erfordert neue Herangehensweisen, statt einfach weiter auszubauen, während Schnee, Gletscher und Permafrost schwinden. Dazu gehören eine konsequente alpine Raumordnung und der Schutz sensibler Gebiete wie Gletscherregionen sowie Maßnahmen für klimaverträgliche An- und Abreise sowie Mobilität vor Ort. Wir lehnen weitere Flächenversiegelungen für Parkplätze ab und unterstützen winterfokussierte Destinationen in niedrigeren Höhenlagen dabei, ihr Angebot so zu gestalten, dass sie auch in der Sommersaison attraktiv sind. Angesichts sinkender Nachfrage und höherer Kosten für Beschneigung setzen wir zudem auf mehr Qualitätstourismus. Maßnahmen dieser Art sind für die Tourismusbranche unverzichtbar, um Besucher:innen – und die Umwelt – auch in Zukunft von sich überzeugen zu können.

ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR ALLE SEITEN VERBESSERN

Der Tourismus muss soziale Verantwortung übernehmen und ein wertschätzendes Arbeitsumfeld schaffen, das Ganzjahresjobs, flexible Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Bessere Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Betriebe und Gastronomie sind entscheidend, weil sie viele Arbeitsplätze schaffen und wichtige Steuern zahlen. Wir wollen daher eine Steuerentlastung beim Faktor Arbeit, die sowohl Arbeitnehmer:innen als auch Arbeitgeber:innen hilft und so die ganze Branche stärkt. Zudem gilt es, ungenutzte Potenziale besser auszuschöpfen, um dem bestehenden Fachkräftemangel zu trotzen. Das trifft besonders auf Frauen zu, die oftmals einen Großteil der Kinderbetreuung übernehmen und mehr – und auf ihre Bedürfnisse passende – Kindergartenplätze bräuchten.

DIE NATUR ERHALTEN

Unsere Natur macht Österreich zu einem attraktiven Reiseziel. Weil wir ganz genau wissen, wie wichtig der Tourismus für viele unserer Regionen ist, wollen wir unsere einzigartige Natur und unsere Kulturlandschaften für kommende Generationen erhalten. Dafür braucht es vorausschauende Maßnahmen zum Schutz von Nationalparks und Naturschutzgebieten. Ein nachhaltiger Strukturwandel in der Landwirtschaft bewahrt den ländlichen Raum. Dieser benötigt auch den Schutz vor ungezügelter Versiegelung, der Ausdünnung von Ortskernen und übermäßigem Individualverkehr.

3.7 DIE ZUKUNFT GESTALTEN DURCH DIGITALISIERUNG, TECHNOLOGIE UND FORSCHUNG

SO SCHAUT'S AUS

Der technologische Wandel birgt neben Chancen auch Risiken für Arbeitnehmer:innen-Rechte – und damit auch für die Gesellschaft und Wirtschaft. Einige Jobs fallen durch Automatisierung weg. Gleichzeitig entstehen zusätzliche Tätigkeitsfelder. Eines ist jedoch klar: Neue, marktreife Technologien helfen uns auf dem Weg zur Klimaneutralität und bauen auf die von uns geförderte Grundlagen- und angewandte Forschung. Laut Technologiebericht 2023 ist Österreich führend in klimarelevanter Forschung. Mit Ausgaben von 3,2 % der Wirtschaftsleistung belegen wir Platz 3 in der EU. Bei der Grünen Resilienz – also der Fähigkeit, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen – liegt Österreich sogar auf Platz 1 in der EU.

UNSERE VISION

Mittendrin statt nur dabei: Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten und als Chance nutzen. Denn neue Technologien und Innovationen sind unverzichtbar im Kampf gegen die Klimakrise und helfen uns, den Weg zur Klimaneutralität zu ebnen. Doch das allein reicht noch nicht aus.

Es ist auch ein umfassender Systemwandel nötig, für den wir unermüdlich kämpfen werden. Unsere Technologiepolitik orientiert sich an gesellschaftlichen Zielen. Ressourcenverbrauch und Nachhaltigkeit stehen im Fokus, besonders angesichts des hohen Energiebedarfs digitaler Infrastrukturen. Wir fördern die Erforschung umweltfreundlicher Technologien, denn sie erzeugen saubere Energien, schaffen gute Arbeitsplätze und stärken die Wirtschaft. Innovationen und Grundlagenforschung sind elementar für Österreichs Zukunft und verdienen daher mehr Unterstützung.

3.7.1 FORSCHUNG

FAKTENBASIERTEN DISKURS IN DER POLITIK STÄRKEN

Die zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit braucht eine Gegenbewegung. Das beste Mittel dagegen sind Evidenz und Fakten sowie eine wissenschaftsfreundliche Politik, die den Dialog sucht und sich von Forschenden beraten lässt. Ganz besonders, um politische Versuche, die Wissenschaft zu diskreditieren, zu verhindern. Denn die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik ist entscheidend für die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen. Wir stärken den Austausch und die beratende Funktion der Forschung gegenüber der Politik. Wissenschaftliche Ergebnisse müssen anerkannt und ernstgenommen werden, gerade im postfaktischen Zeitalter, in dem populistische Kräfte etablierte Fakten attackieren. Wenn Politiker:innen Tatsachen abwerten oder alternative Fakten präsentieren, gefährdet dies die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft sowie Politik und destabilisiert die Gesellschaft.

GRUNDLAGENFORSCHUNG ERHÖHEN

Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundlagenforschung massiv erhöht wird: Definierte Forschungsschwerpunkte rund um Grüne Kernthemen wie Ressourcenverfügbarkeit, Biodiversität und biobasierte Wirtschaft sollen zusätzlich etabliert werden. Wir kämpfen gezielt für mehr Geld für den Forschungs- und Wissenschaftsfonds, FWF, damit dieser durch eine Exzellenzinitiative die Grundlagenforschung selbst stärken und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern kann.

FORSCHUNG TRANSPARENTER MACHEN

Wir wollen die Einführung einer Compliance-Datenbank, in der Wissenschaftler:innen an Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Auftraggeber:innen und Finanzierung ihrer Projekte offenlegen. So können Unvereinbarkeiten erkannt und Transparenz gewährleistet werden.

GROSSE HERAUSFORDERUNGEN MIT ANGEWANDTER FORSCHUNG BEWÄLTIGEN

Die angewandte Forschung zu stärken und langfristig zu finanzieren, ist uns ein großes Anliegen. Wir wollen Umsetzungs- und Forschungsprojekte mit ausreichenden Mitteln ausstatten, um Entwicklungen wie zum Beispiel die Dekarbonisierung der Industrie voranzutreiben. Zusätzliche Schwerpunktbereiche sind die Mobilitätswende, Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Transformation der Wirtschaft und klimaneutrale Städte. Jedenfalls muss die derzeitige Form der Forschungsprämie evaluiert werden und der Fokus stärker auf Forschung und Ökologisierung gelegt werden.

3.7.2 DIGITALISIERUNG

ID AUSTRIA

Die Digitalisierung kann die öffentliche Verwaltung moderner, effizienter und bürgerorientierter machen sowie die Lebenssituationen der Menschen einbeziehen. Der elektronische Identitätsnachweis ID Austria soll im Beruf und im Kontakt mit Behörden sichere Identifikation im Internet ermöglichen und zu einem vollwertigen elektronischen Ausweis werden. Wir plädieren zudem für Plattform-Offenheit, damit der Zugang zur ID Austria auch außerhalb von Google Play Store und Apple App Store und damit für alle Menschen möglich ist.

GLASFASER AUSBAUEN

Hochleistung für alle in ganz Österreich – auch in abgelegenen, ländlichen Gebieten. Wir machen uns dafür stark, dass die flächendeckende Versorgung mit modernstem Glasfaserinternet im ganzen Land sichergestellt wird. Für digitale Chancengleichheit.

KI-LÖSUNGEN IN WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT FÖRDERN

Künstliche Intelligenz wird die Art, wie wir leben, kommunizieren, arbeiten und uns informieren, massiv ändern. Österreich braucht ein Umfeld, in dem innovative KI-Anwendungen entwickelt, erforscht und exportiert werden. Investitionen in diesem Bereich entscheiden in den kommenden Jahren über das Wirtschaftswachstum und die Zukunftsfähigkeit Österreichs als Hightech-Standort. Ein besonderer Fokus soll auf dem Einsatz für den Klimaschutz liegen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass öffentliche Daten verfügbar gemacht und Förderprogramme für Wissenschaft und Wirtschaft ausgebaut werden. Zudem braucht es mehr Risikokapital, Investitionsanreize und eine Fachkräfte-Initiative. Sowohl in Schulen als auch an Universitäten muss ein Schwerpunkt gesetzt werden. Gleichzeitig gilt es, für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv zu sein – rechte Hetz-Politik erreicht hier genau das Gegenteil und schadet unserem Land.

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ REGELN

KI bietet unserer Gesellschaft und Wirtschaft vielversprechende Chancen – doch es gilt, die massiven Gefahren mitzubedenken und gezielt gegenzusteuern. Wir fordern daher, dass sämtliche KI-Anwendungen menschenzentriert, diskriminierungsfrei und im Einklang mit dem AI Act, der EU-Verordnung über künstliche Intelligenz, sein müssen. Social Media zeigt uns bereits deutlich, wie Rassismus, Diskriminierung und Sexismus auf diesen Plattformen verbreitet wird. Wir wollen gezielte Gegenmaßnahmen in Form von zwingenden, rechtlichen Rahmenbedingungen. Denn eine KI, die auf Basis sexistischer oder rassistischer Daten lernt, potenziert diese Probleme. Nur eine KI, die auf Basis ausgewogener Informationen lernt, kann Sexismus und Rassismus bekämpfen. Es liegt in unserer Hand!

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE DIGITALE WELT

Künstliche Intelligenz ist nicht weniger als eine Revolution. Wir fordern daher, frühzeitig die Weichen zu stellen, um Innovationen zu fördern und eine gleichberechtigte, sichere digitale Gesellschaft zu schaffen. Dazu gehören der Schutz von Grundrechten, Bekämpfung von Diskriminierung, Verhinderung von Massenüberwachung, Datenschutz, Konsument:innenschutz und die Bekämpfung von Plattform-Algorithmen, die Falschinformationen und Hass verstärken. Wir stehen für starken Rechtsschutz und die Förderung jener Maßnahmen, die für eine positive digitale Zukunft für die Menschen sorgen.

SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUR UND IT-SICHERHEIT

Bürger:innen und Unternehmen müssen vor zunehmender Cyberkriminalität effektiv geschützt werden. Staatlich finanzierte Bug-Bounty-Programme eignen sich, um Sicherheitslücken aufdecken und offene Software weiterentwickeln zu können. Eine Schwächung von Verschlüsselung mit dem Ziel anlassloser Massenüberwachung ist kurzsichtig und gefährlich. Staatliche und anlasslose Massenüberwachung, wie den Bundestrojaner oder generelle Chatkontrollen, lehnen wir zum Schutz der Bürger:innen strikt ab.

NETZNEUTRALITÄT FÜR GERECHTE TEILHABE

Das Fundament der gerechten Teilhabe an der digitalen Gesellschaft und Innovation ist ein schnelles und neutrales Internet. Netzneutralität, also die gleiche Behandlung aller Nutzer:innen und Inhalte, ist zentral für unsere Netzpolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Daten gleichbehandelt werden müssen.

ANONYMITÄT SICHERN

Die Möglichkeit des anonymen Meinungs austauschs, ohne dabei einen Klarnamen anzugeben, ist essenziell für die persönliche Freiheit und Demokratie. Eine Klarnamenpflicht hingegen schränkt die Meinungsfreiheit ein und fördert Selbstzensur. Daher ist es inakzeptabel, Bürger:innen zur Identifizierung zu zwingen und damit großen Online-Plattformen das Sammeln von noch mehr Daten zu ermöglichen. Wir unterstützen das Recht auf Anonymität und Verschlüsselung im Netz, denn berechnigte Ansprüche, auch in Bezug auf Hass im Netz, lassen sich auch ohne öffentliche Namensangabe durchsetzen.

FREIE UND OFFENE SOFT- UND HARDWARE FÖRDERN

Milliarden Euro fließen kontinuierlich an die Big-Tech-Konzerne für proprietäre Systeme, auf die wir fast keinen Einfluss haben. Europäische Unternehmen haben kaum noch Chancen gegen diese Giganten. Um die digitale Aufholjagd zu schaffen, fordern wir, dass Europa freie und offene Soft- und Hardware staatlich fördert – denn offene Systeme dienen vorrangig den Bürger:innen statt der Profitmaximierung ausländischer Konzerne. EU-weite Kooperationen der besten Köpfe sind einer der Schlüssel für höhere Qualität und Sicherheit. Wir plädieren dafür, dass öffentliche Softwareprojekte als Open Source veröffentlicht sowie die Verwaltung schrittweise auf Open Source Software und offene Formate umgestellt werden, um die Abhängigkeit von großen Tech-Konzernen zu verringern.

E-SPORTS UND DIGITALE SPIELE – FÖRDERUNG UND AKTIVE STANDORTPOLITIK

Digitale Spiele übernehmen eine zunehmend wichtige soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rolle in unserer Gesellschaft. E-Sports sind schon jetzt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Österreich – hier gilt es anzusetzen und auszubauen. Wir fordern daher eine aktive Standortpolitik und die Förderung von Entwickler:innen. Wir treten dafür ein, dass E_Sports als Sport anerkannt werden, insbesondere im Hinblick auf eine Professionalisierung. Es gilt außerdem die touristischen Chancen zu nutzen. Österreich sollte sich als attraktiver Austragungsort von E-Sports-Veranstaltungen etablieren. Gleichzeitig bedarf es einer Harmonisierung des Jugendschutzes im Bereich digitaler Spiele und einer Regulierung im Hinblick auf glücksspielartige Mechaniken.

3.8 INTERNATIONALER HANDEL

SO SCHAUT'S AUS

Europa ist der attraktivste Handelspartner der Welt. Doch EU-Freihandelsabkommen wie der vorliegende Entwurf des Abkommens mit den MERCOSUR-Ländern vernachlässigen die sozio-ökonomischen und nachhaltigen Auswirkungen des Handels und begünstigen hauptsächlich industrielle Agrarriesen sowie multinationale Unternehmen. Wir fordern daher eine Neuverhandlung. Außerdem ist die EU-Handelspolitik nicht ausreichend auf den Green Deal abgestimmt, um die Treibhausgase bis 2050 auf null zu reduzieren.

UNSERE VISION

Wir wollen eine nachhaltige Neuausrichtung der EU-Handelspolitik mit stärkerem Schutz der Menschenrechte. Unserer Ansicht nach sollte die EU ihren Einfluss nutzen, um weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz durchzusetzen. Denn unsere Idee von Handelspolitik besteht nicht nur aus Wachstum, sondern auch aus fairen Partnerschaften, die ebenso Umwelt- und Klimaschutz wie soziale Gerechtigkeit fördern. Wenn das gelingt, dann kann die Handelspolitik auch zu einer Vertiefung der Beziehungen zu anderen demokratischen Ländern auf dem Globus werden. Außerdem verdienen Europas Konsument:innen die Gewissheit, dass

importierte Waren und Dienstleistungen höchste qualitative und ethische Standards erfüllen. Vor allem auch, weil wir so die heimische Produktion vor unfairer Wettbewerb durch Niedriglöhne, Zwangsarbeit und Umweltzerstörung schützen wollen.

HANDELSVERTRÄGE NACHHALTIGER GESTALTEN

Unser Einsatz gilt einem fairen, ökologischen und gerechten Welthandel, der Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir stehen für eine Handelspolitik, die soziale und ökologische Standards sowie das Vorsorgeprinzip verbindlich festschreibt. Zudem muss die kommunale Daseinsvorsorge – also Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichem Interesse – geschützt und parlamentarische Mitbestimmung garantiert werden. Fortschritte innerhalb der WTO wären der bestmögliche Rahmen, sind allerdings aufgrund der angespannten geopolitischen Lage kaum umsetzbar. Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene für regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe ein. Ein wichtiger Punkt ist dabei, dass Handelsverträge einen klaren Plan zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsverpflichtungen enthalten – zusätzlich zu Definitionen für Verstöße gegen das Pariser Klimaabkommen. Wir unterstützen, dass die EU ihr Gewicht nutzt, um mit fairen und transparenten Handelsverträgen weltweiten Wohlstand und die Ökologisierung zu fördern. Dazu gehört, dass internationale Handelsabkommen den hohen EU-Standards entsprechen.

AMBITIONIERTES LIEFERKETTENGESETZ

Die Rohstoffgewinnung etwa für Elektronikprodukte führt regelmäßig zu Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörung. Wir fordern deshalb transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards inklusive Sorgfaltspflichten. Denn nur faire Rohstoffpartnerschaften berücksichtigen die Bedürfnisse der Abbauländer, reduzieren den Rohstoffverbrauch und fördern eine nachhaltige Nutzung in Europa. Ambitionierte europäische Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und deren nationale Umsetzung sind entscheidend, um soziale Gerechtigkeit, Klima- und Umweltschutz sowie den Schutz der Menschenrechte zu verbessern.

3.9 FAIRE REGELN FÜR EINE RESILIENTE WIRTSCHAFT

SO SCHAUT'S AUS

Verbraucher:innen spüren es bei jedem Einkauf: Neben der fossilen Inflation treiben Preisabsprachen, Kartelle und unfaire Geschäftspraktiken die Preise in die Höhe. Ein zu lasches Wettbewerbsrecht und nicht ausreichend ausgestattete Behörden führen zusätzlich dazu, dass überhöhte Preise lange bestehen bleiben und der Markt nicht so funktioniert, wie er soll. Heimische Unternehmen und Kund:innen brauchen mehr Fairness im Wettbewerb – besonders in Zeiten hoher Inflation.

UNSERE VISION

Ein funktionierender Wettbewerb lebt von klaren Spielregeln, die ständig an aktuelle Herausforderungen angepasst werden. Wir wollen sicherstellen, dass wirklich alle Unternehmen die Regeln einhalten. Das schaffen wir mit einem strengen Wettbewerbsrecht und einer starken, unabhängigen Behörde mit ausreichenden Ressourcen. Denn je robuster unser Wettbewerbsrecht ist und je schlagkräftiger die Kontrollbehörde agieren kann, desto fairer wird der Wettbewerb. Außerdem fordern wir ein faires Insolvenzrecht, das ehrlichen Schuldner:innen eine zweite Chance gibt, aber gegen Bilanz-Tricksereien hart vorgeht.

3.9.1 WETTBEWERB

BUNDESWETTBEWERBSBEHÖRDE STÄRKEN

Für Situationen, in denen der Wettbewerb zum Nachteil der Verbraucher:innen gestaltet ist, braucht die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) neue Instrumente. Denn ihre wichtige Aufgabe ist es, nach der Feststellung einer schwerwiegenden Störung effektive Maßnahmen zu ergreifen – von Marktöffnung bis zur Entflechtung von Unternehmenskonstrukten. Die Entscheidung darüber bleibt nach wie vor beim Gericht. Doch die Kompetenzen der BWB sollten erweitert werden, damit sie nach Branchenuntersuchungen selbst strukturelle Maßnahmen, einschließlich Entflechtung, vornehmen kann.

ZUSAMMENSCHLÜSSE STRENGER KONTROLLIEREN

In lebenswichtigen Sektoren wie Lebensmittelhandel und Energie braucht es einen funktionierenden Wettbewerb. Unternehmenszusammenschlüsse beeinflussen diesen maßgeblich, weshalb Fusionen in diesen Branchen strenger kontrolliert werden sollen. Durch die Anpassung der Umsatzgrenzen für Fusionsanmeldungen werden künftig mehr Zusammenschlüsse detailliert überprüft. So schaffen wir klare Rahmenbedingungen und sichern einen intakten Wettbewerb.

EU-WETTBEWERBSRECHT REFORMIEREN

Wir kämpfen für eine Reform des EU-Wettbewerbsrechts und Beschaffungswesens. Unser Ziel ist es, europäische Unternehmen beim Marktzugang zu stärken und mehr Fairness zu schaffen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir, dass neben dem Preis auch soziale und ökologische Faktoren, wie europäische Wertschöpfung und CO₂-Fußabdruck, berücksichtigt werden.

INVESTITIONSKONTROLLGESETZ

Das Investitionskontrollgesetz legt fest, wann ausländische Investitionen in österreichische Unternehmen genehmigungspflichtig sind. Damit soll ein Ausverkauf heimischer Betriebe ans Ausland verhindert werden – ganz besonders in sensiblen Bereichen wie der Pharmaindustrie sowie der digitalen und kritischen Infrastruktur. Wir fordern daher, sehr klare und strenge Prüfkriterien zu etablieren und durchzusetzen.

DASEINSVORSORGE UND WETTBEWERB – STICHWORT ÖFFIS

Im Bereich der Daseinsvorsorge, also sämtliche Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichem Interesse, ist Qualität zu akzeptablen Kosten ohne Gewinnstreben wichtig. Das gilt unter anderem für Gesundheit, Mobilität, Energieversorgung – und insbesondere im öffentlichen Verkehr. Für uns sind leistbare, zuverlässige und umweltfreundliche Verbindungen zentral. Aufträge z. B. für Bahngarnituren sollten vorzugsweise per Direktvergabe und nach dem Bestbieter- statt Billigstbieterprinzips erfolgen, um Qualität und gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

3.9.2 NEUES INSOLVENZRECHT

BILANZVERSCHLEIERUNG EFFEKTIV BEKÄMPFEN

Der 5-Punkte-Plan, der von Justizministerin Alma Zadić zur Bekämpfung von Bilanzverschleierung vorgelegt wurde, umfasst viele wichtige Maßnahmen. Unter anderem höhere Strafen für Unternehmen ohne eingereichte Jahresabschlüsse (bis zu 5 % des Jahresumsatzes), strengere Regeln für Konzerne mit verpflichtenden, konsolidierten Konzernabschlüssen und das Ende der Verschleierung durch komplexe Firmengeflechte.

PRIVATKONKURS

Die Frist für den neuen 3-jährigen Privatkonkurs läuft noch bis Mitte 2026. Dieser wird gut angenommen und funktioniert reibungslos. Wir wollen dieses verkürzte Verfahren zur Entschuldung

dauerhaft beibehalten. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass nach Abschluss des Privatkonkurses eine Pfändung unter das „Existenzminimum“ für Gläubiger:innen nicht mehr zulässig ist.

INKASSOKOSTEN BREMSEN

Da Inkassogebühren nicht gedeckelt sind, sind Schuldner:innen auch bei geringen Beträgen zu oft mit Zusatzkosten konfrontiert, die sich rasant multiplizieren. Wir wollen diese Kostenlawine durch die gesetzliche Einführung von relativen und absoluten Obergrenzen für Inkassogebühren bremsen – die Gebühren müssen angemessen und transparent sein.

BESSERES INSOLVENZRECHT MIT ZWEITER CHANCE

Wirklich jede und jeder kann in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Und wir finden, ehrliche Schuldner:innen verdienen eine zweite Chance. Staatlich geförderte Schuldenberatungsstellen bieten kostenlose Hilfe in solchen Situationen. Das neue, verkürzte Insolvenzverfahren ermöglicht es, Schulden schneller abzubauen. Ein faires Insolvenzrecht führt indirekt zu Innovationen und schafft ein Umfeld, in dem Unternehmen gedeihen können. Wir streben eine Kultur der zweiten Chance an, um die Wirtschaft zu stärken. Gleichzeitig sorgt unser 5-Punkte-Plan dafür, dass Bilanztricksereien und bewusste Täuschungen nicht toleriert werden.

3.9.3 BEYOND GROWTH WEITERENTWICKELN

NACHHALTIGER WOHLSTAND

Nachhaltiger Wohlstand erfordert neue Leitlinien. Die bisherige Wirtschaftspolitik hat sich stark am Bruttoinlandsprodukt orientiert. Doch das BIP allein entkoppelt sich zunehmend von gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt, weil es weder Sozial- noch Natur-Parameter einbezieht. Deshalb fordern wir zusätzliche Indikatoren wie Beschäftigungs- und Lohnentwicklung, Treibhausgasbilanz und Zustand der Ökosysteme, um Wohlstand besser zu messen und die Ziele von Gesellschaft und Politik widerzuspiegeln.

3.10 KONSUMENT:INNENSCHUTZ

SO SCHAUT'S AUS

Wir alle sind Konsument:innen. Als solche haben wir bereits viele Rechte in Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen, die es jedoch weiterhin auszubauen und zu schützen gilt. Denn die Durchsetzung dieser Rechte ist nicht immer gewährleistet – und das wissen die Firmen. Sie missachten oft geltende Regeln, sei es durch unfaire Verträge, Fallen im Kleingedruckten oder die geplante Abnutzung von Produkten. Ein starker Konsument:innenschutz ist daher erforderlich, um gegen solche Praktiken vorzugehen und neue Tricks zu unterbinden.

UNSERE VISION

Es ist uns besonders wichtig, dass der Konsument:innenschutz mit den Entwicklungen in der Wirtschaft mithält – gerade in Zeiten des digitalen und ökologischen Wandels. Zeitgemäße Regeln für Unternehmen und Schutzmechanismen für Konsument:innen garantieren faire Geschäftsbeziehungen und helfen, beim Einkaufen informierte Entscheidungen zu treffen. Insbesondere in Zeiten der Teuerung ist es wichtig, dass Konsument:innen transparente Informationen bekommen. Wir setzen uns für Maßnahmen gegen versteckte Preiserhöhungen ein und dafür, dass Verträge genauso einfach gekündigt werden können, wie sie abgeschlossen werden. Wir wollen Konsument:innenschutzeinrichtungen stärken und für bessere Unterstützung von Konsument:innen bei konkreten Problemen sorgen.

KONSUM NACHHALTIGER UND TRANSPARENTER MACHEN

Die Europäische Union sichert Konsument:innen das Recht auf Reparatur und verbietet geplante Obsoleszenz sowie Greenwashing in der Werbung. Wir möchten diese neuen Bestimmungen in Österreich zügig und ambitioniert umsetzen. Wir wollen Produkte nachhaltiger und sicherer machen – ohne gesundheitsgefährdende Stoffe. Weiters wollen wir, dass Ökodesign verbindlich wird und Produkte nach Kriterien der Haltbarkeit, Reparierbarkeit und ökologischer Verträglichkeit hergestellt werden. Auch bei Lebensmitteln setzen wir uns für mehr Transparenz ein, einschließlich Herkunfts- und Haltungskennzeichnung sowie leicht verständlicher Nährwertangaben wie dem Nutri-Score. Wir wollen zudem die Shrinkflation, das heißt kleiner werdende Verpackungen und Inhalte bei gleichbleibenden Preisen, im Supermarkt durch klare Kennzeichnung und praktische Preisvergleichs-Tools eindämmen.

DIGITALER RAUM – MEHR SCHUTZ FÜR UNS ALLE

Das Internet ist voll mit fragwürdigen Praktiken: Addictive Design, Dark Patterns und viele andere Taktiken, die darauf abzielen, eine freie und informierte Entscheidung seitens der Konsument:innen zu verhindern. Umso mehr müssen die Verbraucher:innenschutzstandards mit den rasanten Entwicklungen der digitalen Welt Schritt halten. Wir dürfen den Internet-Giganten nicht erlauben, unser Online-Einkaufsverhalten zu manipulieren und Jugendlichen zu schaden. Wichtige Entscheidungen, wie z. B. über Kreditvergaben oder Abschlüsse von Versicherungsverträgen dürfen nicht allein von künstlicher Intelligenz getroffen werden. Auch Datenschutz ist Konsument:innenschutz! Wir setzen uns z. B. dafür ein, dass die Konsument:innen die Rechte an den von ihren Geräten gesammelten Daten behalten. Wir machen digitale Fairness zur Priorität und setzen uns auf allen Ebenen dafür ein!

GLÜCKSSPIEL REGULIEREN

Das Glücksspielgeschäft geht auf Kosten von Spielsüchtigen. Große Schäden für die Betroffenen und ihre Familien sind oft die Folgen. Wir setzen uns für eine Glücksspielpolitik ein, die den Schutz vor Spielsucht in den Vordergrund stellt – mit Maßnahmen wie niedrigeren Einsätzen, weniger Spiele pro Minute und längeren Spielpausen. Ein Sperrregister, das sowohl Online- als auch Offline-Glücksspielanbieter beachten müssen, soll unkontrolliertem Spielen vorbeugen. Es soll auch möglich sein, sich selbst für eine bestimmte Zeit sperren zu lassen. Wichtig sind zudem vorbeugende Maßnahmen, etwa um gezielt an gefährdete Menschen gerichtete Werbung zu verhindern (Umsetzung von Werbeverböten). Bundeslizenzen für Video Lottery Terminals, die derzeit landesrechtliche Verbote umgehen, sollten abgeschafft und ungenutzte Casino-Lizenzen in Österreich gestrichen werden. Es braucht auch neue Regeln für Dinge, die eine ähnliche Wirkung wie Glücksspiel haben, wie z. B. Lootboxen in Videospielen.

NEUE REGELN FÜR BILLIG-ONLINE HÄNDLER

Der europäische Markt wird von minderwertigen Produkten überschwemmt, die zu oft geltende Produktsicherheitsstandards nicht einhalten. Diese landen oft innerhalb kürzester Zeit im Müll, weil allein die Rücksendung den niedrigen Warenwert schon übersteigt. Wir kämpfen dafür, dass dieser Praxis ein Riegel vorgeschoben wird. Um Dropshipping aus Drittstaaten in den Griff zu bekommen, braucht es neue Regeln und konsequentes Vorgehen auf EU-Ebene. Österreich kann sich nur gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten gegen Giganten durchsetzen.

INFORMATIONEN FÜR ALLE

Wir setzen auf Transparenz und leicht verständliche Informationen – z. B. durch standardisierte Vertragszusammenfassungen für Strom oder Gas – damit niemand ungewollt in Werbefallen tappt, Preise besser vergleichbar werden und alle Konsument:innen zu ihren Rechten kommen. Dabei legen wir einen größeren Fokus auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, Se-

nior:innen, Menschen mit weniger formaler Bildung oder von Sprachbarrieren Betroffene. Dazu möchten wir mehr niederschwellige Informations- und Bildungsangebote schaffen, die sowohl online als auch lokal besser zugänglich sind.

MODERNE RECHTSDURCHSETZUNG, BESSERER KONSUMENT:INNENSCHUTZ

Obwohl Österreichs Konsument:innenschutz gut ist, bestehen im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten noch Lücken im System. Um die Rechte der Konsument:innen optimal zu gewährleisten, braucht es unterschiedliche Instrumente. Dazu gehören die Einführung behördlicher Rechtsdurchsetzung, die Unterstützung bestehender Verbraucher:innenschutzorganisationen und die Weiterentwicklung der außergerichtlichen Streitschlichtung. Außerdem braucht es einen eigenen universitären Lehrstuhl für Verbraucher:innenrecht und -politik. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll über einen neuen Fonds erfolgen, der aus Abgaben, Steuern und behördlich abgeschöpften Unrechtsgewinnen gespeist wird.



**4. WÄHL
DEMOKRATIE.
WÄHL, ALS
GÄB'S EIN
MORGEN.**

4.1 SAUBERE POLITIK

SO SCHAUT'S AUS

Unsere Demokratie und unsere liberalen Grundwerte sind in Gefahr. Orbans Ungarn und die USA unter Trump sind warnende Beispiele. In Österreich vergiften Kickl und Co. die gesellschaftliche Stimmung, greifen demokratische Errungenschaften an und wollen Österreichs Interessen für russisches und chinesisches Geld verkaufen. Eine funktionierende und lebendige Demokratie braucht Kontrolle, Transparenz und klare Regeln zur Verhinderung von Machtmissbrauch. Eine starke, unabhängige Justiz ist unerlässlich, um das Vertrauen in die Institutionen zu wahren und sie vor Korruption zu schützen. Deshalb haben wir die Justiz gestärkt und das Amtsgeheimnis abgeschafft. Entscheidungen sind dadurch nachvollziehbar und Korruption wird deutlich schwieriger. Zusätzlich hat die ÖVP-Chataffäre gezeigt, wie wichtig unabhängige, qualitätsvolle Medien in Zeiten von Desinformation und Fake News sind. Verflechtungen von Politik und Medien dieser Art müssen ein Ende haben.

UNSERE VISION

Transparenz ist der Schlüssel zu einer starken Demokratie. Sie schützt vor Korruption und Missbrauch öffentlicher Gelder und stärkt das Vertrauen der Bevölkerung. Daher kämpfen wir unermüdlich für strenge Anti-Korruptionsregeln und effektive Strafverfolgung.

Mit dem neuen Parteiengesetz haben wir gläserne Parteikassen geschaffen: Parteien müssen Einnahmen, Ausgaben, Vermögen und Schulden offenlegen. Die Wahlkampfausgaben werden strenger kontrolliert und der Rechnungshof kann die Parteikassen überprüfen. Mit uns Grünen gibt es saubere, unkäufliche Politik, klare Regeln, Kontrolle und deutlich schärfere Strafen bei Korruption. Damit vor dem Gesetz alle gleich sind. Wir haben die Justiz gestärkt, ihr Budget erhöht und ihre Unabhängigkeit gesichert. Das schützt vor politischen Interventionen und rechten Hetzern, die unsere Demokratie schwächen wollen.

Wir wollen eine gut informierte Gesellschaft, die sich auf die unabhängige und vielfältige Medienlandschaft verlassen kann. Doch für diese braucht es Qualitätsjournalismus und finanzielle Absicherung der öffentlich-rechtlichen Medien.

4.1.1 BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION

LOBBYING-TRANSPARENZ-GESETZ

Bürger:innen sollen einsehen können, welche Unternehmen für welches Gesetz welche Lobbyist:innen beschäftigt haben – und für wie viel Geld. Dafür braucht es strengere Lobbying-Gesetze. Dazu gehören eine strengere Eintragungspflicht mit weniger Ausnahmen, eine Cooling-off-Phase für Ex-Politiker:innen und die Einführung eines legislativen Fußabdrucks.

GLÄSERNE PARTEIKASSEN FÜR TRANSPARENTE INFORMATIONEN

Die Finanzen der österreichischen Parteien waren lange geheim – bis Werner Kogler vor 12 Jahren die Offenlegung von Parteispenden durchgesetzt hat. Doch der Ibiza-Skandal zeigte, dass noch immer zu leicht illegale Spenden am Rechnungshof vorbeigeschleust werden können. Daher haben wir ein strengeres Parteiengesetz realisiert, mit dem wir für Transparenz und Veröffentlichung von Beteiligungen sowie für klare Spendenregeln sorgen. Trotzdem gibt noch viel zu tun. Vorkommnisse, bei denen Inserate durch ausgelagerte Gesellschaften gekeilt und in Parteimedien geschaltet wurden, müssen verhindert werden. Zudem fordern wir ein Verbot von Parteimedien-Inseraten von Bund, Ländern oder Gemeinden, sowie strengere Strafen bei illegalen Parteienfinanzierungen.

WAHLKAMPFKOSTEN – OBERGRENZEN EINFÜHREN

Mehrere Parteien haben die gesetzliche Wahlkampfkosten-Obergrenze wiederholt überschritten. Daraufhin haben wir mit unserem Parteiengesetz undurchsichtige Spenden gestoppt. Doch in den Bundesländern sind zu teure Wahlkämpfe weiterhin üblich. Wir wollen daher eine Wahlkampfkosten-Obergrenze von einem Euro pro wahlberechtigte Person und für kleinere Bundesländer einen festgelegten Sockelbetrag, der sich ebenfalls an der Anzahl wahlberechtigter Personen für die jeweilige Wahl misst.

BUNDESARCHIVGESETZ NOVELLIEREN

Wir haben mit dem Informationsfreiheitsgesetz das Recht auf Information erkämpft und dafür gesorgt, dass Österreich ein Stück transparenter wird. Dies möchten wir auch im Bundesarchivgesetz umsetzen und Bürger:innen noch mehr Zugang zu Informationen zu ermöglichen: Wir wollen die Sperrfristen für Akten von Minister:innen und Staatssekretär:innen aufheben und die Akten sollen grundsätzlich für ihre Nachfolger:innen zur Verfügung stehen. So wird auch die Arbeit von Untersuchungsausschüssen erleichtert. Das Bundesarchivgesetz soll außerdem auch Regelungen für das Speichern und Archivieren von Nachrichten in Messenger-Diensten und Sozialen Medien vorsehen.

MEHR TRANSPARENZ BEI STAATLICHEN BETEILIGUNGEN

Wir wollen mehr Prüfkompentzen für den Rechnungshof, damit dieser jedes Unternehmen, an dem der Staat mit mindestens 25 % beteiligt ist, prüfen darf. Denn aktuell ist das erst ab 50 % möglich.

OFFENLEGUNG VON NEBENEINKÜNFTE

Unser Ziel ist ein angemessenes Sanktionspaket für den Fall, dass die Pflichten zur Meldung von Nebeneinkünften nicht strikt eingehalten werden. Abgeordnete, die sich nicht an die Regeln halten und ihren Pflichten nicht nachgekommen sind, müssen dann auch mit ernststen Konsequenzen inklusive einer Veröffentlichung rechnen.

CODE OF CONDUCT

Wir stehen für höhere Ansprüche, was saubere Politik bedeutet. Mit einem öffentlich einseharen Ethikkodex wollen wir zur Offenlegung von Interessenskonflikten verpflichten, die über die bisherigen Meldepflichten zu Nebeneinkünften hinausgehen. Zudem braucht es klarere Regeln, die die Annahme von Geschenken, Bewirtung und anderen Vorteilen betreffen.

4.1.2 JUSTIZ UND STRAFVERFOLGUNG

GENERALSTAATSANWALTSCHAFT

Wir fordern eine wirklich entpolitisierte, unabhängige Weisungsspitze für die Staatsanwaltschaft. Justizministerin Alma Zadić richtete dafür eine Expert:innengruppe ein, die unter Beteiligung von Wissenschaft, Justiz und Zivilgesellschaft ein neues Modell erarbeitet hat. Demnach sollen Dreier-Senate an der Spitze der Staatsanwaltschaft Entscheidungen treffen, wie bei der Europäischen Staatsanwaltschaft oder beim Obersten Gerichtshof. Die letzten Jahrzehnte zeigen uns, dass hier eine Machtaufteilung nötig ist. Zudem sorgt in Strafverfahren eine Abschaffung des Weisungsrechts der Justizminister:in, die in der Regel von einer Partei gestellt wird, für Unabhängigkeit und verhindert den Anschein jeglicher politischen Einflussnahme.

RESSOURCEN FÜR DIE JUSTIZ

Kein Rechtsstaat ohne eine starke Justiz – und je Grüner die Regierung, umso stärker und lebendiger ist die Justiz: Das zeigt unsere Erhöhung des Budgets um 50 % (+800 Mio. Euro) und etwa 650 zusätzliche, neue Stellen. Mit der Einführung neuer Berufsgruppen gehen wir diesen Weg

entschlossen weiter. Juristische Mitarbeiter:innen, Verfahrensmanager:innen und justizeigene Expert:innen sind jetzt flächendeckend im Einsatz und sorgen dafür, dass die Justiz noch resilienter und effizienter wird. Mit einer ambitionierten Rekrutierungsoffensive unter dem Motto „Beruf für Berufene“ wollen wir qualifiziertes Personal für den gesamten Bereich gewinnen. Denn nur mit ausreichend qualifiziertem und motiviertem Personal können wir den Rechtsstaat sichern.

MASSNAHMENVOLLZUG MENSCHRECHTSKONFORM GESTALTEN

Psychisch kranke Straftäter:innen werden im Maßnahmenvollzug untergebracht, damit sie die psychologische Behandlung bekommen, die sie benötigen, und um die Bevölkerung zu schützen. Doch viele, die nicht gefährlich sind, landen fälschlicherweise im Maßnahmenvollzug statt in psychiatrischer Behandlung. Auf Initiative von Alma Zadić wurde der Maßnahmenvollzug nach 50 Jahren reformiert. Klare, menschenrechtskonforme Kriterien regeln nun die Einweisung. Doch ein weiterer Teil der Reform muss noch umgesetzt werden. Er beinhaltet moderne Betreuungs- und Behandlungsstandards mit Fokus auf Therapie, professionelle Vertreter:innen, Nachbetreuung nach Entlassung sowie die strenge Trennung von Strafgefangenen. Wir fordern zudem neben mehr Ärzt:innen, Therapeut:innen, Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen auch höhere Gehälter für Krankenpfleger:innen in der Justiz, um einen drohenden Mangel zu verhindern.

STRAFVOLLZUG STÄRKEN

Wir haben die Ressourcen im Strafvollzug in den letzten 5 Jahren massiv aufgestockt. Damit wir den Anforderungen eines humanen, menschenrechtskonformen und sicheren Strafvollzugs mit dem Ziel der Resozialisierung gerecht werden. Außerdem haben wir für die Justizwachebeamten:innen die lange geforderte Schwerarbeiter:innenregelung durchgesetzt. Trotzdem gibt es auch aufgrund der Versäumnisse von vorangegangenen Regierungen noch viel zu tun. Neben der von Expert:innen geforderten Erweiterung des elektronisch überwachten Hausarrests („Fußfessel“) braucht es eine weitere Aufstockung des Personals und Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Straf- und Maßnahmenvollzug.

JUGENDSTRAFGERICHTSHOF – BESSERE RESOZIALISIERUNG

Wir wollen das Jugendstrafrecht verbessern – und zwar durch die Wiedereinführung eines Jugendgerichtshofs. Denn dort können Gerichte, Sozialarbeiter:innen sowie Kinder- und Jugendhilfen gemeinsam effektive Maßnahmen für die erfolgreiche Resozialisierung planen. Zudem ist die Wiedereinführung alternativer Strafen wie der „außergerichtliche Tatausgleich“ denkbar. Unsere Justizministerin Alma Zadić setzte sich von Anfang an für eine jugendgerechte Unterbringung von jugendlichen Häftlingen ein, mit dem Ziel, diese auf einen rechtsschaffenden Weg zu bringen. Ein Erfolg zeigt sich an der Umsetzung einer modernen Jugendhaftanstalt, die in Simmering errichtet wird. Gerade bei Jugendlichen müssen wir alles daransetzen, ihre Chancen auf ein straf-freies Leben zu erhöhen.

4.1.3 MEDIENPOLITIK

MEDIENFÖRDERUNG ANPASSEN FÜR QUALITÄT UND VIELFALT

Die Fördergesetze müssen zur Erreichung von Qualität, Vielfalt und Innovation überprüft, harmonisiert und ergänzt werden. Die demokratiepolitisch notwendigen Kriterien der Förderung sollen klar definiert und gestärkt werden. Wir sehen zudem ein Verbot sexistischer Werbung als Bedingung für die Medienförderung.

MEDIENKOOPERATIONEN BEGRENZEN

Unsere Position ist klar: Wir wollen eine betragsliche Begrenzung von Medienkooperationen, die von öffentlicher Hand finanziert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns das strikte Verbot von Inseraten in Parteizeitungen.

SCHUTZ VON JOURNALIST:INNEN

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Journalist:innen weltweit mehr Schutz vor Repressionen brauchen. Wir plädieren daher für die Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Kommission. Das bedeutet eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, Journalist:innen und ihren Verbänden. Zentrale Elemente sind der Schutz vor Online-Überwachung, die Bereitstellung von Rechtsberatung und psychologischer Betreuung sowie die Einrichtung einer Vertrauensstelle in Bedrohungsfällen. Auch der gesicherte Zugang zu Informationen und Arbeitsmöglichkeiten ist wichtig. Schulungen für Exekutive und Judikative im Umgang mit Journalist:innen sind in den Empfehlungen der Europäischen Kommission vorgesehen – insbesondere bei Demonstrationen sowie in Bezug auf Datensicherheit und das Redaktionsgeheimnis.

ORF GREMIENREFORM

Ein starker, unabhängiger ORF ist unverzichtbar für eine gut informierte Gesellschaft und lebendige Demokratie, gerade in Zeiten, in denen bewusst Desinformation gestreut wird. Mit dem neuen ORF-Beitrag und der Digitalnovelle haben wir den ORF gestärkt und abgesichert. Als nächstes muss eine Gremienreform folgen. Die bisherigen Bestimmungen wurden vom Verfassungsgerichtshof bereits als verfassungswidrig eingestuft und aufgehoben. Unser Ziel für diese Reform ist, die öffentliche Akzeptanz und das Vertrauen in die Unabhängigkeit des ORF langfristig zu stärken.

4.1.4 ÖFFENTLICHER DIENST

BESOLDUNGSREFORM

Der öffentliche Dienst ist das Herz einer funktionierenden Verwaltung. Doch weil viele Mitarbeiter:innen in den kommenden Jahren in den Ruhestand treten und der Fachkräftemangel den Wettbewerb mit der Privatwirtschaft erschwert, steht ein personeller Umbruch bevor. Wir konnten einige Attraktivierungspakete und Dienstrechtsverbesserungen in Justiz, Militär, Schule und Verwaltung auf den Weg bringen, und damit insbesondere für Einsteiger:innen ein verbessertes Angebot schaffen. Nun geht es um weitere grundlegende Reformen. In den nächsten fünf Jahren müssen fast 20 % der 135.000 Bundesbediensteten ersetzt werden. Wir wollen den Bundesdienst weiter attraktiver machen für neue Bewerber:innen und auch bestehendes Personal, das für die Nachbesetzung von Führungsfunktionen gebraucht wird. Die Anpassung der Gehälter an die Privatwirtschaft und höhere Einstiegsgehälter inklusive flacherer Gehaltskurve sind dafür unumgänglich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Schaffung von Weiterentwicklungsperspektiven innerhalb des öffentlichen Dienstes sollen ebenso zur Attraktivierung beitragen.

STELLENBESETZUNGEN - TRANSPARENTER UND OBJEKTIVER

Österreichs Vertrauen in die Verwaltung beginnt mit der Stellenbesetzung. Objektive und fachlich basierte Personalauswahl sind deshalb essenziell. Besonders in Führungspositionen braucht es transparente, ministeriumsübergreifende Auswahlkommissionen, klare Stellenausschreibungen und eine nachvollziehbare Kandidat:innenauswahl.

NACHHALTIGKEIT FÖRDERN

Wir setzen uns dafür ein, dass sich der öffentliche Dienst zu Nachhaltigkeit bekennt und klimafreundliches Verhalten seiner Bediensteten bestmöglich unterstützt. Gerade in der Auftragsbeschaffung und -vergabe kann die öffentliche Verwaltung im Hinblick auf nachhaltige und soziale Zuschlagskriterien Vorbildfunktion einnehmen.

4.2 STIMMUNG IN DER GESELLSCHAFT

SO SCHAUT'S AUS

Eine starke Zivilgesellschaft ist wichtig, damit unser Land funktioniert. Ohne das Engagement von Bürger:innen, den vielen Freiwilligen – etwa in Pflegeheimen, Rettungsdiensten, der Feuerwehr und in der Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit – würde vieles nicht möglich sein und schlichtweg fehlen. Zivilgesellschaftliche Initiativen stärken den sozialen Zusammenhalt, unterstützen vulnerable Gruppen und bereichern das kulturelle Leben.

Dieses Engagement ist unverzichtbar für die Stärkung der Demokratie, die Förderung von Solidarität und dafür, dass Österreich ein lebenswertes und gerechtes Land bleibt.

Doch unser sozialer Zusammenhalt wird immer stärker angegriffen. Eines der zunehmenden Probleme ist Hass im Netz – dazu gehören Drohungen, Herabwürdigungen und Aufrufe zur Gewalt im Internet oder in Messengerdiensten. Der Hass richtet sich oftmals gegen Aussehen, Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung oder Religion der Betroffenen. Mit dem Massaker der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 kam es zu einem extremen und alarmierenden Anstieg von Antisemitismus – von rechtsextremer, islamistischer oder linksideologischer Seite. Wir lehnen jede Form von Antisemitismus, Antimuslimischen Hass, Rassismus oder Hass gegen People of Color, Sinti:zze oder Rom:nja ab. Wir dürfen uns durch diesen Hass nicht spalten lassen, sondern müssen aktiv gegen alle Formen menschenfeindlicher Ideologien kämpfen.

UNSERE VISION

Wir sehen die Zivilgesellschaft als innovative Kraft. Die wichtigste Komponente sind mutige und engagierte Bürger:innen, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen annehmen. Ihre Ideen und Initiativen wollen wir mit dem geeigneten institutionellen Rahmen und ausreichenden Ressourcen unterstützen. Die wichtige Freiwilligenarbeit muss weiterhin gefördert und abgesichert werden. Auch das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein, in dem Menschen beispielsweise aufgrund ihres Engagements, ihrer politischen Einstellung oder ihrer Herkunft angefeindet und bedroht werden. Wir fordern eine Netzpolitik, die Grund- und Persönlichkeitsrechte sichert und Übergriffe verhindert.

4.2.1 PARTIZIPATION

BÜRGER:INNENRÄTE VERMEHRT ETABLIEREN

Bürger:innenräten ermöglichen es, die Alltagsexpertise der Bevölkerung direkt in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Diese Räte bereichern mit ihren Ideen und Anregungen die Gesetzgebung und sorgen für eine lebendige Demokratie. Der von Leonore Gewessler eingesetzte Klimarat hat bereits gezeigt, dass Bürger:innen ausgewogene Entscheidungen treffen. Darauf wollen wir in Zukunft nicht verzichten.

AARHUS KONVENTION

Wir kämpfen für die vollständige Umsetzung des Aarhus-Übereinkommens, das in Umweltangelegenheiten den Zugang zu Informationen und Gerichten sowie die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren regelt. Um sowohl effektiven Umwelt- und Klimaschutz als auch Rechtssicherheit zu gewährleisten, braucht es ein eigenes Gesetz für Umweltrechtsschutz – das deutsche Modell dient uns als Vorbild. Und damit die Umwelt vor Gericht eine stärkere Stimme bekommt, wollen wir eine größere Rolle der Umweltschützer:innen auf Landesebene.

DEMOKRATIE DIREKTER GESTALTEN

Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen komplettieren die repräsentative Demokratie und ermöglichen direkte Bürger:innenbeteiligung. Besonders auf Gemeindeebene wünschen sich Bürger:innen mehr Mitbestimmung, doch jüngste Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs haben dies eingeschränkt. Unserer Ansicht nach sollte mehr Bürger:innenbeteiligung in allen Gemeinden, in denen der Wunsch nach direkter Demokratie besteht, möglich sein – selbstverständlich stets unter der Achtung von Grund- und Minderheitenrechten.

4.2.2 ZIVILGESELLSCHAFT

VERSICHERUNGSSCHUTZ IM FREIWILLIGENDIENST

Ehrenamtliches Engagement birgt auch Risiken: Katastropheneinsätze sind gefährlich für die Helfer:innen, in der Freiwilligenarbeit allgemein kann es in vielen Bereichen zu Unfällen kommen. Daher fordern wir einen einheitlichen, subsidiären Versicherungsschutz für alle Freiwilligen und in allen Bundesländern, um sie bei ihrer wertvollen Tätigkeit abzusichern.

GEDENK-, FRIEDENS- UND SOZIALDIENST AUSBAUEN

Nicht weit von Österreich entfernt finden zwei Kriege statt. Gleichzeitig werden die Demokratie und das europäische Friedensprojekt von Rechtsextremisten massiv bedroht. Uns ist es daher wichtig, die Friedens-, Gedenk- und Sozialdienste auszubauen. Noch mehr junge Menschen sollen die Möglichkeit haben, Auslandserfahrung zu sammeln und sich für die gute Sache zu engagieren. Wir wollen auch den Ausbau von entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit in Österreich stärken. Das kritische Hinterfragen von globalen Zusammenhängen und die Bewusstseinsbildung für demokratische Handlungsmöglichkeiten sind wichtiger denn je.

4.2.3 HASS IM NETZ – ALGORITHMEN ALS GEFahr FÜR DEMOKRATIE

OFFENSIVE GEGEN DEEP FAKES

Künstliche Intelligenz ist ein heiß diskutiertes Thema. Neben der Möglichkeit zur mühelosen Texterstellung ist auch die Manipulation von Bildern und Videos mit KI durch Deepfakes weit verbreitet. Diese Technologie entwickelt sich rasend schnell und kann immer schwerer von echten Inhalten unterschieden werden. Gegen die vielfältigen und ernsten Auswirkungen dieser Fälschungen wollen wir entschlossen vorgehen. Oft sind vor allem Frauen von demütigenden, sexualisierenden Deepfakes betroffen. Meinungen und Personen können mit wenigen Klicks diskreditiert werden. Deepfakes erleichtern zudem Betrug und schaden langfristig der Wirtschaft. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordern wir die Integration von verlässlichen Technologien auf betroffenen Plattformen, um Deepfakes sofort entlarven zu können. Zusätzlich setzen wir uns für eine breite Aufklärung und Sensibilisierung ein. Wir wollen die Fähigkeit stärken, zwischen Fakten und Fälschungen im Netz zu unterscheiden. Das betrifft auch Beauty-Filter, die auf sozialen Plattformen allgegenwärtig und immer schwerer erkennbar sind, und vor allem Frauen ein unrealistisches Schönheitsdiktat aufzwingen. Auch hier fordern wir Transparenz und eindeutige Kennzeichnung, um sichtbar zu machen, dass echte Menschen nicht makellos und vollkommen dem zweifelhaften Schönheits-Konformismus von Plattformfiltern entsprechend aussehen.

DESINFORMATION UND MEINUNGSMANIPULATION BEKÄMPFEN

Desinformation verursacht großen Schaden im öffentlichen Diskurs und bedroht ganze Demokratien. Meinungsmanipulation durch täuschend echte Falschinformationen ist weit verbreitet. Insbesondere auf sozialen Medien, die Nutzer:innen mit kontroversen Inhalten binden, um ihre werbefinanzierten Angebote zu fördern. Desinformation wird aber auch von ausländischen, autoritären Staaten gezielt für die Destabilisierung unserer Gesellschaft und Wahlmanipulationen

eingesetzt. Im Kampf gegen gezielte Desinformation fordern wir stärkere Instrumente. Die EU sollte die im Digital Services Act vorgesehenen Maßnahmen gegenüber TikTok, Meta, Youtube, X und Co. vollständig nutzen und manipulative Algorithmen bekämpfen. Die Bemühungen müssen deutlich intensiviert werden, insbesondere angesichts der beträchtlichen Investitionen russischer Staatspropaganda in Trollfabriken. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie Einfluss auf Wahlen nehmen und demokratische Systeme untergraben.

SCHUTZ VOR SEXUALISIERTEN ÜBERGRIFFEN IM NETZ

80 Prozent aller Menschen, die von Hass im Netz betroffen sind, sind Frauen. In Österreich ist es immer noch nicht strafbar, jemandem gegen dessen Willen intime Fotos zu senden. Diesen Grenzüberschreitungen muss ein Ende gesetzt werden. Vor allem die Verbreitung von Deepfake-Pornographie stellt eine zunehmende Form von Online-Gewalt dar, bei der mithilfe von Künstlicher Intelligenz Pornos erstellt werden, ohne das Einverständnis der abgebildeten Personen. Die Herstellung der Videos sowie die Bereitstellung der dafür benötigten Software sind derzeit nicht generell strafbar. Wir brauchen hier strengere Regeln, besonders um Frauen und vulnerable Personengruppen besser zu schützen.

4.2.4 KEIN PLATZ FÜR FREMDENFEINDLICHKEIT UND ANTISEMITISMUS

NATIONALER AKTIONSPLAN GEGEN ANTISEMITISMUS, SOWIE GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

Wir setzen uns für verstärkte Aufklärung und Sensibilisierung in allen Gesellschaftsschichten und Gemeinschaften ein. Projekte, die ein besseres Verständnis für jüdische und islamische Lebenswelten unterstützen, sollen stärker gefördert werden. Wir betonen die absolute Notwendigkeit eines umfassenden Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus und Diskriminierung, der sowohl national als auch auf EU-Ebene unterstützt wird. Zudem muss er in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt und angemessen finanziert werden. Nach den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 wird der Nationale Aktionsplan gegen Antisemitismus aktualisiert. Unsere Antirassismus-Strategie – mit 23 Maßnahmen in den Bereichen öffentlicher Dienst, Sport, Kunst und Kultur – sehen wir als bedeutenden, ersten Schritt in die richtige Richtung.

RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN

Die massive Steigerung des Rechtsextremismus erfordert verstärkte und umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung. Es braucht einen Nationalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, in dem vor allem auch die sozialen Medien in den Blick genommen werden müssen. Der Ausbau von Präventions- und Ausstiegsprogrammen aus der Neonazi-Szene und anderen rechtsextremen Gruppen wie z. B. der Identitären, ist – neben der Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement – entscheidend im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Einrichtung einer nationalen Beobachtungs- und Kompetenzstelle ist erforderlich. Darüber hinaus muss der jährliche Rechtsextremismusbericht durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) abgesichert werden.

GEDENKPOLITIK FÖRDERN

Wir sind überzeugt, dass „Nie wieder“ keine leere Worthülse sein darf, sondern die Verbrechen des Nationalsozialismus und ihre Opfer durch aktive Gedenkpoltik niemals in Vergessenheit geraten dürfen. Effektive Gedenkpoltik trägt bildungspolitisch auch zur Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaates in Österreich bei. Wir wollen daher ein landesweites Gedenkstätten-Konzept, das Forschung, Bildung und Finanzierung umfasst. Zudem befürworten wir die Novellierung des Opferfürsorgegesetzes, die Gleichstellung von Widerstandskämpfer:innen mit anderen Opfergruppen sowie die Evaluierung des Abzeichen-, Symbole- und Verbotsgesetzes. Wir fordern auch den Ankauf der Liegenschaften des ehemaligen KZ-Außenlagers Gunskirchen durch die Republik Österreich und die Eingliederung in die KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie die dauerhafte Finanzierung bestehender und neuer Gedenkstätten.



4.3 EUROPA

4.4 AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK IM DIENSTE VON GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN

SO SCHAUT'S AUS

Die EU hat als Friedensprojekt Wohlstand und Stabilität gebracht. Doch zahlreiche Krisen, wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der Nahostkonflikt und der Bürgerkrieg im Sudan, haben die europäische Sicherheitsarchitektur und geopolitischen Verhältnisse tiefgreifend verändert.

Europas Sicherheit ist heute mit vielfältigen Bedrohungen und Konflikten in unmittelbarer Nähe konfrontiert, zusätzlich zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Nach dem brutalen Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 herrscht Krieg in Nahost, der weiter zu eskalieren droht. Aber auch der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien um Bergkarabach und schwelende Spannungen am Westbalkan sind eine Gefahr für unsere Sicherheit.

Gleichzeitig bedroht der Aufstieg rechtsextremer Kräfte in Europa unsere liberale Demokratie von innen, mit Hass, Hetze und Korruption. Die Herausforderungen sind groß und komplex – wir Grüne sind überzeugt davon, dass nur eine EU, die zusammenhält, auch dagegenhalten kann. Wir kämpfen für ein Europa, das zusammenarbeitet, um den Rechtsstaat und die Demokratie, die Umwelt und die Natur, das Miteinander und die Gerechtigkeit zu schützen und zu stärken.

Klimakrise, Pandemien, Kriege, Ressourcenknappheit und Menschenrechtsverletzungen haben vor allem im Globalen Süden dramatische Folgen: Armut, Hunger und fehlender Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Hilfe sowie Bildung. Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist so hoch wie nie zu vor. Zudem befindet sich die Mehrheit der geflüchteten und vertriebenen Menschen in Ländern, die besonders von der Klimakrise bedroht sind.

Die Probleme des Globalen Südens sind größtenteils vom Globalen Norden verursacht. Die durch den Kolonialismus hervorgerufenen, historischen Ungleichheiten betreffen viele Bereiche, insbesondere die wirtschaftliche und technologische Entwicklung, den Finanzsektor, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Die Klimakrise verschärft die Lage weiter, insbesondere für die Länder, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Jeder Mensch, ganz gleich in welcher Region dieser Welt, hat das Recht auf ein würdevolles und sicheres Leben auf einem gesunden Planeten. Das Recht auf eine gesunde Umwelt ist ein Menschenrecht und geht mit staatlichen Verpflichtungen einher.

UNSERE VISION

Wir können die aktuellen weltpolitischen Herausforderungen nur gemeinsam in einem starken Europa stemmen. Um eine gute Zukunft für alle Menschen zu gestalten, müssen wir auf unsere europäischen Grundwerte bauen, die uns stark gemacht haben. Sie sind das Fundament für Frieden und Sicherheit, für Zusammenhalt und Solidarität, für Menschlichkeit und Empathie, für Demokratie, Freiheit und Wohlstand.

Raus aus Öl und Gas – das ist auch entscheidend für Europas Sicherheit. Mit dem gemeinsamen Umstieg auf saubere, sichere und leistbare Energie machen wir uns unabhängig von schmutzigen fossilen Importen, die Despoten wie Putin als Waffe und Druckmittel gegen uns einsetzen. Nur so drehen wir diktatorischen Regimen endgültig den Geldhahn zu, anstatt weiterhin Milliarden in ihre Kriegskassen zu spülen – und Europa damit selbst in Gefahr zu bringen.

Wir stehen für eine wertebasierte Außenpolitik, die das Völkerrecht vollumfassend achtet sowie Menschenrechte weltweit schützt und fördert. Auf systematische Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtswidrige Angriffe wie Putins illegalen Krieg gegen die Ukraine oder auf die eskalierende Gewalt im Bürgerkrieg in Sudan muss entschlossen reagiert werden. Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen müssen strafrechtlich verfolgt und Sanktionen gezielt umgesetzt werden. Da das Recht des Stärkeren nicht über das Völkerrecht triumphieren darf, unterstützt der neutrale Staat Österreich Prävention, Dialog, Konfliktlösung sowie Friedensbildung und -förderung. Mit aktiver Friedenspolitik wollen wir den Multilateralismus, UN-Friedensmissionen sowie den Zivilen Friedensdienst stärken und auf internationale Zusammenarbeit und Solidarität setzen. Zudem sollen Frauen in politischen Prozessen zur Konfliktbewältigung und Prävention eine größere Rolle spielen. Frauen sind in Kriegen und Konflikten Hauptbetroffene und haben als solche am Verhandlungstisch zu sitzen, um am dauerhaften Frieden mitwirken zu können.

Unser Ziel ist eine gerechtere, sicherere und nachhaltigere Welt, in der niemand zurückgelassen wird. Dazu gehört eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik, die sicherstellt, dass alle politischen Maßnahmen Österreichs und der EU zur Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung weltweit beitragen und sie nicht behindern. Eine gerechtere Welt und nachhaltige Entwicklung sind im gemeinsamen Interesse.

4.4.1 AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

FÜR GEMEINSAME WERTE UND EINE ENGAGIERTE NEUTRALITÄT

Durch den EU-Beitritt hat sich Österreichs Neutralität verändert. Wir sind nicht nur Teil der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern beteiligen uns auch seit dem UNO-Beitritt an friedenserhaltenden Missionen. Mit Wien als Sitz zahlreicher internationaler Organisationen hat Österreich als neutraler Staat eine besondere Verantwortung. Denn obwohl wir militärisch neutral sind, verteidigen wir aktiv Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Die Sicherheit der kommenden Generationen braucht eine aktive Neutralitätspolitik, die Unabhängigkeit, Frieden und Stabilität ermöglicht. Österreich soll eine international wichtige Rolle bei der Konfliktprävention und Deeskalation sowie der Förderung von Dialogen einnehmen.

Daher ist es von großer Bedeutung, die Zusammenarbeit mit der EU und das Vertrauen der Mitgliedsstaaten in Österreich als verlässlichen Partner in der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu vertiefen und zu stärken. Unser Ziel ist es, die Neutralität aktiv zu gestalten und den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa gerecht zu werden.

VERLÄSSLICHER VERMITTLER IN KONFLIKTEN

Wir wollen, dass Österreich seine vermittelnde Rolle als Mediator in internationalen Konflikten durch aktive Friedensdiplomatie stärkt. Hier kann gerade Wien, als einem der Amtssitze der Vereinten Nationen und als Sitz der OSZE sowie vieler weiterer internationaler Organisationen, einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen und NGOs in den Bereichen Sicherheitsforschung, Mediation und Krisenmanagement soll ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, Österreich in der kommenden Legislaturperiode als verlässlichen Partner im Menschenrechtsschutz, in der Friedenspolitik sowie als Ort des Dialogs zu positionieren.

DIE UKRAINE UNTERSTÜTZEN

Wir stehen fest und solidarisch an der Seite der Ukraine und verteidigen Völkerrecht und die internationale Ordnung. Denn der illegale russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf europäische Werte. Österreich ist zwar militärisch neutral, aber nicht politisch. Wir schauen nicht weg, wenn das Recht mit Füßen getreten wird. Einigkeit innerhalb der EU und Solidarität mit der Ukraine sind für uns zentral. Kriegsverbrechen müssen schnell und unabhängig untersucht sowie strafrechtlich verfolgt werden, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können. Hunger und das Zurückhalten von Getreidelieferungen dürfen nicht als

Kriegswaffen eingesetzt werden, da dies die Ernährungssicherheit im Globalen Süden gefährdet. Die Verschleppung von Kindern aus der Ukraine ist eine völlig inakzeptable Verletzung von Menschen- und Kinderrechten. Ein aufgezwungenes Friedensdiktat, das zu einem eingefrorenen Konflikt führt, ist indiskutabel. Wir unterstützen einen gerechten Frieden auf Grundlage des Völkerrechts und insbesondere des Zehn-Punkte-Plans des ukrainischen Präsidenten sowie einen „Grünen Wiederaufbau“ der Ukraine. Entscheidend ist auch die Unabhängigkeit Österreichs von russischem Erdgas, um die Finanzierung der Kriegswirtschaft Putins raschestmöglich zu beenden.

Uns ist wichtig, dass die Vertriebenen aus der Ukraine eine sichere Zukunfts- und Bleibeperspektive in Österreich haben und hier ein selbstbestimmtes Leben führen können. Mit der Möglichkeit des Umstiegs in das System der Rot-Weiß-Rot-Karte wurde ein wichtiger Schritt in diese Richtung, unabhängig vom Kriegsverlauf in der Ukraine, gesetzt.

RUSSLAND

Russlands Annexion der Krim und der Überfall auf die Ukraine machten Putins Expansions-Bestrebungen offensichtlich. Sie stellen die größte Verletzung des Völkerrechts in Europa im neuen Jahrtausend dar und erschüttern die europäische Sicherheitsordnung. Mit Putin an der Macht bleibt eine Aussöhnung mit Russland undenkbar. Wir fordern weiterhin massiven internationalen Druck auf das Putin-Regime und unterstützen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen ihn. Unsere Position ist an der Seite der Menschenrechtsbewegung und demokratischen Opposition in Russland und Weißrussland.

Als Russland Österreichs Gasabhängigkeit ausnutzte und Liefermengen reduzierte, führte das zu enormen Preissteigerungen. Solche Abhängigkeiten gilt es schnell zu überwinden und dabei den Grünen Übergang schnellstmöglich weiter voranzutreiben. Österreichs Sicherheitsstrategie muss die Bedrohung durch Russland klar benennen, den Ausstieg österreichischer Unternehmen aus Russland fördern und das Ende der Energielieferungen einläuten.

NAHOST

Die Stabilisierung des Nahen Ostens ist elementar für die globale Sicherheit und den Frieden weltweit. Wir verurteilen den Terror der Hamas gegen Israel, fordern die unverzügliche Freilassung aller verschleppten Geiseln und unterstützen Israels Recht auf Selbstverteidigung im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, um die palästinensische Zivilbevölkerung zu schützen. Darüber hinaus ist schnelle und zielgerichtete humanitäre Hilfe für die palästinensische Bevölkerung in Gaza unabdingbar. Terrorakte als politisches Instrument müssen wirksam bekämpft werden, besonders jene des iranischen Regimes und seiner Verbündeten im Nahen Osten. Wir streben eine Zwei-Staaten-Lösung als Chance für die friedliche Koexistenz zwischen Israelis und Palästinenser:innen an

CHINA

Die Konkurrenz zwischen den USA und China ist eine Herausforderung für Europa. Menschenrechtsverletzungen an Minderheitsangehörigen – z. B. an Uigur:innen, Fallun Gong und Tiber:innen – sowie besorgniserregende Entwicklungen in Hongkong und Spannungen um Taiwan belasten die Beziehungen zwischen China und der EU. Der strategische Ansatz der EU stuft China gleichzeitig als Partner, Konkurrent und systemischen Rivalen ein. Daher muss Europa zur Stärkung der eigenen wirtschaftlichen und technologischen Resilienz seine Abhängigkeiten in kritischen Bereichen reduzieren. Und wir machen klar: Menschenrechtsverletzungen müssen deutlich zur Sprache gebracht werden. Solange Konflikte und systematische Menschenrechtsverletzungen bestehen, lehnen wir ein Freihandelsabkommen der EU mit China ab.

4.4.2 FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN – ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Europa darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen und den Rest der Welt gerade jetzt nicht im Stich lassen. Die zunehmenden Extremwetterereignisse, Naturkatastrophen und humanitären Notlagen machen nachhaltige und verlässliche Hilfe dringender nötig denn je. Es gilt, aus den Fehlern, aber auch von den Best Practice Beispielen der Vergangenheit, zu lernen und die noch immer sehr nationalstaatlich strukturierte Entwicklungszusammenarbeit europäisch zu koordinieren. So können wir schneller, umfassender und effizienter handeln und helfen – den Menschen in der Ukraine, in Gaza, im Sudan oder in anderen Regionen, die von politischen, militärischen oder naturkatastrophenbedingten Krisen betroffen sind.

Russland und China nützen die internationale Zusammenarbeit, um Abhängigkeiten zu schaffen und Macht zu gewinnen. Ihr Angebot ist Geld oder Waffen – und dafür fordern sie langfristigen Einfluss sowie Stillschweigen bei Menschenrechtsverletzungen und politischer Unterdrückung.

Österreich und die EU müssen das anders machen. Die EU muss faire Partnerschaften anbieten, die soziale, wirtschaftliche, klimapolitische und demokratiepolitische Aspekte verknüpfen und damit anderen Ländern nachhaltig helfen und diese unabhängig machen. Wir Grüne machen uns dafür stark, dass Österreich ein verlässlicher Partner für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auf der ganzen Welt ist. Das ist nicht nur unsere menschliche Verpflichtung und politische Überzeugung, sondern schützt auch uns selbst vor den Auswirkungen weltweiter Krisen.

STÄRKUNG DER HUMANITÄREN HILFE – OHNE WENN UND ABER

Es ist ein großer Grüner Erfolg, dass Österreich in dieser Regierungsperiode die Mittel für humanitäre Hilfe verfünffacht. Der weltweite Bedarf daran steigt jedoch weiter. Wir setzen uns daher für eine weitere Aufstockung der österreichischen Mittel ein. Die Einhaltung der humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit zählen mehr denn je zu unseren obersten Leitlinien – unabhängig vom Konflikt und welche Menschen davon betroffen sind.

HUNGER NACHHALTIG BEKÄMPFEN

Kein Mensch sollte Hunger leiden müssen. Ernährungssicherheit ist ein Menschenrecht. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses weltweit durchgesetzt wird. Durch fairen Handel und eine Entwicklungszusammenarbeit, die Länder verstärkt bei einer nachhaltigen Landwirtschaft unterstützt, die sie dauerhaft ernährt – und nicht nur durch die Lieferung von Nahrungsmitteln, die neue Abhängigkeiten schafft.

LEBENSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Nachhaltige Entwicklungspolitik hat das Ziel, dass Menschen auf der ganzen Welt ein besseres Leben in einer intakten Umwelt führen können. Indem wir Armut verringern, die Umwelt schützen und Demokratie fördern, schaffen wir mehr Gerechtigkeit, stärken das Zusammenleben und beugen so Konflikten vor. Entwicklungspolitik ist somit auch Friedenspolitik. Daher treten wir dafür ein, dass die Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % der Wirtschaftsleistung Österreichs aufgestockt und gezielter eingesetzt werden, um die Lebensbedingungen in den betroffenen Ländern wirksam zu verbessern – sozial und ökologisch. Gerade die ärmsten Staaten brauchen unsere Hilfe, vor allem bei Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen, damit die Menschen in Zukunft nicht vor Klimakatastrophen, Hunger, Ressourcenkonflikten oder Krieg fliehen müssen. Wir sind überzeugt: Investitionen in den Kampf gegen Armut, Ungleichheit und für den Klimaschutz in Ländern, die dringend Hilfe benötigen, sind im Interesse zukünftiger Generationen

SELBSTBESTIMMUNG VOR ORT STÄRKEN

Helfen, um Menschen unabhängig von Hilfe zu machen: Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe bedeutet, Menschen beim Aufbau eines selbstbestimmten, guten Lebens zu unterstützen. Dafür müssen wir gerade Frauen aktiv stärken, sowie lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, die wesentlich beim Aufbau von nachhaltigen Wirtschaftskreisläufen und sozialen Netzen sind.

ZUKUNFTSORIENTIERTE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Österreich sollte den Ländern des Globalen Südens Unterstützung anbieten, Steuersümpfe trockenlegen und faire Handelsbeziehungen einzugehen, damit die Eigeneinnahmen dieser Länder steigen. Um Hunger- und Klimakrisen vorzubeugen und bestmögliche Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben zu schaffen, setzen wir auf die komplementäre Abstimmung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Unser Fokus liegt auf Klimagerechtigkeit, Prävention und Vorsorge gegen die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise – insbesondere für den Globalen Süden, der am meisten unter der Klimakrise leidet. Wir betonen die Wichtigkeit der Stärkung der Resilienz von Menschen und Institutionen sowie den Ausbau von Menschenrechten und Demokratien. Neben der Bekämpfung von Armut und Hunger müssen auch Bildung, Gesundheits- und Sozialsysteme sowie lokale Märkte gefördert werden. Österreich soll daher weiterhin seine Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, aber auch für internationale Klimafinanzierung schrittweise erhöhen, bis es die Vorgaben der Vereinten Nationen tatsächlich erfüllt.

FAIRE HANDELSBEZIEHUNGEN

Wir stehen für faire Handelsbeziehungen: Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit gegenseitigem Wissens- und Technologietransfer unterstützen Länder des Globalen Südens dabei, Erneuerbare Energien auszubauen, die lokale Wirtschaft anzukurbeln und nachhaltige Infrastruktur zu schaffen. Wir setzen uns für eine Reform des globalen Systems der geistigen Eigentumsrechte ein – also Lizenzen und Patente –, um den Technologietransfer zu fördern. Bei den Partnerschaftsabkommen ist es uns wichtig, dass die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards verankert werden. Mit dem kürzlich beschlossenen EU-Lieferkettengesetz ist es gelungen, dass Unternehmen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten einhalten und Lieferketten offenlegen müssen. Nun geht es darum, das Gesetz so ambitioniert wie möglich umzusetzen.

4.4.3 RÜSTUNGSKONTROLLE

INTERNATIONALES ABKOMMEN ZUR REGULIERUNG AUTONOMER WAFFENSYSTEME

Österreichs Stärke liegt in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Und wir fordern, diese vermehrt zu nutzen, wie zum Beispiel für die Einführung eines nationalen Verbots vollautonomer Waffensysteme. Unser Ziel ist ein globales Abkommen zur Regulierung solcher Waffen, damit KI-gesteuerte Systeme niemals eigenständig über Leben und Tod von Menschen bestimmen.

NUKLEARE ABRÜSTUNG

Atomwaffen können niemals im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht eingesetzt werden, da sie nicht in der Lage sind, zwischen militärischen und zivilen Zielen zu unterscheiden. Die verursachten Folgen eines Atomwaffeneinsatzes wären absolut katastrophale Schäden – sowohl humanitär, ökologisch und wirtschaftlich als auch sozial – und würden über Jahrzehnte hinweg nachwirken. Wir begrüßen daher Österreichs Engagement für den Kernwaffenverbotsvertrag von 2017 und unterstützen alle Initiativen zur Ächtung von Massenvernichtungswaffen und anderen völkerrechtswidrigen Kriegsmitteln.

EXPORTKONTROLLE ÖSTERREICHISCHER RÜSTUNGSGÜTER

Das österreichische Recht verbietet den Export von Waffen und Waffenteilen an Staaten, die Krieg führen oder systematisch Menschenrechte verletzen. Dennoch gelangen immer wieder welche über Umwege in die Hände von Extremisten und Diktatoren. Wir fordern deshalb deutlich strengere Kontrollen zur Einhaltung der bestehenden Regelungen und Durchsetzung derselben durch entsprechende Strafverfolgung.

4.5 DAS LAND UND ALLE, DIE HIER LEBEN, SCHÜTZEN – UMFASSENDE SICHERHEITSVORSORGE

SO SCHAUT'S AUS

Die Bedrohungen und Risiken haben sich in jüngster Vergangenheit dramatisch verändert. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die globale Sicherheits- und Friedensordnung in ihren Grundfesten erschüttert. Die Gefahrenlage hat sich durch Kriege, Lieferkettenstörungen, Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und die Klimakrise massiv verschärft. Österreichs Reaktion: erhöhte Finanzierung für Katastrophenschutz und Bundesheer, neue Strukturen zur Bekämpfung von Cyberangriffen und eine Stärkung der umfassenden Landesverteidigung. Krisenmanagement auf rechtsstaatlicher Basis ist wichtig, um Missbrauch durch korrupte Akteure zu verhindern.

UNSERE VISION

Die besten Konflikte sind die, die nie beginnen. Darum setzen wir auf frühzeitige Friedensmediation, Diplomatie und Armutsbekämpfung. Eine entscheidende Rolle spielen Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit und legale Fluchtrouten. Außerdem sind unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeiten, sondern hart erkämpfte Errungenschaften, die entschlossen verteidigt werden müssen. Wir streben danach, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern noch unabhängiger und resilienter zu werden.

4.5.1 SCHUTZ UND RESILIENZ

ENERGIESICHERHEIT

Über Jahrzehnte war Österreichs Gasinfrastruktur auf Russland ausgerichtet. 2022 führte das zu einer schweren Krise, als Russland die Liefermengen reduzierte und die Preise rasant stiegen, mit extremen Auswirkungen auf energieintensive Güter und Dienstleistungen in ganz Europa.

Solche Abhängigkeiten wollen wir unbedingt beenden und in Zukunft vermeiden. Das schaffen wir, indem wir den Einsatz von Gas in allen Sektoren schnell reduzieren und den Bezug von russischem Gas schrittweise bis 2027 beenden. Wir wollen eine größere Lieferdiversität und eine beschleunigte Energiewende, um unsere Wirtschaft widerstandsfähiger und das sicherheitspolitische Risiko geringer zu machen. Österreichische Versorger sollen verpflichtet werden, rechtzeitig ausreichende Mengen von nicht-russischem Gas zu sichern.

LEBENSWICHTIGE INFRASTRUKTUR SICHERN

Die Krisen der letzten Jahre haben gezeigt, dass unsere kritische Infrastruktur zu stark von externen Faktoren abhängt. Unser Ziel ist es daher, deutlich autarker zu werden in Bereichen wie Gesundheits-, Lebensmittel- und Energieversorgung. Großflächige Stromausfälle, Kriege oder Gesundheitskrisen dürfen nicht unmittelbar unsere Existenzgrundlage bedrohen. Deshalb sind Maßnahmen nötig – allen voran Unabhängigkeit von fossilen Energien, mehr Erneuerbare Energie, nachhaltige Landwirtschaft und Unterstützung der Gesundheits- und Pharmabranche.

SPIONAGEABWEHR

Wien ist ein Schlaraffenland für Spionage. Denn hier müssen Agent:innen kaum strafrechtliche Verfolgung fürchten. Wir stehen für eine Verschärfung des Strafrechts, damit Spionage auch dann verfolgt werden kann, wenn sie sich gegen andere EU-Mitgliedstaaten und hier ansässige internationale Organisationen richtet. Diplomaten:innen, die ihre Immunität missbrauchen und gegen das Wiener Übereinkommen verstoßen, sollen konsequent zu Personae non gratae erklärt und ausgewiesen werden.

BLACKOUTSICHERHEIT

Wir fordern die Aufstockung des Katastrophenfonds um 20 Mio. Euro. Denn die unverzichtbaren Rettungs-, Feuerwehr-, Polizei- und Bundesheereinrichtungen sollen autark mit Energie versorgt werden, um bei Stromausfällen einsatzbereit zu bleiben. Demokratische Institutionen und die Gesetzgebung müssen bei Blackouts weiterhin funktionieren können. Beim Katastrophenschutz sollen zudem vulnerable Gruppen, wie Kinder, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, besonders berücksichtigt werden.

4.5.2 SCHUTZ DER LEBENSGRUNDLAGEN

EIN PLAN FÜR EFFIZIENTE UND GRUNDRECHTSORIENTIERTE PANDEMIEBEKÄMPFUNG

2020 war Österreich auf die Covid-Pandemie nicht genügend vorbereitet. Es gab weder ausreichende Ausrüstung noch rechtliche Grundlagen für modernes Pandemiemanagement. Die Herausforderungen, die ab Februar und März 2020 folgten, wurden dadurch noch viel größer, als sie ohnehin schon waren. Angesichts des Klimawandels, häufiger auftretender Zoonosen (von Tieren übertragene Krankheiten) und der Ausbreitung tropischer Krankheiten ist eines klar: Wir müssen uns besser auf künftige Epidemien und Pandemien vorbereiten. Vordenken statt Nachweinen ist die Devise.

KATASTROPHENSCHUTZ

Für eine schnellere Beschaffung in Krisenfällen braucht es rechtliche Grundlagen. Außerdem helfen uns frühzeitige Vorkehrungen effektiv bei erwartbaren Katastrophen. Wir wollen daher einen Strategieprozess zur Verstärkung der Katastrophenvorsorge starten und einen digitalen Zivilschutz-Probearm einführen, der die Zivilbevölkerung über Social-Media, SMS und WhatsApp einbezieht.

4.5.3 MILITÄRISCHE LANDESVERTEIDIGUNG

STRUKTURELL DEFENSIVE VERTEIDIGUNG - EUROPÄISCH ABGESTIMMT

Österreichs Ziel muss es sein, durch eine stärkere Zusammenarbeit mit der EU zu zeigen, dass wir verlässliche Partner in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sind. Die European Sky Shield Initiative (ESSI) bietet eine Plattform für Luft-, Raketen- und Drohnenabwehr, um neuen Bedrohungen effektiv zu begegnen. ESSI gewährleistet Schutz, Transparenz, Kontrolle und Wirtschaftlichkeit. Menschenrechte und die Sicherheit aller EU-Bürger:innen stehen dabei im Mittelpunkt.

VERBESSERUNG DES BERUFSBILDES VON SOLDAT:INNEN

Ein neues Berufsbild für Soldat:innen ist nötig, um die Zeit des Grundwehrdienstes sinnvoll zu gestalten, attraktive Karrieremöglichkeiten in der Bundesheer zu bieten und Talente aus der Wirtschaft dafür zu gewinnen. Dafür braucht es auch Perspektiven für Soldat:innen nach ihrer Militärkarriere – wie zum Beispiel eine bessere Durchlässigkeit zwischen Bundesheer und Wirtschaft sowie die Anschlussfähigkeit militärischer Ausbildungen für Polizei und Justizwache. Darüber hinaus muss das neue Berufsbild von Gleichstellung und der Bekämpfung übergriffiger Machtdynamiken geprägt sein, um sowohl ein sicheres Umfeld für junge Männer zu schaffen als auch Frauen stärker zu fördern.

FREIWILLIGE MILIZÜBUNGEN

Wir stehen für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustands des Bundesheers nach Milizgrundsätzen, einschließlich ausreichender Ausstattung und Ausbildung. Es ist entscheidend, die Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Landwirtschaft sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu stärken, um zusätzliches Know-how aufzubauen und Fachkräfte aus allen Bereichen für die Miliz zu rekrutieren. Die Freiwilligkeit ist dabei für die Moral und das Tragen dieser Verantwortung zentral.

BESCHAFFUNG KONTROLLIEREN, KORRUPTION BEKÄMPFEN

Um die bestehenden Synergien optimal zu nutzen, wollen wir die EU-Beschaffungsvorhaben koordinieren. Beim Kampf gegen die Korruption bei der Beschaffung setzen wir auf Transparenz und Kontrolle – vor allem durch die von uns eingerichtete, europäische und nationale Beschaffungskontrollkommission. Zudem legen wir bei Exportkontrollen einen größeren Fokus auf Menschenrechtsschutz.

AUSLANDSEINSÄTZE – FRIEDENSSICHERUNG STÄRKEN

Wir unterstützen Österreichs Beteiligung an Auslandseinsätzen als wichtigen Beitrag zur Konfliktprävention. Diese müssen jedoch menschenrechtskonform und im Einklang mit der lokalen Bevölkerung erfolgen. Da Österreich derzeit nicht ausreichend Personal für Auslandseinsätze stellen kann, haben wir im Parlament einen Beschluss zur Verbesserung der Bedingungen für Soldat:innen im Ausland gefasst. Unser Anspruch ist klar: EU-Missionen verfolgen nicht nationale Interessen einzelner Staaten, sondern gemeinsame Sicherheitsinteressen der EU, und wahren stets die Menschenrechte.

ZIVILEN FRIEDENSDIENST AUSBAUEN

Der Zivile Friedensdienst ist ein wichtiger, eigenständiger Teil der österreichischen Außenpolitik. Wir wollen daher die Entsendung von Friedensfachkräften in Konfliktgebiete einführen, dabei eng mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammenarbeiten und diesen friedenspolitischen Beitrag weiter ausbauen.

MILITÄRISCHER NACHRICHTENDIENST – PARLAMENTARISCHE KONTROLLE STÄRKEN

Nachrichtendienste sind oft eine Blackbox – aber nicht für das Parlament. Aus der BVT-Affäre haben wir gelernt, dass mehr Kontrolle nötig ist. Daher haben wir eine Kontrollkommission für den Inlandsnachrichtendienst DSN eingerichtet, die dem Parlament berichtet. Dasselbe Modell soll auch für die militärischen Nachrichtendienste im Verteidigungsministerium, wie das Heeresnachrichtenamt und das Abwehramt gelten.

4.5.4 ZIVILDienst UND GRUNDWEHRDIENST

GRUNDWEHR- UND ZIVILDienst SINNVOLL GESTALTEN

Die Zeit im Zivil- und Grundwehrdienst ist wertvoll. Darum wollen wir sie so sinnvoll wie möglich gestalten, auch weil – das muss betont werden – junge Männer dazu verpflichtet wurden und wir ihnen das schuldig sind. Denn junge Menschen leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit unserer Gesellschaft, besonders im Sozial-, Gesundheits- oder Pflegebereich. Sehr deutlich wurde das während der Pandemie. Uns ist es wichtig, diese Dienste so zu unterstützen und zu gestalten, dass sie auch weiterhin für ein starkes, solidarisches und sicheres Österreich sorgen.

ZIVIL- UND GRUNDWEHRDIENST – DAUER ANGLEICHEN

Wir setzen uns für eine Gleichstellung von Grundwehrdienst und Zivildienst ein, wodurch sich letzterer von derzeit neun Monaten auf sechs Monate verkürzen würde. Schließlich sind beide gleich wichtig für den Schutz und die umfassende Sicherheitsvorsorge Österreichs.

MÖGLICHKEIT DER FREIWILLIGEN VERLÄNGERUNG

Zivildienstler sollten, ähnlich wie es im Grundwehrdienst bereits etabliert ist, die Möglichkeit haben, ihren Dienst bei guter Vergütung zu verlängern und daraus berufliche Perspektiven zu entwickeln.

4.6 INNERE SICHERHEIT

SO SCHAUT'S AUS

Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt. Dazu leistet die Polizei einen unerlässlichen Beitrag. Aktuell kommen Polizist:innen dabei oftmals an ihre Grenzen. Die Pensionierungswelle und ständig neue Aufgaben machen auch vor der Polizei keinen Halt. Es kommt zu unzähligen Überstunden. Teils sind die Polizist:innen auch mit Aufgaben überfordert, auf die sie nicht ausreichend vorbereitet wurden. Das ist ein Problem. Wir brauchen eine gut ausgebildete und leistungsfähige Polizei, damit wir Problemen wie Gewalt gegen Frauen oder gewaltbereitem Extremismus etwas entgegensetzen können.

Trauriges Beispiel dafür ist die hohe Zahl an Frauenmorden – im vergangenen Jahr sind 27 Frauen gewaltsam ums Leben gekommen. 2024 waren es bisher 15. Auch der erschütternde Terroranschlag vom 2. November 2020 in Wien war eine Zäsur für Österreich. Für uns ist eines klar: Wir müssen etwas tun, damit Österreich auch in Zukunft eines der sichersten Länder der Welt ist.

UNSERE VISION

Unser Anspruch ist ein sicheres Österreich für alle, die hier leben. Dafür braucht es eine gut bezahlte, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizei. Gerade vor dem Hintergrund von Personalmangel muss das auch bessere Planbarkeit und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf heißen. Nur so werden wir genug junge Menschen für den Dienst bei der Polizei begeistern können.

Gleichzeitig müssen alle Menschen in Österreich die Sicherheit haben, dass sie von der Polizei mit ihren Anliegen gehört und respektiert werden. Darum treten wir für bessere Fehlerkultur ein, die Teil jeder modernen Organisation sein muss. Bei Polizeigewalt oder Machtmissbrauch braucht es unabhängige Ermittlungen und schnelle Aufklärung.

Aufkeimender Extremismus – politisch oder unter dem Vorwand von Religion – hat in einem demokratischen Staat wie Österreich keinen Platz. Wir tolerieren keine Intoleranz und antworten mit klaren Gesetzen, klarer Kommunikation und allem, was der Rechtsstaat zur Verfügung hat. Dialog mit und zwischen Religionen und eine bedachte Rhetorik sind wichtig. Wir unterscheiden klar zwischen Menschen, die in Frieden leben wollen, und denen, die hetzen und zu Gewalt greifen. Antisemitische und antimuslimische Diskriminierung lehnen wir ab.

Dass in Österreich besonders viele Frauen umgebracht werden, weil sie Frauen sind, ist eine Schande. Ein Frauenmord ist der drastischste Ausdruck des Missverhältnisses, dass Männer über Frauen bestimmen können. Am Schluss trifft ein Mann sogar die Entscheidung, ob eine Frau leben darf. Unsere Antwort muss aktive Gleichstellungspolitik sein, die Frauen aus der Abhängigkeit von Männern führt. Es braucht Gewaltprävention und Männerarbeit genauso wie Opferschutz.

4.6.1 POLIZEI

POLIZEIAUSBILDUNG VIELFÄLTIGER GESTALTEN

Eine vielfältige Gesellschaft braucht vielfältige Antworten. Daher wollen wir, dass die Polizei die gesellschaftliche Diversität widerspiegelt, und eine Polizei-Ausbildung, die auf die Realität vorbereitet. Die Förderung von Mehrsprachigkeit und die Auseinandersetzung mit kulturellen Hintergründen müssen genauso Teil der Ausbildung sein, wie der Umgang mit gewaltbereiten Personen.

Zudem sollen Programme zur Förderung von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte in der Polizei ausgebaut werden. Das stärkt die Geschlechtergleichheit und Repräsentation – ganz besonders in Führungspositionen.

POLIZEIDIENST ENTLASTEN

Überlastung in der Polizei muss nachhaltig begegnet werden. Über die vergangenen Jahre sind viele neue Aufgaben für die Gesellschaft entstanden, die oftmals von der Polizei als „Ersthelfer“ übernommen wurden. Bei genauer Betrachtung merken wir aber, dass einige davon auch durch Gesundheitsbehörden, Sozialarbeiter:innen oder Gerichte erfüllt werden könnten. Etwa für die Sicherung des Schulwegs braucht es keine ausführliche polizeiliche Ausbildung, stattdessen könnten Beamt:innen mit Spezialausbildung den regulären Polizeidienst entlasten. Auch polizeiliche Einsätze im Ausland, deren Einsatzzweck nicht mehr gegeben ist, sollten zugunsten der Sicherheit im Inneren beendet werden.

CHATKONTROLLE – ERMITTLUNGEN VERBESSERN, PRIVATSPHÄRE SCHÜTZEN

Die Polizei und der Nachrichtendienst brauchen zweckmäßige Ermittlungsmethoden, die aber den Schutz der Privatsphäre und die Meinungsfreiheit unbescholtener Bürger:innen vollständig respektieren. Wir wollen Selbstzensur verhindern und eine offene Gesellschaft gewährleisten. Zentral dafür ist ein klarer gesetzlicher Rahmen, der überbordende und anlasslose Überwachung verhindert und der das Hacken von Handys unter Ausnutzung von illegalen Sicherheitslücken (also dem „Bundestrojaner“) verbietet.

SCHUTZ VOR MISSBRAUCH

Mit dem Aufbau einer Ermittlungs- und Beschwerdestelle zur Aufklärung von Polizeigewalt geben wir Betroffenen die Möglichkeit, ihre Vorwürfe rasch und unabhängig klären zu lassen. Dies schützt die Opfer und stärkt zusätzlich das Vertrauen in die Polizei. Aber auch Polizist:innen profitieren davon, wenn ihr Verhalten rasch für verhältnismäßig erklärt wird. Um Vertrauen zwischen Bürger:innen und Polizist:innen zu stärken, wollen wir sichtbare Dienstnummern auf Uniformen und die verpflichtende Verwendung von Bodycams. Denn die Videoaufzeichnung von Einsätzen und Einvernahmen wirkt deeskalierend und gewährleistet eine objektive Dokumentation.

VERBOT VON RACIAL PROFILING

Wir fordern ein Verbot von Racial Profiling, bei dem Merkmale wie die Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit als Begründung für Kontrollen oder Überwachungen genutzt werden. Bei Amtshandlungen, die anfällig für Diskriminierungen sind – wie zum Beispiel Personenkontrollen – sollte der Grund dafür vermerkt werden müssen. So kann sichergestellt werden, dass Menschenrechte für alle gleichermaßen gelten, unabhängig von Aussehen und Herkunft.

4.6.2 EXTREMISMUSPRÄVENTION

ZENTRALE KOORDINIERUNGSSTELLE

Einzelne Maßnahmen der Extremismus-Prävention in Österreich sind derzeit unkoordiniert und ineffizient. Eine zentrale Koordinierungsstelle soll dies beheben. Erste wichtige Schritte in diese Richtung sind das bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) sowie der Nationale Aktionsplan.

ZUSAMMENARBEIT

Wir befürworten die institutionalisierte Zusammenarbeit der Ministerien mit Religionsgemeinschaften und Vereinen. Durch einen regelmäßigen, nationalen Dialog wollen wir religiös motivierten Extremismus wirksam bekämpfen.

FORSCHUNG

Ein unabhängiger Forschungscluster ist nötig – wir setzen uns für den Aufbau und die Finanzierung ein. Dort sollen langfristig Daten zu Extremismus aufbereitet, analysiert und veröffentlicht werden.

AUSSTIEGSPROGRAMME

Raus aus Extremismus, zurück in unsere Gesellschaft: psychologische, sozialarbeiterische und seelsorgerische Begleitung sind essenziell auf dem Weg zurück in die Sozialisierung. Wir wollen, dass Ausstiegsprogramme ausgebaut werden und besser über das Angebot informiert wird.

4.7 MENSCHENRECHTE

SO SCHAUT'S AUS

Menschenrechte gelten für alle Menschen und überall. Österreichs Grund- und Menschenrechte – festgeschrieben in unserer Verfassung, in der Europäischen Menschenrechtskonvention und im Unionsrecht – bilden das Rückgrat unseres Rechtsstaats, ja unserer Gesellschaftsordnung. Diskriminierungen, etwa aufgrund rassistischer Zuschreibungen, nach Geschlecht, Sprache, Religion, Weltanschauung, nationaler oder sozialer Herkunft oder aus anderen Gründen, wie der sexuellen Orientierung, sind verboten. Die Menschenwürde sowie die Freiheit, die Gleichheit aller Menschen sind für uns Grüne unverhandelbar.

Menschenrechte sind in Österreich an sich gut verankert und abgesichert. Wir genießen Vereins-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, unsere Rechte auf Eigentum, Religionsfreiheit und ein faires Verfahren. Aber: All diese Rechte sind nicht selbstverständlich. Sie mussten hart erkämpft werden und werden bis heute immer wieder in Frage gestellt. Wir verteidigen sie unermüdlich gegen alle Angriffe.

UNSERE VISION

Damit Demokratie, Freiheit und unsere vielfältigen Formen des Miteinanders weiterhin möglich bleiben, wollen wir unsere Grund- und Menschenrechte verteidigen, sie schützen vor Extremismus und Terror und einer Untergrabung des Menschenrechtssystems. Wir wollen den Menschenrechtsschutz auf einem hohen Niveau weiter ausbauen und zum wesentlichen Bestandteil bei allen Entscheidungen machen. Damit sollen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen aller Beteiligten, speziell vulnerabler Gruppen, umfassend berücksichtigt werden.

Konkret wollen wir, dass Österreichs Polizei sich zu allererst als jene Organisation versteht, die unser aller Menschenrechte schützt. Weiters stehen wir für Künstliche Intelligenz, die die Menschenrechte achtet, einen ethischen Zugang verfolgt und nicht benachteiligt. Wir erkennen an, dass Menschenrechte einander wechselseitig bedingen, ob bürgerliche und politische Rechte oder aber wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Wir kämpfen für ein menschenwürdiges Leben und für einen lebenswerten Planeten für alle. Denn: Jede:r hat das Menschenrecht auf eine saubere Umwelt.

Auch in unserer Europa- und Außenpolitik sowie in der Entwicklungszusammenarbeit ist der Schutz von Menschenrechten ein integraler Bestandteil. Wir schauen nicht weg, wenn Menschenrechte systematisch mit den Füßen getreten werden, schützen Menschenrechtsverteidiger:innen und arbeiten in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft an Verbesserungen. Wir wollen die Beachtung der Menschenrechte als zentralen Maßstab für jede und jeden von uns durchsetzen, egal wo diese Personen leben. Das ist in unser aller Interesse.

4.8 ZUSAMMENLEBEN IN VIELFALT

SO SCHAUT'S AUS

Wer vor Krieg und Verfolgung flüchten muss, braucht Schutz. 2022 wurden Millionen Ukrainer:innen plötzlich zu Flüchtlingen. Staaten wie Österreich zeigten durch die schnelle Unterstützung der Geflüchteten, dass Menschlichkeit und Solidarität stärker sind als Diktatoren. Ein starkes Signal, dass Menschenrechte nicht verhandelbar sind. Für eine nachhaltige Integration gilt es schließlich, Chancen und Perspektiven für alle zu schaffen – etwa durch den Ausbau von Deutschkursen und eine bessere Anbindung an den Arbeitsmarkt. Integration ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Wir dürfen den Diskurs nicht denen überlassen, die gezielt hetzen und oft nur blockieren. Wer die Integration heute verschläft, erntet morgen die Probleme.

UNSERE VISION

Wir Grüne stehen für eine Politik, die bei Flucht genauso wie bei freiwilliger Migration auf Menschlichkeit und Ordnung setzt. Mit klaren und fairen Regeln, wie unsere unverhandelbaren Menschenrechte, die für alle gelten. Und mit klugen Entscheidungen, die Österreich und Europa stärker machen. So geben wir vielen Menschen die Chance auf ein gutes Leben in Sicherheit. Und wir legen den Grundstein für ein gutes Zusammenleben und eine aussichtsreiche Zukunft für uns alle. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine gemeinsame EU-Asylpolitik ist ein fairer Verteilungsmechanismus und die Einhaltung von Regeln durch alle Mitgliedstaaten. Auch sichere Fluchtwege sind ein wichtiger Teil – z. B. durch Resettlement- und Aufnahmeprogramme oder humanitäre Visa. Reguläre Fluchtwege sind aber die beste Lösung, um jenen Menschen auf geordnetem Weg Schutz zu gewähren, die ihn am dringendsten brauchen – und gleichzeitig Menschenhandel und Schlepperei effektiv zu bekämpfen.

Wir kämpfen für eine menschenrechtsbasierte Politik und ein Grenzmanagement, das Humanität und Ordnung verbindet. Grenzen müssen kontrolliert werden, um Schutz zu gewährleisten. Frauen und Männer sind gleichgestellt, und es gilt die Freiheit, zu lieben, wen man möchte. Wer hier leben will, muss die Regeln unseres Landes respektieren. Menschen, denen nach fairen Verfahren kein Schutz zuerkannt wurde, oder die schwere Straftaten begangen haben, müssen Österreich wieder verlassen, wobei Menschenrechte stets gewahrt bleiben müssen – ganz besonders bei besonders schutzbedürftigen Personen wie Kindern.

Wir fokussieren in der Integrationspolitik auf Deutschkurse und Weiterbildung ab dem ersten Tag, erleichterte Berufs- und Ausbildungsanerkennung und eine Arbeitsmarktpolitik, die das Potenzial aller Menschen nutzt. Zudem fördern wir gesellschaftliche und politische Teilhabe und finden deshalb: Es ist höchste Zeit, das Staatsbürgerschaftsgesetz zu reformieren. Denn fest steht auch: Unser Wirtschafts- und Pensionssystem braucht Zuwanderung. Deshalb brauchen wir auch pragmatische Lösungen. Zum Beispiel mit einem sogenannten „Spurwechsel“: Bereits in Österreich arbeitende Fachkräfte, die gut integriert sind und nach denen wir aufgrund ihrer Ausbildung oder ihres Berufs händeringend suchen, sollen so nicht mehr abgeschoben werden.

4.8.1 MENSCHLICHKEIT UND ORDNUNG

GEMEINSAME EU-ASYLPOLITIK

Nach langen Verhandlungen einigten sich die EU-Staaten letztes Jahr auf den Asyl- und Migrationspakt. Er bietet die erstmalige Chance auf mehr Einheitlichkeit im Umgang mit Flüchtenden in Europa. Dieser sieht neben Grenzverfahren auch einen neuen Solidaritätsmechanismus vor: Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen, müssen anderweitig Hilfe leisten, etwa durch Ausgleichszahlungen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass einzelne Länder, wie etwa Ungarn, weiterhin keine oder kaum Flüchtlinge aufnehmen – denn Asylpolitik funktioniert nur gemeinsam. Zudem

soll laut Pakt die Abschiebung von abgelehnten Asylwerber:innen in sichere Drittstaaten erleichtert werden. Diese Einigung zielt auf eine ausgewogene Asyl- und Migrationspolitik zwischen Humanität und Ordnung ab. Gleichzeitig sehen wir aber Defizite und haben unsere Kritik aus menschenrechtlicher Perspektive klar formuliert. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass Europa die richtigen Entscheidungen trifft und jene, die Schutz brauchen, diesen auch tatsächlich erhalten. Wir fordern Solidarität und Verantwortung von allen EU-Mitgliedstaaten sowie Sanktionen für diejenigen, die gemeinsame Aufnahmestandards nicht einhalten.

FÜR EIN GRENZMANAGEMENT IM GLEICHGEWICHT VON HUMANITÄT UND ORDNUNG

Jeder EU-Mitgliedstaat an der Außengrenze ist für sein Grenzmanagement verantwortlich – mit der Unterstützung von Frontex, der europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache. Doch weil viele Menschen in der Wüste oder bei der riskanten Mittelmeerüberquerung sterben, fordern wir sichere und legale Fluchtrouten und ein menschenrechtsbasiertes Grenzmanagement. Denn es muss gesagt werden: Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen werden bisher nicht ausreichend kontrolliert und geahndet. Darum fordern wir stärkere Kontrollbefugnisse für die Frontex-Menschenrechtsbeauftragten, einen unabhängigen Monitoring-Mechanismus und mehr Transparenz.

SINNVOLLE STEUERUNG VON FLUCHTBEWEGUNGEN

Das beste Mittel, um Menschen sicher und geordnet Schutz zu bieten, sowie Menschenhandel und Schlepperei zu bekämpfen, sind legale Fluchtwege. Sie verhindern wirksam, dass Menschen gefährliche Wege auf sich nehmen. Zudem befürworten wir die Bereitstellung humanitärer Visa für gefährdete Personen – wie Menschenrechtsverteidiger:innen und Dissident:innen –, die in Konflikte mit autoritären Regimen geraten sind, etwa unter Putin und Lukashenko.

ASYLVERFAHREN

Asylverfahren in Österreich sind rasch und rechtsstaatlich fair durchzuführen. Im Fall einer Ablehnung muss die Konsequenz sein, dass die Betroffenen das Land verlassen – es sei denn, sie erfüllen die Voraussetzungen für ein Bleiberecht oder einen Aufenthaltstitel aufgrund von Erwerbstätigkeit. Ein wichtiger Punkt ist die kooperative Zusammenarbeit mit Herkunftsländern, um legale Arbeitsmigration zu fördern und Rückführungen zu erleichtern, wie zuletzt mit Indien vereinbart.

KINDER AUF DER FLUCHT

Kinder und Jugendliche auf der Flucht – insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – brauchen besonderen Schutz. Bisher ist die Obsorge von unbegleiteten Kinderflüchtlingen (UMF) nicht ausreichend geregelt. Das bedeutet, dass sie oft auf sich alleingestellt sind, in Erwachsenen-einrichtungen keine altersgerechte Behandlung erfahren, oder einfach verschwinden, ohne dass Behörden wissen, was genau mit ihnen geschehen ist. Diese Zustände müssen wir ändern! Es braucht von Anfang adäquate Betreuung und Schutz – nicht zuletzt auch als wichtige Maßnahme zur Bekämpfung von Jugendkriminalität.

Unser fertiger Gesetzesentwurf für eine einheitliche Obsorgeregelung für UMF steht bereit und könnte sofort umgesetzt werden. Wir haben mit dem Pilotprojekt zwischen dem Bund und Wien zur Verrechnung der tatsächlich anfallenden Kosten sowie mit der Anhebung der Tagsätze für UMF wichtige Schritte gesetzt, damit die Kinder- und Jugendhilfe der Länder die nötigen Ressourcen dafür erhält.

Zudem unterstützen wir die Umsetzung von Empfehlungen der Kindeswohlkommission. Dazu gehören die Verankerung des Vorrangs des Kindeswohls in gesetzlichen Regelungen zur Vorbeugung verfassungswidriger Entscheidungen sowie die Einrichtung eines Kinderrechte-Monitorings in Österreich einschließlich eines Kapitels zu Asyl und Migration. Außerdem streben wir an, die

Tagsätze für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in ganz Österreich auf das Niveau der Kinder- und Jugendhilfe anzuheben.

4.8.2 TURBO FÜR DIE INTEGRATION

Das Integrationsjahr für Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte und Asylwerber:innen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit ermöglicht diesen einen raschen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Das entspricht unserem Zugang zu Integration ab Tag 1 – ein Zugang, der mittlerweile auch von anderen Parteien übernommen wird. Das Integrationsjahr soll weiterhin angemessen finanziert werden, um die Wirksamkeit zu gewährleisten. Unser Ziel ist es, Ressourcen für Integration wirksam einzusetzen als notwendigen Beitrag für eine friedliche, stabile und demokratische Gesellschaft.

DEUTSCHKENNTNISSE FÖRDERN FÜR EIN BESSERES MITEINANDER

Sprachenvielfalt ist der Ausdruck von gedanklicher Vielfalt und kulturellem Reichtum. Und Sprache verbindet. Deutsch zu lernen, ist im Interesse aller Personen, die in Österreich Fuß fassen möchten, und hat daher höchste Priorität. Eine gemeinsame Sprache trägt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis bei und fördert das Miteinander. Wir müssen Menschen beim Spracherwerb unterstützen und so früh wie möglich und flächendeckend genug Deutschkurse anbieten und das Erlernen der deutschen Sprache zum zentralen Element der Integration machen. Dies wurde in der Vergangenheit von den Ländern unzureichend angeboten.

BILDUNG ALS SCHLÜSSEL ZU INTEGRATION

Kindergärten und Schulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Integration. Basis ist eine gute, wirksame Sprach- und Deutschförderung. Integration gelingt dort besser, wo Kindergärten und Schulen sozial und ökonomisch durchmischt sind, damit Kinder und Jugendliche voneinander lernen können und die Herausforderungen an einzelnen Standorten nicht zu groß werden. Dafür braucht es ausreichend Personal und Unterstützung durch Sozialpädagog:innen, Psycholog:innen, Sprachförder:innen etc. Gezielte Elternarbeit trägt dazu bei, Eltern mit ins Boot zu holen. Gemeinsame schulische Erfahrungen schaffen Beziehungen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

ANERKENNUNG VON AUSBILDUNGEN

Die Erleichterung von Nostrifikationen – also die Anerkennung von ausländischen Schul- und Studienabschlüssen sowie akademischen Graden – ist neben der Anerkennung von Berufsgraden dringend notwendig. Eine spezialisierte Kompetenzstelle könnte helfen, die Verfahren durch bessere Organisation und gebündelte, wissenschaftliche Expertise zu beschleunigen. Zentralisierte Informationsbereitstellungen und standardisierte Verfahren sollen Nostrifikationen effizienter abwickeln. Unser Ziel ist eine Anlaufstelle für alle Informationen, Anträge und Unterstützungen bei Ergänzungsprüfungen – einschließlich digitaler Kurse zur Vorbereitung auf eventuelle Zusatzprüfungen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf den Pflegebereich zu legen, da wir händeringend Pflegekräfte suchen, sollen Menschen mit einer entsprechenden Ausbildung auch so schnell wie möglich mitanpacken dürfen.

MODERNE STAATSBÜRGERSCHAFT

Der erleichterte Zugang zur Staatsbürgerschaft fördert die Integration. Da er neben zahlreichen Rechten auch mit vielen Pflichten verbunden ist, stärkt er unser gesellschaftliches Zusammenleben. Doch Österreich hinkt hier international hinterher, weshalb eine Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes dringend notwendig ist. Die aktuellen Einkommensgrenzen sind zu hoch und die Pflicht, die bisherige Staatsbürgerschaft aufzugeben, entspricht nicht mehr den Anforderungen einer globalisierten Welt. Es besteht Handlungsbedarf, damit Menschen, die hier Fuß fassen und teilhaben wollen, auch teilhaben können. In einem modernen Staatsbürgerschaftsrecht muss

außerdem das Abstammungsprinzip um das Bodenprinzip erweitert werden: Wer hier geboren wurde und einen rechtmäßig hier niedergelassenen Elternteil hat, sollte die Staatsbürgerschaft automatisch erhalten.

4.8.3 KULTURELLE VIelfALT UND VOLKSGRUPPEN

VIelfALT STATT EINFALT! VOLKSGRUPPENRECHTE STÄRKEN, POTENZIALE NUTZEN

Volksgruppen bereichern unsere Gesellschaft als Brückenbauer:innen zwischen Kulturen. Unsere Verfassung verpflichtet uns, Sprache, Kultur und Existenz der Volksgruppen zu schützen und zu fördern. Wir fördern daher Vielfalt statt Einfachheit. Das bedeutet, Volksgruppenrechte als Menschenrechte zu stärken und ihre Potenziale zu nutzen, indem wir kulturelle und sprachliche Vielfalt bewahren und fördern sowie Volksgruppenrechte kontinuierlich weiterentwickeln.

VERFASSUNGSRECHTLICHEN SCHUTZ FÜR ALLE VOLKSGRUPPEN AUSBAUEN

Es ist notwendig, die verfassungsrechtlichen Bestimmungen in Österreich zu überarbeiten. Nur so ist ein umfassenderer Schutz aller Volksgruppen gemäß den allgemein anerkannten Schutzstandards des Europarates und der Vereinten Nationen sicherzustellen. Dazu gehört unter anderem eine proaktive Politik zum Schutz vor Assimilation und Sprachverlust. Es sollte zudem ein Verfahren zur Anerkennung neuer Volksgruppen etabliert werden. Außerdem sind einheitliche Regelungen für Topografie (wie Ortstafeln) und Amtssprachen erforderlich.

BILDUNG

Die österreichischen Volksgruppen haben ein Recht auf Bildung in ihrer Erstsprache. Die Kontinuität und Qualität der Bildung durchgängig zu verbessern, ist ausschlaggebend. Eine durchgehend zweisprachige Bildung von Kindergarten bis Matura gewährleistet einen qualitativen Spracherwerb. Zusätzlich benötigen wir attraktive zweisprachige Bildungsangebote in der Lehre, an Hochschulen und in der Erwachsenenbildung.

Auch im Bereich Medien, Digitalisierung und Kultur fehlen bisher ausreichende Angebote, die die völkerverbindende Rolle von Volksgruppen zum Ausdruck bringen. Volksgruppen und ihre kulturelle Identität sollen sichtbarer gemacht werden – das schafft Bewusstsein für ihre Anliegen und stärkt den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. EU-Projekte sollen grenzüberschreitende Zusammenarbeit, interkulturelle Verständigung und Toleranz in einem geeinten Europa fördern.

FUNKTIONIERENDE MITBESTIMMUNG SICHERN

Die Volksgruppenbeiräte in ihrer derzeitigen Form sichern keine effektive politische Teilhabe der Volksgruppen. Es ist notwendig, ihre Organisation zu modernisieren und durch eine ausgewogene Alters- und Geschlechterverteilung Diversität sicherzustellen sowie eine Begrenzung der Mandatszeit einzuführen, ebenso wie Transparenz- und Unvereinbarkeitsbestimmungen.

A close-up photograph of two women embracing warmly. The woman on the right is laughing heartily, her eyes closed and mouth wide open. She has dark hair and is wearing a small, clear, rectangular earring. The woman on the left has long, dark hair and is wearing a bright orange top. The background is a clear, bright blue sky. The overall mood is one of genuine happiness and connection.

**5. WÄHL
MITEINANDER.**

**WÄHL, ALS
GÄB'S EIN
MORGEN.**

5.1 EIN LEISTBARES LEBEN

SO SCHAUT'S AUS

Nur ein starker, sozialer Staat sichert die Demokratie. Österreichs Sozialsystem lässt niemanden durchs Netz fallen, egal ob bei Krankheiten, Unfällen, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit und deren Folgen. Das schafft Sicherheit für jede und jeden von uns und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Österreichs stabile Grundsäulen – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, soziale Sicherheit – sind keine Selbstverständlichkeit. Der beste Weg, um sie zu stärken, sind Investitionen in die Fundamente, auf denen sie seit Generationen aufbauen: Gesundheit, Kinderbetreuung sowie vielfältige Aus- und Weiterbildung. Das sichert den Wohlstand und eine erfolgreiche Zukunft.

Auch wenn unser Sozialsystem im internationalen Vergleich sehr gut ist, gibt es viel zu tun. Denn die Menschen in Österreich haben Sorgen und wir nehmen sie ernst. Statt noch mehr Bürokratie schaffen wir daher flexiblere Rahmenbedingungen für ein sozialeres Klima. Alle, die Hilfe dringend brauchen, sollen diese Hilfe auch bekommen. Alle, die einen größeren Beitrag leisten können, sollen es tun. Denn eine gute Gesellschaft kann sich aufeinander verlassen. Und Österreich kann sich darauf verlassen, dass wir es sozialer und gerechter machen.

UNSERE VISION

Wir wollen leistbaren und ökologischen Wohnbau als Standard für alle statt Privilegien für wenige. Wir treten mutig dafür ein, leistbares Wohnen zu garantieren – für sämtliche Bevölkerungsgruppen. Denn es ist inakzeptabel, dass Menschen sich am Monatsende fragen müssen, ob und wie sie die Miete, Energierechnung, Kreditrate oder Kosten für die Schullandwoche der Kinder noch bezahlen können.

Die Krisen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, wie schnell jede und jeder von uns in eine Notlage kommen kann – und zwar völlig unverschuldet. In solchen Situationen zeigen wir, wofür wir stehen: Nein zu populistischer Stigmatisierung, Ja zu solidarischer Unterstützung, die betroffenen Menschen schnell, unbürokratisch und vor allem zielgerichtet hilft. Wir bekämpfen die Ursachen, die zu Armut und Ausgrenzung führen, nicht die Menschen, die davon betroffen sind. Ein funktionierendes Sozialsystem ist der Stoff, aus dem starke Gesellschaften gemacht werden, die ein Leben ohne Armut möglich machen.

5.1.1 LEISTBARES WOHNEN

MIETRECHT: FAIRER, ÖKOLOGISCHER, TRANSPARENTER

Es wird höchste Zeit für gesetzlich festgelegte Höchstmieten. Nur für Neubauwohnungen soll es für 25 Jahre nach Erbauung eine freie Preisbildung geben, die danach von einer moderaten Grundmiete abgelöst wird, für die Zu- und Abschläge gelten. Vermieter:innen, die ihre Wohnungen thermisch gut sanieren und baulich instand halten, profitieren dann von mehr Miete, gleichzeitig profitieren Mieter:innen von geringeren Energiekosten. Zudem bezahlen sie durch einen übersichtlicheren Betriebskostenkatalog nur noch die Kosten, die sie auch verursacht haben.

MIETWUCHER VERBIETEN

Gegen die unverschämte Preistreiberei bei Mieten helfen nur Taten. Wir machen uns daher für ein strenges Mietwucher-Gesetz stark, durch das künftig alle Strafe zahlen, die weit über dem ortsüblichen Niveau liegende Preise verlangen. Das entlastet Wohnungssuchende und gibt uns die Möglichkeit, gegen Elendsquartiere vorzugehen.

GEMEINNÜTZIGEN WOHNBAU STÄRKEN

Die beste Mietpreisbremse ist immer noch der gemeinnützige Wohnbau. Leistbarer Wohnraum soll grundsätzlich allen Menschen, die in Österreich leben, zugänglich sein. Wohnbauförderungsmittel sollen in den gemeinnützigen Wohnbau investiert werden, selbstverständlich mit Zweckbindung der Einnahmen und Rückflüsse des Wohnbauförderungsbeitrags.

ALLE KOMPETENZEN UNTER EINEM DACH

Aktuell ist das Thema Wohnen auf vier Ministerien aufgeteilt. In der nächsten Legislaturperiode vereinen wir alle Kompetenzen in einem Haus, um sicherzustellen, dass leistbares Wohnen die Priorität in der Bundesregierung bekommt, die es auch in der Bevölkerung hat.

FERNWÄRMEKOSTEN FAIR VERTEILEN

Vermieter:innen sind grundsätzlich für die Übernahme aller Fixkosten verantwortlich. Und da Fernwärmekosten in der Regel aus einem verbrauchsabhängigen Arbeits- und einem fixen, verbrauchsunabhängigen Leistungspreis bestehen, ist unserer Meinung nach dieser Kostenanteil von den Vermieter:innen zu tragen.

BEFRISTUNGSVERBOT FÜR GEWERBLICHE VERMIETER:INNEN UND IMMOBILIENEIGENTÜMER:INNEN

Wer von gewerblichen Vermieter:innen mietet, bekommt einen unbefristeten Vertrag für den Hauptwohnsitz – das wollen wir Grüne garantieren. Für private Vermieter:innen sehen wir Deutschland als Vorbild: Befristete Vermietungen soll es nur aus guten Gründen geben, zum Beispiel wegen einer anstehenden Renovierung in fünf Jahren oder wenn die Vermieter:innen in fünf Jahren selbst einziehen werden.

AIRBNB UND CO.: WOHNUNGSRAUB EIN ENDE SETZEN

Es ist nicht fair, dass unzählige Menschen dauerhafte Wohnungen suchen, während immer mehr Wohnungen ausschließlich an Tourist:innen vermietet werden. Es braucht mehr Regulierung für Airbnb und Co.

SOZIALER UND GEFÖRDERTER WOHNBAU: BARRIEREFREI UND SELBSTBESTIMMT

Barrierefreier Wohnbau ist durch den demographischen Wandel und die damit verbundene Nachfrage ein zentraler Baustein, der Österreich bei den Themen Pflege und Betreuung fit für die Zukunft macht. Um den sozialen und geförderten Wohnbau vermehrt barrierefrei zu machen, bestimmen wir bundeseinheitliche Standards, die in den Förderkriterien fest verankert sind. Denn nur so ermöglichen wir Menschen im Alter oder mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause.

WOHNUNGSLOSIGKEIT BEENDEN

Wohnungslosigkeit ist eine der schwerwiegendsten Formen von Armut. Um es gar nicht so weit kommen zu lassen, müssen Menschen in finanziellen Notlagen unterstützt werden. Es braucht schnelle und unbürokratische Hilfe, damit sie ihre Mietrückstände und offenen Stromrechnung begleichen können, bevor die Stromabschaltung oder Delogierung droht. Durch Projekte wie den „Wohnschirm“ oder „housing first“ konnten wir bereits vielen Menschen helfen. Genau diese Grüne Sozialpolitik wollen wir auch in Zukunft weiterführen und ausbauen.

5.1.2 ARMUTSBEKÄMPFUNG

FINANZIELLE ABSICHERUNG VERBESSERN UND ERGÄNZEN

Österreich hat ein sehr gutes Sozialsystem. Aber es gibt Lücken. Besonders in der Sozialhilfe, die zu langsam und schwerfällig ist. Die von ÖVP und FPÖ eingeführten Beschränkungen und Höchstgrenzen erweisen sich als hinderlich und schaffen es nicht, Menschen aus der Sozialhilfe in ein selbstbestimmtes Leben am allgemeinen Arbeitsmarkt zu bringen. Unser Modell einer Grundversicherung hingegen soll schnell und zielgerichtet unterstützen, indem es unbürokratische Existenzsicherung, Beratung, Ausbildung und Hilfe in besonderen Lebenslagen bietet. Unser Konzept ersetzt nicht das bestehende System, sondern verbessert und ergänzt es.

ENERGIEGRUNDSICHERUNG ETABLIEREN

In der Teuerungskrise haben wir mit der Stromkostenbremse dafür gesorgt, dass Strom für alle leistbar bleibt. Jetzt fordern wir eine Energiegrundsicherung, damit auch in Zukunft Schwankungen auf den internationalen Energiemärkten nicht dafür sorgen, dass Menschen sich das Kochen, Heizen und Waschen nicht mehr leisten können. Diese Energiegrundsicherung würde Menschen mit geringem Einkommen ihren Grundbedarf an Elektrizität zu einem vergünstigten Preis anbieten – und zwar nicht nur in der Krise, sondern für immer. Einen Beitrag dazu sollen künftig auch Behörden bzw. Körperschaften des öffentlichen Rechts leisten, die den auf ihren Gebäudedächern erzeugten Sonnenstrom verkaufen. Ein Teil davon soll Haushalten mit geringem Einkommen zur Verfügung gestellt werden.

SOZIALANWALTSCHAFT

Wer Hilfe braucht, bekommt sie hier: Eine weisungsfreie Sozialanwaltschaft soll als Anlaufstelle für alle dienen, die Beratung oder Unterstützung im Sozialsystem benötigen. Sie hilft nicht nur armutsgefährdeten Menschen, sondern allen bei Ansprüchen wie Pflegegeld, Ausbildung, Behandlungskosten, Berufskrankheiten, Kinderbetreuung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Invaliditätspension. Die Sozialanwaltschaft schließt Wissenslücken und sorgt dafür, dass alle Menschen Zugang zu notwendiger Hilfe und Unterstützung haben.

5.2 GENERATIONEN UND FAMILIEN

SO SCHAUT'S AUS

Österreichs Pensionssystem schützt die allermeisten Menschen im Alter vor Armut und sozialer Ausgrenzung. Es sichert auch einen angemessenen Lebensstandard. Dennoch gibt es Handlungsbedarf, da speziell Frauen und ganz allgemein all jene, die es im Leben bereits schwer gehabt haben, oft im Alter benachteiligt werden. Ein weiteres Thema für Familien ist die Pflege. Auch wenn diese in Österreich Ländersache ist, sollten alle gemeinsam Verantwortung übernehmen – denn Pflegebedürftigkeit kann jede und jeden treffen und pflegende Angehörige stark belasten. Ein anhaltendes Problem hierbei ist, dass die Anliegen der Betroffenen oft nicht gleich ernst genommen werden. Auch bei Kindern und Jugendlichen haben wir noch alle Hände voll zu tun – besonders Kinderrechte und die Bedürfnisse von Jugendlichen werden häufig nicht ausreichend beachtet – trotz gesetzlicher Vertretung und Prüfungen durch den Jugend-Check.

UNSERE VISION

Wir kämpfen für eine Welt, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Alter aktiv mitbestimmen und ein gutes Leben führen können. Vor allem Kinder und Jugendliche sollen Mitspracherecht in allen Bereichen haben, die sie betreffen. Wir fordern bessere Jobchancen, leistbaren Wohnraum und politische Teilhabe für junge Menschen.

Mit unserem Pensionsmodell sichern wir ein gutes Leben im Alter – durch die Einführung einer Grünen Grundpension. Wesentliche Bestandteile eines nachhaltig harmonischen Zusammenlebens sind für uns soziale Sicherheit und faire Pensionen. Dafür setzen wir uns entschlossen ein.

5.2.1 KINDER UND JUGEND



KINDERARMUT BEKÄMPFEN

Kinder haben ein Recht auf ein Leben ohne Armut, Ausgrenzung und Angst. Armut hat weitreichende Auswirkungen auf Kinder und ihre Zukunft: Ihre Gesundheit, Bildung und soziale Integration leiden darunter. In Armut aufzuwachsen, bestimmt nicht nur den Alltag, sondern auch die Zukunftschancen. Es ist erwiesen, dass Kinderarmut zu schlechterer Gesundheit und geringeren Bildungschancen im Erwachsenenalter führt. Darüber hinaus verursacht Kinderarmut laut der OECD Mehr- bzw. Folgekosten von 17,2 Milliarden Euro. Eine frühzeitige Bekämpfung hingegen kostet nur einen Bruchteil davon. Wir finden, jedes armutsbetroffene Kind ist eines zu viel. Während andere realitätsferne Ernährungsratschläge geben und armutsgefährdete Kinder und ihre Familien beschämen, nehmen wir die Situation ernst und handeln dementsprechend.

Darum wollen wir Grüne eine Kindergrundsicherung, die alle Leistungen bündelt und armutsbetroffene Kinder mit einer eigenen Leistung besonders unterstützt und vor allem auch Familien mit einem geringen Erwerbseinkommen – hier vor allem Alleinerzieher:innen – finanziell besser absichert. Und wir wollen die Leistungen auch erweitern. Es ist absolut notwendig, soziale Teilhabe und gesunde Ernährung zu ermöglichen: Jedes Kind soll das Recht auf ganztägige Schul- und Betreuungsangebote, was auch ein warmes und gesundes Mittagessen einschließt, einen gratis Kindergartenplatz, Freifahrt, kostenlose Nachmittags- und Ferienbetreuung sowie Freizeit-, Kultur und Sportangebote haben. So geben wir ihnen mehr Bildungsmöglichkeiten und schützen sie sowohl vor gesundheitlichen Langzeitfolgen von Mangelernährung als auch vor sozialem Ausschluss. Wir finden, alle Kinder haben ein Recht auf ein Umfeld, in dem sie ihr Potenzial entfalten und sorgenfrei aufwachsen können.

KINDER VOR GEWALT SCHÜTZEN

Jedes Kind hat das Recht, sicher und ohne Gewalt aufzuwachsen. Deshalb haben wir ein umfassendes Kinderschutzpaket umgesetzt, das nun weiter ausgebaut werden muss. Dazu gehören stärkere Strafvollzugsbehörden, verbesserte Polizeiarbeit, erweiterte Hilfsangebote, mehr Kinderschutzzentren und Bewusstseinsbildung über Grooming – also die gezielte Kontaktaufnahme Erwachsener mit Minderjährigen mit Missbrauchsabsicht.

Wir fordern ein bundesweites Kinderschutzgesetz, damit alle Kinder in Österreich gleich gut geschützt sind. Ein neuer Kinderschutzleitfaden des Justizministeriums gibt klare Anweisungen für Behörden und erkennt sämtliche Gewaltformen offiziell an. Dazu gehört auch, dass Opfer von Gewalt keine gemeinsame Obsorge mit Tätern teilen müssen. Da auch ihre Freizeit sicher sein soll, sind verpflichtende Kinderschutzkonzepte in allen Vereinen und Einrichtungen notwendig, inklusive Förderungen, die an den Nachweis eines Schutzkonzepts gebunden sind. Nachdem wir die „Qualitätssicherungsstelle Kinderschutz“ eingerichtet haben, wird diese im nächsten Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Der nächste wichtige Schritt ist, die Förderungen in Kunst, Kultur und Sport aber auch der Freizeitgestaltung und Freiwilligenarbeit an die Vorlage eines Kinderschutzkonzeptes zu knüpfen. Unser langfristiges Ziel, für das wir uns unermüdlich einsetzen, sind verpflichtende Kinderschutzkonzepte für alle Vereine und Dienstleister, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

UNTERHALT VERBESSERN

Österreichs derzeitiger Unterhaltsvorschuss hat Lücken und hilft nicht immer ausreichend – gerade dann, wenn der unterhaltspflichtige Elternteil im Ausland lebt oder zu wenig verdient. Das erhöht die Armutsgefährdung von Kindern, besonders bei Alleinerziehenden. Daher fordern wir

schon lange eine Unterhaltsgarantie, bei der der Staat betroffene Familien unterstützt. Verfahren zum Thema Kindesunterhalt müssen modernisiert und vereinfacht werden. Es braucht hier Rechtssicherheit. Der Unterhaltsvorschuss ist ein wichtiges Instrument, um schnell und zielgerichtet Alleinerziehenden-Haushalte absichern zu können. Er muss aber noch verbessert werden: Eine einfachere Bemessung soll das Verfahren zum Unterhaltsvorschuss beschleunigen.

POLITISCHE TEILHABE AUSWEITEN

Die Bundesjugendvertretung als gesetzliche Interessensvertretung soll gestärkt und in alle politischen Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, einbezogen werden. Die überschulische Vertretung ist ein wichtiges Organ gegenüber Entscheidungsträger:innen. Derzeit wird diese nur von den Schulsprecher:innen gewählt, was das Meinungsbild der gesamten Schüler:innenschaft nicht ausreichend abbildet. Daher sollten alle Schüler:innen ihre Vertretung direkt wählen können.

KINDERRECHTE VERFASSUNGSRECHTLICH VERANKERN, MONITORING EINFÜHREN

Seit 16.2.2011 ist das Bundesverfassungsgesetz (BVG) über die Rechte von Kindern in Kraft. Es wurden aber nicht alle Rechte der Kinderrechtskonvention verfassungsrechtlich umgesetzt. Doch mit uns gibt es hierbei keine halben Sachen, weshalb wir die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im BVG Kinderrechte fordern. In Österreich gibt es darüber hinaus kein effektives Kinderrechte-Monitoring, was auch vom UN-Kinderrechte-Ausschuss kritisiert wird. Wir plädieren daher für ein wirksames, umfassendes und unabhängiges Kinderrechte-Monitoring, für das entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Als Vorbild dient uns Deutschland, wo 2015 eine solche Stelle eingerichtet wurde.

KINDER- UND JUGENDGESUNDHEIT

In der Kinder- und Jugendgesundheit gibt es noch viel Handlungsbedarf. Ein wichtiges Anliegen ist uns eine Fachärzt:innenoffensive für Fächer mit Unterversorgung. Das betrifft die ambulante pädiatrische, augenärztliche und kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung. Auch die Versorgung mit Physiotherapeut:innen, Logopäd:innen und anderen Therapeut:innen, die in der Prävention und Nachbehandlung besondere Bedeutung haben, sollte sichergestellt werden.

Die psychische Versorgung von Kindern und Jugendlichen war in den letzten Jahren nicht ausreichend gegeben. Mit dem Projekt „Gesund aus der Krise“ haben wir einen wichtigen Schritt gesetzt, damit junge Menschen rasche und niederschwellige Hilfe bekommen. Wir wollen, dass das Projekt dauerhaft implementiert und von der Österreichischen Gesundheitskasse übernommen und ausgebaut wird.

Außerdem wollen wir nach dem Vorbild von Community Nursing das Projekt der School Nurses ausbauen. Denn Vorsorge ist besser als Nachsorge. Prävention sollte schon in jungen Jahren stärker gefördert werden. Ein großer Vorteil der School Nurses ist, dass sie auch die psychische Gesundheit der Schüler:innen miteinbeziehen und so frühzeitig unterstützen können. Sie arbeiten multidisziplinär und sind zentrale Ansprechpartner:innen für alle gesundheitlichen Fragen für Schüler:innen, Eltern und auch Lehrkräfte.

KINDER- UND JUGENDHILFE REFORMIEREN UND STÄRKEN

Die Änderung der schwarz-blauen Regierung bei der Kinder- und Jugendhilfe ist in der Praxis gescheitert. Es gibt keine einheitlichen Qualitätsstandards und Verbesserungen in einzelnen Bundesländern sind kaum mehr umzusetzen, weil dafür alle Bundesländer zustimmen müssen. Kinder und Jugendliche, die Unterstützung benötigen, haben das Recht darauf, diese in allen Bundesländern in gleicher Qualität zu erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine Kompetenzverschiebung ein. Die Kinder- und Jugendhilfe muss zurück in Bundeskompetenz und finanziell besser ausgestaltet werden. Auch die Care-Leaver brauchen besondere Unterstützung. Das ist die Gruppe der

Kinder und Jugendlichen, die mit 18 Jahren von heute auf morgen die Kinder- und Jugendhilfe verlassen müssen und damit auf sich allein gestellt sind. Wir setzen uns für eine Verlängerung der Betreuung von Care-Leavern bis 24 Jahre, in Einzelfällen bis 26 Jahre, ein.

JUGENDKRIMINALITÄT SINNVOLL UND WIRKSAM BEKÄMPFEN

Auch Jugendliche können kriminell werden, oft ohne die Konsequenzen im vollen Umfang zu verstehen.

Wir wissen auch, dass Täter:innen meist aus prekären sozialen Verhältnissen kommen und von psychischen Erkrankungen betroffen sind. Wir dürfen bei diesen Problemen nicht wegsehen. Wir fordern eine engmaschige Betreuung für Wiederholungstäter:innen und schnelle Reaktionen der Kinder- und Jugendhilfe, die für diese wichtige Arbeit ausreichend Ressourcen benötigt. Die Justiz und Polizei sollen im Austausch mit Sozialarbeiter:innen langfristige Lösungen bieten können. Entscheidend ist für uns außerdem die Prävention. Eine Expert:innengruppe soll wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität entwickeln. Dazu gehören der Ausbau von Schulpsychologie und -sozialarbeit, Gewaltpräventionsworkshops, geschulte Jugendkontakt-Berater:innen, die Stärkung der Jugendpsychiatrie und Suchthilfe sowie mehr Mittel für Jugendhilfe und Organisationen wie „Neustart“, die mit straffälligen Jugendlichen arbeiten.

QUEERE KINDER UND JUGENDLICHE SCHÜTZEN

Wir fordern Schutz für queere Kinder und Jugendliche bezüglich ihrer sexuellen Orientierung, Identitätsentwicklung und Selbstbestimmung. Jegliche „Pseudo-Therapien“ oder Maßnahmen zur Änderung oder Unterdrückung ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sollen verboten werden. Auch nicht notwendige medizinische Behandlungen an intergeschlechtlichen Kindern sollen verboten sein. Geschlechtsverändernde Maßnahmen müssen immer die persönliche Entscheidung der betroffenen Person sein. Unser Anliegen ist es, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die so gestaltet sind, dass betroffene Jugendliche frei entscheiden können.

5.2.2 FAMILIE

GEMEINSCHAFTLICHE KINDERERZIEHUNG

In Österreich ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oft schwierig. Das gilt vor allem für Frauen, die den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten. Die Folgen sind Teilzeitarbeit, ein größerer Gender Pay Gap und erhöhte Altersarmut bei Frauen. Eines unserer Ziele ist daher eine gleichberechtigte Aufteilung der Sorgearbeit. Vorbilder wie Schweden und Island zeigen bereits, dass verpflichtende Karenzanteile für den zweiten Elternteil zu einer faireren Verteilung führen. Hier sollten wir ansetzen und konsequent für die notwendigen Anreize und Regelungen zur Erhöhung der Väterbeteiligung kämpfen.

ARBEIT UND FAMILIE – KEIN ENTWEDER-ODER

Um allen Paaren die gemeinschaftliche Kindererziehung zu ermöglichen, brauchen wir gleichberechtigte Arbeitszeitmodelle für faire Aufteilung von Erwerbsarbeit, Einkommen und Kindererziehung: Wir wollen eine partnerschaftliche Elternteilzeit zusätzlich zur bestehenden Elternteilzeit. Damit können Paare gemeinsam ihre Arbeitszeit reduzieren, um die Kinderbetreuung fair aufzuteilen. Wir möchten außerdem den Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung für alle Elternteile erleichtern.

ELTERN-KIND-PASS WEITER AUSBAUEN

Zum Wohle der Kinder in Österreich gilt es, in Zukunft die Leistungen durch nichtärztliches Personal – zum Beispiel Logopäd:innen, Diätolog:innen oder Zahnhygiene – zu erweitern. Wir fordern zudem, dass der Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr gültig ist.

MODERNES FAMILIENRECHT

Das Ehe- und Familienrecht sollte reformiert werden, um Kinderrechte zu stärken und gewaltbetroffene Frauen und Kinder besser zu schützen. Eine umfassende Reform soll ein modernes und inklusives Familienbild abbilden, einschließlich Regenbogenfamilien. Wir setzen uns für die vollständige rechtliche Anerkennung aller Familienformen und ihre Einbeziehung in den Ausbildungsplänen von Pädagogik-, Sozial- und Gesundheitsberufen ein. Denn nur eine inklusive Gesellschaft bietet wirklich allen Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten.

MODERNISIERUNG DER EHE UND EINGETRAGENEN PARTNERSCHAFT

Wir fordern, dass der Wechsel von einer eingetragenen Partnerschaft zur Ehe erleichtert wird. Die Ehe und eingetragene Partnerschaft sollten modernisiert und ins 21. Jahrhundert geholt werden. Daher muss in beiden Formen die Auflösung vereinfacht und das Verschuldensprinzip abgeschafft werden. In der Ehe sollten auch die Ehepflichten überarbeitet und an die Beschaffenheit moderner partnerschaftlicher Beziehungen angepasst werden.

KINDERBETREUUNGSGELD VEREINFACHEN

Das System des Kinderbetreuungsgeldes (KBG) ist kompliziert, bürokratisch und dadurch zusätzlich belastend für Familien. Es gibt zwei Varianten: Zum einen das einkommensabhängige KBG, das auf ein Jahr beschränkt ist und meist von Eltern mit höheren Einkommen gewählt wird, und zum anderen das pauschale KBG, das finanziell schlechter abschneidet. Diese Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen. Unser Ziel ist ein einfacheres und faireres KBG, das Eltern die Möglichkeit gibt, die Kinderbetreuung nach ihren Wünschen und nicht nach finanziellen Möglichkeiten zu gestalten.

ZENTRALE ANLAUFSTELLE - ÜNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN

Mit einer zentralen Anlaufstelle wollen wir werdenden Eltern und Jungfamilien in allen Bereichen eine nahtlose und effiziente Unterstützung bieten. Von der Krankenhausanmeldung bis zum Kinderbetreuungsgeld gibt es dort alle Informationen und Dienstleistungen aus einer Hand. Dies reduziert bürokratische Hürden und den Zeitaufwand, sodass sich Familien auf die Pflege und das Wohl ihrer Kinder konzentrieren können. Diese zentrale Anlaufstelle fördert zudem die Transparenz und den Zugang zu staatlichen Leistungen, was besonders Familien in schwierigen Lebenslagen zugutekommt.

REFORM FAMILIENBONUS

Für uns ist jedes Kind gleich viel wert. Jede Familie verdient die gleiche Unterstützung. Der aktuelle Familienbonus bevorzugt jedoch höhere Einkommensschichten und benachteiligt Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen. Wir fordern, dass der Familienbonus in voller Höhe allen Familien unabhängig vom Einkommen zugutekommt.

5.2.3 ÄLTER WERDEN OHNE SORGEN

GRÜNES PENSIONSMODELL

Unser Pensionsmodell stützt sich auf zwei Säulen. Eine ist die Grundpension, die aus Steuergeldern finanziert wird, allen ab einem Alter von 65 Jahren zusteht und vor Altersarmut und sozialer Ausgrenzung schützt. Die andere ist eine zusätzliche Pension, basierend auf den während des Arbeitslebens eingezahlten Beiträgen, die bis zu einer Höchstpension gehen kann. Dieses Konzept beendet teure Sonderpensionen und schafft ein einheitliches System mit gleichen Beitragsätzen, Berechnungs- und Zugangsregelungen, ohne dabei Mehrkosten zu verursachen.

MASSNAHMEN GEGEN DEN PENSION PAY GAP

Frauen leisten einen großen Teil der unbezahlten Care Arbeit und arbeiten daher oft nur in Teilzeit. Zusätzlich verdienen Frauen generell immer noch weniger als Männer. Dies führt folglich

auch zu einem Unterschied bei den Pensionen zwischen Männern und Frauen, der derzeit 34,4 % beträgt. Viele Frauen haben nicht mal einen eigenen Pensionsanspruch. Dieses Problem wollen wir lösen. Von unserem Pensionsmodell profitieren besonders Frauen, da sie eine Grundpension unabhängig von ihren Partner:innen und Beitragsjahren erhalten – zusätzlich zur SV-Pension.

ZEITGEMÄSSE SCHWERARBEITER:INNENPENSION

Was als Schwerarbeit gilt, orientiert sich immer noch oft an klassisch „männlichen“ Berufsbildern. Wir möchten eine Modernisierung der Voraussetzungen, die sich stärker an den beruflichen Realitäten von schwer arbeitenden Frauen orientiert, um mehr Fairness zu schaffen. Damit in Zukunft auch Frauen, die schwere Arbeit leisten, die ihnen zustehende Pension erhalten.

GESUNDES ALTERN: BEWEGUNGSEINHEITEN, ERNÄHRUNGSBERATUNG

Gesundheit ist ein grundlegender Wert, vielleicht sogar der wichtigste überhaupt. Dieser kann durch Prävention und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung nachhaltig und langfristig gestärkt werden – auch um Pflegebedürftigkeit und damit verbundene Kosten zu reduzieren. Besonders wichtig für gesundes Altern sind Angebote wie Community Nurses, Gesundheitskioske und Primärversorgungszentren mit niederschwelligem Zugang. Das Konzept des Social Prescribing, also das Einbeziehen nicht-medizinischer Faktoren, berücksichtigt zudem auch soziale und psychische Aspekte. Wir machen uns für die ganzheitliche Unterstützung älterer Menschen stark – inklusive Ernährungsberatung und Maßnahmen gegen Einsamkeit.

GEMEINSAM IST MAN WENIGER ALLEIN

Die Verantwortung, ein würdevolles und erfülltes Leben im Alter für alle zu gewährleisten, liegt bei der Gesellschaft. Bei uns allen. Wir sehen es als unsere Pflicht, Lösungsansätze gegen die Einsamkeit im Alter zu finden und Senior:innen die Möglichkeit zu geben, selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

5.2.4 PFLEGE

PFLEGEREFORMPAKETE

Mit einer wachsenden, älteren Bevölkerung wächst auch der Pflege- und Betreuungsbedarf. Diese große Herausforderung erfordert dringend nachhaltige Lösungen, damit sich Betroffene auch in Zukunft auf hochwertige und bezahlbare Pflegeangebote verlassen können. Wir haben bereits erste Maßnahmen ergriffen, um das Gesundheits- und Pflegesystem im Sinne der Betroffenen zu verbessern. Diese gilt es jetzt weiterzuentwickeln und auszubauen.

ERHÖHUNG DER LÖHNE

Auch wenn es eine wichtige Geste ist, leider zahlt Applaus keine Miete und Einkäufe. Wertschätzung muss sich letztendlich auch im Gehalt zeigen. Um mehr Menschen für die wichtigen Pflege- und Betreuungsberufe zu gewinnen, wollen wir diese Tätigkeiten attraktiver machen. Deshalb setzen wir uns für deutlich bessere Arbeitsbedingungen und höhere Bezahlungen ein.

SCHRITTWEISE ARBEITSZEITREDUKTION FÜR PFLEGE- UND BETREUUNGSKRÄFTE

Seit Jahren ist die Situation angespannt. Wir wollen zur nachhaltigen Entlastung der Pflegekräfte die Arbeitszeit bei gleichem Lohn reduzieren. Denn kürzere Arbeitszeiten fördern die Erholung und tragen dazu bei, dass Mitarbeiter:innen länger, gesünder und dadurch mit mehr Freude im Beruf bleiben können. Entscheidend dafür sind angemessene Arbeits- und Erholungszeiten sowie Dienstplansicherheit und ein unterstützendes Arbeitsumfeld. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung wollen wir, dass Pflegekräfte ab 40 Jahren eine zusätzliche Entlastungswoche erhalten, anstatt wie bisher erst ab 43 Jahren.

FINANZELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE PFLEGEAUSBILDUNG

Die zukünftige Pflegequalität muss gesichert sein. Ausschlaggebend dafür ist, frühzeitig die Deckung des Personalbedarfs zu planen. Daher wollen wir das Pflegestipendium auf alle Auszubildenden ausweiten und dadurch eine volle sozialversicherungsrechtliche Absicherung gewährleisten. Zudem muss das Stipendium valorisiert werden. Wir streben auch eine gesetzliche Regelung an, die alle Pflegeausbildungen kostenlos macht.

COMMUNITY NURSING

Der Wunsch vieler Menschen ist es, zu Hause gepflegt und betreut werden zu können. Dafür braucht es nicht nur den Ausbau mobiler Betreuungsangebote, sondern vor allem auch Prävention. Die Etablierung von Community Nurses in Österreich ist dabei ein wichtiger Schritt. Denn sie unterstützen ältere, zu Hause lebende Menschen und deren Familien bedarfsorientiert auf Gemeindeebene. Wir wollen, dass noch mehr Gemeinden von diesem Angebot profitieren und den Ausbau landesweit vorantreiben.

24-STUNDEN-BETREUUNG

Ein wichtiges Instrument für die häusliche Pflege ist die 24-Stunden-Betreuung, die seit 2007 gut gefördert wird. Für uns gilt es hier, die Qualität weiter zu sichern und die Betreuer:innen besser zu unterstützen. Denn viele von ihnen sind selbstständig und stehen unter erhöhtem Preisdruck. Um diese Lage zu entspannen, fordern wir, dass Bund und Länder ihre Sozialversicherungsbeiträge übernehmen.

PFLEGENDE ANGEHÖRIGE UNTERSTÜTZEN

Pflegende Angehörige können sich unter bestimmten Bedingungen für die Zeit der Pflege zu günstigen Konditionen in der Pensionsversicherung selbst versichern – auch wenn sie vorher nicht versichert waren. Diese Selbstversicherung ist auch rückwirkend möglich – aber nur bis zu zwölf Monate. Eine Ausnahme gibt's bei minderjährigen Kindern, für die sie bis zu zehn Jahre rückwirkend gilt. Wir fordern diese zehnjährige Rückversicherungsmöglichkeit für alle pflegenden Angehörigen.

5.3 BILDUNG DER ZUKUNFT

SO SCHAUT'S AUS

Eine gute Zukunft für unserer Kinder ist nicht verhandelbar. Ein wichtiger Grundstein für ihren Bildungsweg wird im Kindergarten gelegt. Qualifiziertes Personal fördert dort Kinder spielerisch und gezielt, auch in der Sprachentwicklung. Kindergärten bieten ein sicheres Umfeld außerhalb der Familie und unterstützen die emotionale und kognitive Entwicklung.

Allerdings wird in Österreich Bildung immer noch vererbt, wodurch individuelles Potenzial und die gesamtheitliche Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft gehemmt wird. Das führt dazu, dass nur 21 % der Österreicher:innen einen tertiären Abschluss haben, also von Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen – verglichen mit 34 % im OECD-Durchschnitt.

UNSERE VISION

Das Ziel unserer Ausbauoffensive Kindergarten ist, Bildungschancen zu erhöhen und Eltern zu entlasten. Gute Kindergärten ermöglichen die Berufstätigkeit der Eltern, senken die Teilzeitquote und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie reduzieren auch späteren Unterstützungsbedarf.

Zudem darf die Herkunft nicht über die Bildungschancen bestimmen. Kinder aus benachteiligten Verhältnissen brauchen mehr Unterstützung. Denn gute Bildung für alle bringt Wohlstand für

alle. Wir fördern daher ganztägige Schulen, spätere Trennung in Schultypen und einen ganzheitlichen Lernansatz.

Außerdem braucht es zur Bekämpfung des Fachkräftemangels eine Verbesserung der Lehre. Lehrstellen müssen besetzt werden, Betriebe besser informiert und klimarelevante Lehrberufe ausgebaut werden. Mit einer modernen Lehrlingsausbildung halten wir Österreich als Ausbildungsstandort attraktiv.

Und schließlich sind auch für den Hochschulsektor gesicherte Rahmenbedingungen essenziell, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, weshalb wir die akademische Ausbildung erweitern und stärken.

5.3.1 KINDERGARTEN

KINDERGARTENOFFENSIVE: HALBE-HALBE ENDLICH ERMÖGLICHEN

In Österreich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Herausforderung – besonders für Frauen, die oft den Großteil der unbezahlten Care Arbeit leisten und vom Gender Pay Gap betroffen sind. Unser klares Ziel ist daher: Halbe-Halbe. Wir setzen uns entschlossen für eine gleichberechtigte Elternschaft ein. Dazu planen wir den Ausbau ganztägiger Schulen und Kindergärten mit ausreichenden Öffnungszeiten. In den nächsten fünf Jahren sollen 50.000 zusätzliche Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen werden. Um dies zu ermöglichen, müssen die Arbeitsbedingungen in der Elementarpädagogik verbessert werden. Wir machen uns stark für einheitliche Standards und bessere Arbeitsbedingungen in allen Kindergärten.

RECHTSANSPRUCH AUF KINDERGARTENPLATZ AB DEM 1. GEBURTSTAG

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist oft schwierig, da qualitätsvolle Kindergartenplätze mit ausreichenden Öffnungszeiten rar sind. Wir haben bereits 4,5 Milliarden Euro in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert. Was wir wollen, ist ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, kostenlos und ganztägig, ab dem 1. Geburtstag. Dafür braucht es einen Stufenplan, mehr Räumlichkeiten und qualifiziertes Fachpersonal. Auch die Angebote für unter 3-Jährige müssen in allen Bundesländern ausgebaut werden – dies betrifft ebenso inklusive Kindergartenplätze für Kinder mit Behinderung oder Erkrankung.

2. VERPFLICHTENDES KINDERGARTENJAHR

Studien zeigen, dass der größte Lerneffekt durch einen mehrjährigen Kindergartenbesuch entsteht. Dadurch erhöht sich auch die Chancengerechtigkeit. Daher ist ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Kinder sinnvoll. Es ist die optimale Vorbereitung für den Bildungsweg und fördert den Spracherwerb bei Kindern ohne deutsche Erstsprache.

EINHEITLICHE MINDESTSTANDARDS FÜR GANZ ÖSTERREICH

Jedes Kind ist gleich viel wert und hat dementsprechend dieselbe Betreuungsqualität verdient. Daher fordern wir Mindeststandards für Gruppengrößen und Öffnungszeiten in einem Bundesrahmengesetz, wie man es vom Schulbereich kennt. Dafür braucht es eine Kompetenzverschiebung zwischen Bund und Ländern.

BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR PÄDAGOG:INNEN

Elementarpädagog:innen leisten unverzichtbare Bildungsarbeit. Ihre Arbeitsbedingungen in Österreich müssen jedoch verbessert werden. Dazu zählen gesellschaftliche Aufwertung, faire Entlohnung, ein einheitliches Dienstrecht, mehr Unterstützung durch Sozialarbeit, mehr Diversität und stärkere Beteiligung männlicher Pädagogen.



5.3.2 SCHULE

LÄNGERE GEMEINSAME SCHULE

Eine längere gemeinsame Schulzeit und die spätere Trennung der Kinder in verschiedene Schultypen haben viele Vorteile: Die spätere Trennung, wie sie internationale Vergleiche empfehlen, ermöglicht es den Kindern, ihre Stärken und Interessen besser zu entfalten. Innerhalb der Schulen gilt es, eine verstärkte Differenzierung und Individualisierung sicherzustellen, damit jedes Kind sein Potenzial erkennt und ausschöpft – ganz egal, ob mit Behinderung oder Hochbegabung. Erst später sollen sie sich für Gymnasium, berufsbildende Schule oder Lehrberuf entscheiden müssen. Für die wichtige Sprachförderung sehen wir eine Umsetzung im Klassenverband und bei Bedarf in Kleingruppen. So profitieren alle von der Vielfalt.

AUSBAU GANZTAGSSCHULE

Ganztägige Schulen bieten ein vielfältiges Angebot, indem sie Lernen, Üben, Freizeit, Sport und Musik verbinden. So können sie Nachteile aus dem Elternhaus ausgleichen und Chancengleichheit fördern. Wir fordern daher den Ausbau von Ganztagschulen, damit alle Kinder Zugang zu diesem Angebot haben. Ganztägige Schulformen sollten kostenlos sein. Im Fokus stehen die professionelle Lernbegleitung inklusive kreativer und sportlicher Aktivitäten und die Entlastung der Eltern.

BEDARFSGERECHTE MITTELVERTEILUNG

Schulstandorte mit größeren Herausforderungen benötigen mehr Ressourcen und Personal. Die aktuelle Mittelvergabe pro Schüler:in ist nicht bedarfsgerecht. Wir wollen daher, dass die verfügbaren Ressourcen gezielt nach tatsächlichem Bedarf verteilt werden, unterstützt durch einen Index. Zudem fordern wir einen Finanzierungsfonds für Schulveranstaltungen an benachteiligten Standorten. Das gewährleistet, dass wichtige Exkursionen und Workshops für die Kinder und Jugendlichen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern machbar sind.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ, DIGITALISIERUNG UND BILDUNG MITEINANDER VEREINEN

Eine digitale Zukunft setzt voraus, dass Digitalisierung und Künstliche Intelligenz auch im Bildungswesen fest verankert sind. Schulen sollen daher wichtige Kompetenzen für den verantwortungsvollen Umgang mit KI und digitalen Medien vermitteln, einschließlich ethischer Fragen. KI bietet zahlreiche Chancen für spielerisches Lernen und unterstützt Pädagog:innen bei der Individualisierung des Unterrichts. Das erhöht sowohl die Inklusion als auch die Bildungschancen. Dabei sollen menschliche Kreativität sowie direkte und persönliche Erlebnisse stets im Mittelpunkt stehen, während Routinearbeiten von der KI übernommen werden. Deshalb braucht es auch neue Definitionen und Formen für Leistungsbeurteilungen, Abschlussprüfungen oder Schulübertritte. Entscheidend für diese umfassenden Fragestellungen sind eine technische Grundausstattung, kontinuierliche Fortbildungen für Lehrkräfte und ein KI-Think-Tank.

STÄRKUNG SCHULAUTONOMIE

Schulen kennen ihre Bedürfnisse am besten. Darum sollten sie ihre pädagogischen Konzepte autonom gestalten können, gemäß der Bedürfnisse ihrer Schüler:innen. Diese Autonomie muss stärker gefördert und die bestehende Bürokratie abgebaut werden.

ALTERNATIVE LEISTUNGSBEURTEILUNG

Individuelle Lernprozesse und soziale Kompetenzen sollen in der Schule stärker berücksichtigt werden. Unser Ziel ist es, dass Lehrkräfte als Lernbegleiter:innen regelmäßiges Feedback über den Fortschritt geben – nicht zwingend mit Noten, sondern auch mit alternativen Leistungsbeurteilungen. Am Ende der Schulzeit erhält jede:r Schüler:in ein individuelles Stärkenportfolio mit Dokumentationen von Projekten, außerschulischen Leistungen und Talente-Checks, das bei der Studien- und Berufswahl hilft.

5.3.3 LEHRE

LEHR-OFFENSIVE FÜR GREEN JOBS

Eine klimafreundliche Wirtschaft erfordert neue Fähigkeiten – auch in der Lehre. Wir setzen uns dafür ein, dass klimarelevante Inhalte sowohl in der Ausbildungsordnungen als auch in der Weiterbildung von Ausbilder:innen integriert werden. Zudem sollen mehr Jugendliche für Lehrausbildungen in Berufen rund um Klimaschutz begeistert werden.

BEWUSSTSEIN IN BETRIEBEN SCHAFFEN

Über 80 % von Österreichs Betrieben leiden unter Arbeits- und Fachkräftemangel. Bei rund 210.000 unbesetzten Lehrstellen haben Betriebe große Schwierigkeiten, passende Lehrlinge zu finden. Das liegt auch daran, dass Kleinst- und Kleinunternehmen oft nicht über Fördermöglichkeiten informiert sind. Wir plädieren für eine aktive Informationsstrategie, um diese Lehrstellen zu besetzen.

KURSGEBÜHREN ABSCHAFFEN

Die Abschaffung der Prüfungsgebühren für Meister- und Befähigungsprüfungen war ein guter Anfang. Doch für uns ist klar: Jetzt müssen auch die Kursgebühren wegfallen, um sicherzustellen, dass genügend Fachkräfte ausgebildet werden.

VERBESSERUNGEN BEI AUSBILDUNG

Manche Lehrberufe sind nicht mehr am neuesten Stand. Diese müssen dringend modernisiert werden, um den heutigen und zukünftigen Bedürfnissen zu entsprechen, wie wir es bereits bei der Koch-Lehre vorgemacht haben. Wir haben daher die Ausbildung zur vegetarisch/pflanzlichen Fachkraft auf den Weg gebracht, die 2025 starten soll und dem Fachkräftemangel entgegenwirken wird.

5.3.4 PÄDAGOG:INNEN

PÄDAGOG:INNEN STÄRKEN

Pädagog:innen erbringen eine wichtige Leistung für die ganze Gesellschaft, indem sie Wissen vermitteln, Orientierung geben, Interessen wecken, und auch Grenzen aufzeigen. Wir wollen die besten Talente für diesen anspruchsvollen Beruf gewinnen. Dafür sind eine fundierte Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen notwendig. Dazu gehören die Vermeidung fachfremden Unterrichts und Schutzrechte für studierende Pädagog:innen – in Form einer halben Lehrverpflichtung, keiner Klassenvorstandstätigkeit und intensiver Begleitung durch Mentor:innen.

LEHREN ALS TEAMARBEIT

Bildung ist echte Teamarbeit. Denn sie erfordert nicht nur die Expertise von Pädagog:innen, sondern auch von Administrativkräften, Logopä:innen, Freizeit-, Musik- und Sportpädagog:innen, Schulsozialarbeiter:innen, Psycholog:innen und Schulärzt:innen. Zur Verbesserung dieses Systems fordern wir eine Reform der Schulorganisation, die die Bildungs- und Freizeit-Einheiten am Vor- und Nachmittag zusammenführt und sämtliche Berufsgruppen auf Augenhöhe zusammenarbeiten lässt. Multiprofessionelle Teams sollen Lehrkräfte entlasten und die Verzahnung von Unterricht und Freizeit optimieren. Zudem wollen wir die Schulsozialarbeit stark ausbauen.

DIVERSITÄT - ROLLENBILDER

Pädagog:innen sind Vorbilder und prägen maßgeblich unseren Blick auf die Welt. Damit dieser Blick noch vielfältiger und repräsentativer wird, wollen wir mehr Pädagog:innen mit Behinderungen, Migrationshintergrund oder Mehrsprachigkeit in Schulen und Kindergärten – für eine inklusive und diverse Abbildung der Gesellschaft. Wir wollen auch eine regelmäßige Schulung der Sensibilisierungskompetenzen auf allen Ebenen der Grund- und Weiterbildung von Pädagog:in-

nen für einen guten Umgang mit allen Schüler:innen, damit diese – ob mit LGBTIQ+-Community Zugehörigkeit, Migrations- oder Fluchtgeschichte oder Unterstützungsbedarf aufgrund von Behinderungen – ausreichend berücksichtigt werden.

5.3.5 HOCHSCHULE

WISSENSCHAFTSBETRIEB STÄRKEN

Wissenschaft und Forschung sind das Fundament für gesellschaftlichen Fortschritt. Wir wollen nachhaltige politische Rahmenbedingungen und optimale Arbeitsbedingungen im tertiären Bildungssektor schaffen. Das umfasst planbare Karrierewege, Geschlechtergerechtigkeit und effiziente Talentförderung. Ein Kollektivvertrag im Fachhochschulgesetz soll ermöglicht und prekäre Dienstverhältnisse an Hochschulen bekämpft werden. Wir streben stärkere internationale Mobilität und die Beseitigung struktureller Diskriminierung von Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und LGBTIQ+ Personen an. Außerdem müssen neben Publikationen und der Einwerbung von Drittmitteln auch die Lehrleistungen bei der Leistungsbeurteilung berücksichtigt werden. Und nicht zu vergessen: Die Freiheit der Wissenschaft erfordert den konsequenten Schutz vor politischen und wirtschaftlichen Einflüssen.

STUDIERENDE FINANZIELL ABSICHERN

Unsere Position ist klar: Alle Menschen, die studieren wollen und die Voraussetzungen erfüllen, sollen auch studieren können. Wir plädieren für die gesetzliche Einführung von Teilzeitstudien sowie eine Verbesserung der Voraussetzungen und Erhöhung der Studienbeihilfe für Studierende mit Behinderung. Zur Reduktion finanzieller Barrieren und der Abhängigkeit von den Eltern planen wir eine Revolutionierung des aktuell völlig unzureichenden Stipendiensystems: Das schaffen wir mit der Einführung eines Grundstipendiums, das allen ermöglicht, im Laufe ihres Lebens ein Studium abzuschließen. Zusätzlich wollen wir die Benachteiligung von Drittstaatsstudierenden durch doppelte Studiengebühren beenden und die Förderung von öffentlichen Studierendenwohnheimen wiedereinführen.

UNIVERSITÄTSORGANISATION UND FINANZIERUNG

Wir sind für die Abschaffung der Kurien – die Verwaltung der Universitätsangehörigen, getrennt nach Rang und Bildungsgrad – und die Einführung einer einheitlichen Kategorie für Hochschullehrende. Zudem fordern wir, dass die Finanzierung der Hochschulen auf 2 % des BIP erhöht wird.

5.3.6 ERWACHSENENBILDUNG

Lebensbegleitende Erwachsenenbildung muss in Österreich kostengünstig und flächendeckend zugänglich sein. Dafür braucht es eine strategische Ausrichtung, die vielfältige und qualitätsgesicherte Angebote fördert und weiterentwickelt. Das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz von 1973 muss daher dringend an die modernen Rahmenbedingungen wie die Digitalisierung angepasst werden. Die Konferenz der Erwachsenenbildung soll gestärkt und autonom werden. Zudem gilt es, eine langfristige Finanzierung durch Valorisierung sicherzustellen.

5.4 GESUNDHEIT

SO SCHAUT'S AUS

Österreichs Gesundheitssystem zählt zu den besten Europas. Deshalb braucht es konkrete Maßnahmen, um diesen Status zu erhalten. Schon länger bestehende, strukturelle Probleme wie die Überlastung der Ambulanzen und der Mangel an niedergelassenen Kassenärzt:innen erfordern eine umfassende Reform und eine bessere Zusammenarbeit der Bundesländer. Es gilt vor allem, den stationären Bereich zu entlasten und die Versorgung in Tageskliniken sowie Ambulanzen zu stärken. Dafür muss die integrierte Versorgung ausgebaut werden – insbesondere bei Krebs, Diabetes und komplexen postinfektiösen Syndromen wie ME/CFS.

Ein Bereich, der noch immer unter Versorgungslücken leidet, ist die psychische Gesundheitsversorgung. Ein besonders dramatischer Mangel herrscht bei Therapieplätzen, die vorhandenen sind für viele unerschwinglich. Zudem besteht auch in der Medizin Geschlechterungleichheit. Bedürfnisse von Frauen werden oft übersehen, sei es in der Medikamentenentwicklung oder bei der Diagnostik spezifischer Symptome.

UNSERE VISION

Gesundheit allen zugänglich machen – unabhängig vom Einkommen. Wir setzen uns für eine Gesundheitsversorgung ohne lange Wartezeiten ein, die durch Chancengerechtigkeit und Solidarität geprägt ist. Die zwei-Klassen-Medizin muss bekämpft werden. Eine langfristige Finanzierungssicherheit ist dabei entscheidend, um allen Menschen klare und einfach zugängliche Hilfe bieten zu können. Besonders wichtig ist uns ein bezahlbarer Zugang zur Behandlung psychischer Erkrankungen. Unsere Gesundheitsreform, die mit ihrer Devise „digital vor ambulant vor stationär“ vermehrt auf digitale Lösungen setzt, ist erst der Anfang. Jetzt gilt es, diese Maßnahmen zu festigen und unser Gesundheitswesen ins 21. Jahrhundert zu führen.

5.4.1 E-CARD STATT KREDITKARTE

EINHEITLICHE SOZIALVERSICHERUNG

Wir treten für eine einheitliche Sozialversicherung für alle ein – mit gleichen Zugangs-, Berechnungs- und Leistungsregelungen. Unser Vorschlag zur optimalen Sozialversicherungsstruktur sieht jeweils einen Träger pro Versicherungssparte vor (d.h. Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung) mit neun regionalen Stellen, um Verantwortlichkeiten klar zu definieren.

MEHR KASSENSTELLEN, SCHNELLERE HILFE

Österreich hat mit über 50.000 zugelassenen Fachkräften die höchste Dichte an Mediziner:innen in Europa. Aktuell sehen wir uns aber mit einem Verteilungsproblem konfrontiert, da es zu wenige Kassenärzt:innen und zu viele Wahlärzt:innen gibt. Unsere Aufgabe ist es, junge Ärzt:innen für unsere Kassenstellen und Krankenhäuser zu gewinnen. Das erreichen wir mit attraktiven Arbeitsrahmenbedingungen z. B. in Primärversorgungszentren und durch mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Gesundheitsberufen. Zudem streben wir die Schaffung von 500 zusätzlichen Kassenstellen an, um die wohnortnahe Versorgung auszubauen.

KÜRZERE WARTEZEITEN FÜR TERMINE BEI FACHÄRZT:INNEN

Es braucht dringend eine Offensive zur Förderung von Fachärzt:innen in unterversorgten Bereichen. Speziell Kindermedizin, Augenheilkunde und Kinder- und Jugendpsychiatrie sind betroffen. Wir setzen uns für die Etablierung geeigneter Versorgungsstrukturen ein.

BARRIEREFREIHEIT VON ÄRZT:INNENPRAXEN

Viele Ärzt:innenpraxen in Österreich sind nicht barrierefrei – auch mit Kassenvertrag. Hierzu braucht es einen verbindlichen Etappenplan, der sämtliche Praxen, besonders jene von Kassenärzt:innen, barrierefrei macht. Auch eine barrierefreie Ausstattung der Praxen ist dabei zu berücksichtigen.

SOCIAL PRESCRIBING AUF KASSENLEISTUNG

Social Prescribing ist ein vielversprechender Ansatz, der die psychosozialen Bedürfnisse und soziale Gesundheit von Menschen stärker miteinbezieht. Durch den gezielten Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten werden das Wohlbefinden und die aktive Beteiligung an der medizinischen Versorgung gefördert. Besonders für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ist dieser Ansatz wichtig, um psychosoziale Bedürfnisse besser zu adressieren. Eine zentrale Rolle spielen hierbei Primärversorgungseinheiten, Gruppenpraxen und auch Einzelordinationen. Social Prescribing leistet so einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Präventivarbeit und höheren Lebensqualität im Alter.

POSTVIRALE / POSTINFEKTIÖSE SYNDROME

Ob Long-Covid oder das weniger bekannte, aber bereits seit 1969 als Erkrankung klassifizierte ME/CFS: Postvirale/Postinfektiöse Syndrome sind schwere Erkrankungen, die oft zu erheblichen Einschränkungen bis hin zur Bettlägerigkeit und Pflegebedürftigkeit führen. Viele Betroffene haben keinen Zugang zu angemessener Versorgung und werden oft stigmatisiert. Deshalb fordern wir den Auf- und Ausbau geeigneter Behandlungsstrukturen, öffentliche Anerkennung, soziale Absicherung und eine ausreichende Finanzierung für Forschung und Behandlungen, um die Lage der Betroffenen nachhaltig zu verbessern.

5.4.2 MEDIKAMENTENSOUVERÄNITÄT

LEISTBARE MEDIKAMENTE

Wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen jederzeit Zugang zu wirksamen und leistbaren Medikamenten haben – und zwar überall in der EU. Unserer Ansicht nach ist ein europäisches Pharma-Paket nötig, um auf Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz sowie den Zugang zu Innovationen für alle EU-Staaten zu fokussieren. Eine starke Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten ist dafür entscheidend. Lieferengpässe können vermieden werden, indem wir die Produktion wichtiger Medikamente und Wirkstoffe wieder in die EU verlagern und uns unabhängig von Importen machen. Bei der Herstellung von Penicillin in Tirol ist das bereits gelungen. Durch den gemeinsamen Einkauf auf EU-Ebene werden alle sicher versorgt. Und das auch noch zu einem besseren Preis als durch ein Wettbieten um die Lieferungen der Pharma-Konzerne. Wenn ein neues Medikament in der EU zugelassen werden soll, muss es auch in allen europäischen Sozialversicherungen angeboten werden – damit es auch garantiert leistbar auf Rezept in der Apotheke erhältlich ist.

5.4.3 MEDIZINISCHE BETREUUNG ERWEITERN

LEISTBARER ZUGANG ZU PSYCHISCHEN GESUNDHEITSLAISTUNGEN

Damit alle schnell die Hilfe erhalten, die sie benötigen, sollen die Kassenstunden für Psychotherapie und psychologische Beratung verdoppelt werden. Ein einheitlicher Gesamtvertrag, der alle relevanten Berufsfelder umfasst, soll gewährleisten, dass Besuche bei Psychiater:innen, Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen von der Kasse übernommen werden.

PRÄVENTIONSKRÄFTE

Im Berufsalltag und in Schulen braucht es spürbar mehr Präventionskräfte für die psychosoziale Versorgung. Sämtliche Themen rund um psychische Gesundheit gehören endlich enttabuisiert und in die Mitte der Gesellschaft gebracht.

PSYCHISCHE GESUNDHEIT VON JUNGEN MENSCHEN STÄRKEN

Unsere Initiative „Gesund aus der Krise“ bietet Kindern und Jugendlichen schnellen, kostenlosen Zugang zu klinischen Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen. Über 30.000 Betroffene wurden bereits unterstützt. Doch es sind noch weitere Maßnahmen zur psychischen Versorgung junger Menschen notwendig. Darum wollen wir einen massiven Ausbau der Psychotherapieplätze auf Krankenkassa in der Sachleistungsversorgung.

5.4.4 SYSTEM ENTLASTEN

AUGENMERK AUF PRÄVENTION

Sie fördert die Gesundheit und ist zudem langfristig deutlich kostengünstiger: Prävention. Besonders bei jungen Menschen legt sie den Grundstein für ein gesundes Leben und fördert die gesundheitliche Chancengerechtigkeit. Wir setzen deshalb auf finanzielle und sachliche Anreize für gesundheitsfördernde Maßnahmen – wie beispielsweise den Zugang zu Sportkursen – sowie Präventionsprogramme wie Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen und Gesundheitskompetenz.

APOTHEKEN AUFWERTEN

Apotheken sollen noch stärker als Gesundheits-Kompetenzzentren etabliert werden, zahlreichen internationalen Beispielen folgend, künftig soll z. B. auch in Apotheken geimpft werden können.

AMBULANT VOR STATIONÄR – AUSBAU PVE

Mit dem Ausbau der Primärversorgungseinheiten (PVE) konnten wir die Gesundheitsversorgung verbessern, Krankenhäuser entlasten und Budgetmittel einsparen. In PVEs arbeiten Hausärzt:innen mit verschiedenen Gesundheits- und Sozialberufen zusammen, um Patient:innen wohnortnah und umfassend zu versorgen. Sie bieten lange Öffnungszeiten, schnelle Termine und ein breites Angebot, einschließlich Gesundheitsförderung und Prävention, insbesondere für chronisch Kranke. Durch die gesetzlichen Änderungen und die EU-Mittel hat sich die Anzahl der PVEs in Österreich innerhalb von sechs Monaten fast verdoppelt. Wir wollen dieses Momentum nutzen und PVEs langfristig etablieren und weiter ausbauen.

KOMPETENZEN ANPASSEN

Wir wollen, dass unser bestens ausgebildetes, nichtärztliches Personal – wie Pflegekräfte und die medizinisch-diagnostisch-therapeutischen Berufsgruppen – entsprechend den erlernten Kompetenzen eingesetzt wird. Das entlastet nicht nur das Gesundheitssystem, sondern verbessert auch die Zugänglichkeit und erhöht die Versorgungsqualität. Der internationale Vergleich zeigt, dass Länder die das umsetzen, eine bessere Patient:innenversorgung haben.

REFORM FÜR SANITÄTER:INNEN

Eine Reform des Sanitätergesetzes ist erforderlich, um eine international vergleichbare Ausbildung und einen Berufsschutz für hauptamtliche Sanitäter:innen zu gewährleisten. Das verbessert einerseits die Notfallversorgung und verhindert andererseits die Nutzung von Rettungsdiensten als „Transportunternehmen“. Wir wollen zudem, dass Sanitäter:innen leichter in andere Gesundheitsberufe wechseln können.

GESUNDHEITSKIOSKE

Besonders infrastrukturschwache Gebiete profitieren von Gesundheitskiosken. Denn sie bieten eine niederschwellige Anlaufstelle, die von Expert:innen aus Gesundheitsförderung, Pflege, Case- und Care-Management, Sozialarbeit und Psychotherapie betreut werden. Diese Kioske sind zentral gelegen, barrierefrei, mehrsprachig und kostenlos zugänglich. Sie unterstützen durch um-

fassende Beratung und helfen Patient:innen, sich im Gesundheitssystem zurechtzufinden. Zum Beispiel, indem sie regionale Angebote koordinieren – von medizinischer Versorgung bis hin zu sozialen Unterstützungsleistungen.

5.4.5 FRAUEN- UND REPRODUKTIVE GESUNDHEIT

FRAUENGESUNDHEITZENTREN

Wir treiben die finanzielle Förderung und den Ausbau von Frauengesundheitszentren in Österreich weiter entschlossen voran. Es gilt eine niederschwellige Gesundheitsversorgung für Frauen nachhaltig sicherzustellen.

GENDERMEDIZINISCHE FORSCHUNG

Österreichs Bevölkerung besteht zu über 50 % aus Frauen. Dennoch wird in der Medizin oft der männliche Körper als Norm betrachtet. Das kann zu folgenschweren Fehldiagnosen führen. Wir setzen uns daher für den Schutz der Frauengesundheit und gendermedizinische Forschung ein. Unsere Forderung ist klar: Es braucht verpflichtende Lehrstühle und Lehrpläne für Gendermedizin an Österreichs Medizinuniversitäten und deutlich mehr Schwerpunkte für die gezielte Erforschung frauenspezifischer Erkrankungen wie zum Beispiel Endometriose.

NATIONALER AKTIONSPLAN FÜR FRAUENGESUNDHEIT

Unser Ziel für diesen Nationalen Aktionsplan (NAP) ist eine rasche Verbesserung der Gesundheitsversorgung aller Frauen in Österreich. Zentral dafür sind Diagnosen und Therapien, die auf den weiblichen Körper abgestimmt sind. Mit einem verpflichtenden Frauengesundheitsbericht wollen wir zudem bestehende Wissenslücken schließen und erlassen notwendige Maßnahmen für ein gesundes Leben für alle Frauen.

SELBSTBESTIMMTE REPRODUKTION

Wir erachten eine selbstbestimmte Familienplanung als hohes Gut. Das beinhaltet auch die Legalisierung des Social Egg Freezings und die Ausweitung der künstlichen Befruchtung. Frauen sollen ihre Eizellen ohne medizinische Notwendigkeit einfrieren und Zugang zu künstlicher Befruchtung erhalten können. Diese Möglichkeiten sollen für alle Familienmodelle gelten, ganz unabhängig vom Beziehungsstatus. Wir wollen, dass jede Frau ihren Kinderwunsch selbstbestimmt und mit finanzieller Unterstützung verwirklichen kann.

BEWUSSTSEIN FÜR SEXUELLE GESUNDHEIT FÖRDERN

Die Themen Geschlechtskrankheiten und sexuelle Gesundheit sind nach wie vor sehr schambehaftet. Dabei ist es äußerst wichtig, neben der Notwendigkeit von Konsens bei allen Formen von Intimität, den Status seiner sexuellen Gesundheit zu kennen. Wir wollen daher Bewusstsein schaffen für dieses immer noch tabuisierte Thema. Eine entscheidende Maßnahme dafür ist der niederschwellige und kostenlose Zugang zu Testmöglichkeiten – denn das stärkt sowohl die eigene Gesundheit als auch die der Sexualpartner:innen.

GRATIS ZUGANG ZU VERHÜTUNG UND MENSTRUATIONSARTIKEL

Verhütung sollte eine Verantwortung sein, die man hürdenlos übernehmen kann. Darum setzen wir uns für kostenfreie Verhütungsmittel in Österreich ein. So unterstützen wir eine selbstbestimmte Familienplanung, reduzieren ungewollte Schwangerschaften und schützen vor Geschlechtskrankheiten.

Das wäre auch eine spürbare finanzielle Entlastung, besonders für junge Frauen. Ein diesbezüglich großer Erfolg ist der von uns halbierte Steuersatz auf Menstruationsartikel – denn wir sind uns sicher alle einig: Bluten ist ganz sicher kein Luxus. Unser nächster Schritt ist die Bereitstellung kostenloser Menstruationsartikel, um die reproduktive Selbstbestimmung der Frauen weiter zu

stärken. Zudem braucht es für Frauen mit Lernschwierigkeiten barrierefreie Sexualaufklärung und Beratung – beispielsweise auch in leichter Sprache – weil diesen häufig ohne ihr Wissen Verhütungsmittel verabreicht werden.

RECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Die Möglichkeit für einen sicheren und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in allen öffentlichen Krankenhäusern Österreichs sollte Normalität sein. Zusätzlich streben wir an, den telemedizinisch begleiteten medikamentösen Schwangerschaftsabbruch landesweit verfügbar zu machen, gerade in Regionen mit schlechter Versorgung. Um den legalen Zugang langfristig zu sichern, befürworten wir die Verankerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung. Wir wollen außerdem, dass die Abtreibungspille Mifegyne auch von allgemeinen Hausärzt:innen ausgegeben werden kann. Das ist entscheidend, um den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch weiter zu erleichtern und die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen zu fördern. Dafür gehören für uns auch Schutzzonen vor Beratungsstellen und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, sowie ein Straftatbestand für Gehsteigbelästigung gegen radikale Abtreibungsgegner:innen nach Vorbild Deutschlands.

HEBAMMENBETREUUNG ERMÖGLICHEN

Hebammen nehmen eine zentrale Rolle in der Schwangerschaftsbetreuung ein – sowohl bei der Geburt als auch in der Nachsorge. Sie sind besonders wichtig für sozial benachteiligte Familien, erkennen frühzeitig gesundheitliche Probleme von Mutter und Kind und bieten entsprechende Unterstützung. Doch es herrscht Hebammenmangel. Mit einer Bedarfsanalyse und Erhöhung der Ausbildungsplätze in ganz Österreich soll Abhilfe geschaffen werden. Ein weiteres Ziel ist die Intensivierung und bessere Finanzierung der Hebammenbetreuung. Ausschlaggebend ist die Bereitstellung von mehr Kassenhebammen, die mit angemessenen Kassentarifen bezahlt werden, um eine ausreichende Betreuung nach der Geburt auch für Frauen ohne Wahlhebamme sicherzustellen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR STERNENMAMAS

Der Verlust eines ungeborenen Kindes ist für die Eltern, doch ganz besonders für Mütter, eine schwere psychische und physische Belastung. Das österreichische Recht unterscheidet zwischen Fehlgeburten (Geburtsgewicht unter 500 Gramm, keine Lebenszeichen) und Totgeburten (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm, keine Lebenszeichen). Daraus folgen unterschiedliche Ansprüche hinsichtlich Mutterschutz, Beschäftigungsverbot und Wochengeld. Wir fordern eine Angleichung dieser Definitionen, damit nicht wenige Gramm den Unterschied bei den Ansprüchen ausmachen. Eine Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsument:innenschutz sowie des Bundeskanzleramts prüft daher die Erweiterung der Definition von Totgeburt um eine zusätzliche Schwangerschaftswochengrenze und die damit verbundenen Ansprüche.

5.4.6 DIGITALISIERUNG – DIGITAL VOR AMBULANT VOR STATIONÄR

TERMINBUCHUNGSSYSTEM

Der einfache Zugang zu Kassenärzt:innen und PVEs ist für uns essenziell. Ein Online-Terminbuchungssystem soll künftig die Terminvergabe unkompliziert gestalten, den schnellsten verfügbaren Termin anzeigen und die Zeitressourcen von Patient:innen und Ärzt:innen effizient nutzen.

TELEMEDIZIN

Telemedizin hat enormes Potenzial, denn sie bietet nicht nur kosteneffiziente, sondern auch hochwertige Gesundheitsversorgung – vor allem auch in abgelegenen Gebieten. Wir wissen bereits, dass sie gerade bei chronischen Herz-Kreislaufkrankheiten und Diabetes besonders nützlich ist, da sie die autonome Lebensführung stärkt und Vitalparameter durch sie besser überwacht sind.

Einer der großen Vorteile ist, dass durch die Telemedizin die Zeit zwischen Beschwerdebeginn und medizinischer Hilfe drastisch verkürzt wird.

1450 – IMMER ERREICHBAR

Wir wollen 1450 zur vielseitigen 24/7-Anlaufstelle für medizinische Unterstützung machen. Diese Nummer ermöglicht dann telemedizinische Hilfe, Erstdiagnosen und Terminvereinbarungen in Primärversorgungszentren oder bei niedergelassenen Ärzt:innen. Bei Bedarf alarmiert sie auch den Rettungsdienst.

EUROPEAN HEALTH DATA SPACE

Die Covid-19-Pandemie hat die Bedeutung europäischer Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich deutlich gemacht. Wir befürworten daher einen europäischen Health Data Space – vorausgesetzt, dass alle Datenschutzbedenken ausgeräumt werden. Dennoch sind wir der Meinung, dass es einen gemeinsamen Datenaustausch braucht, um zukünftige Krisen besser zu bewältigen und den globalen Lebensstil der Europäer:innen zu unterstützen.

APPS ZUR GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Gesundheits-Apps sind besonders gut für die Prävention geeignet. Denn sie überwachen zum Beispiel den Blutzuckerspiegel sowie den Blutdruck und können bei auffälligen Schwankungen dabei helfen, schnell die passenden Ärzt:innen zu konsultieren. So werden relevante Praxisbesuche nicht hinausgeschoben. Zudem kann dadurch auf Veränderungen frühzeitig und effektiv reagiert werden. Wesentlich bei diesen Apps ist die vollständige Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen.

5.5 SPORT UND KULTUR

5.5.1 SPORT

SO SCHAUT'S AUS

Sport und Bewegung sind zentrale Bestandteile für die Gesundheit der Menschen, sie fördern Lebenszufriedenheit und auch den sozialen Zusammenhalt. Darüber hinaus hat Sport positive Auswirkungen auf den Tourismus und unsere Wirtschaft. Nach den Beeinträchtigungen infolge der Pandemie sorgte unsere Initiative #comebackstronger dafür, dass sich die Sportvereine wieder über steigende Mitgliederzahlen freuen durften.

UNSERE VISION

Wir sind fest davon überzeugt: Je mehr Menschen in Österreich Sport treiben, desto besser ist es für das ganze Land. Mit unserer Sportpolitik fördern wir daher den Breitensport für alle – durch niederschwellige Bewegungsprogramme, intakte Infrastruktur und soziale Barrierefreiheit. Der Sozialbonus ermöglicht sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen kostenfreien Vereins-sport und fördert dadurch auch die integrative Wirkung des Sports. Weiters soll eine landesweite Mountainbike-Strategie als Grundlage dienen, um das legale Streckennetz zu erweitern und Naherholung sowie Tourismus zu stärken. Als Inklusionsmaßnahme wollen wir zudem den flächendeckenden Einsatz von Bewegungs- und Informationscoaches, um Menschen mit Behinderungen zu mehr Sport zu motivieren und zusätzlichen Nachwuchs für den Behindertensport zu gewinnen.

ÖKOLOGISIERUNG DES VEREINSSPORTS

Die Energiewende ist ein Team-sport – und Österreichs Sportvereine sollen ein Teil davon sein. Daher wollen wir, dass Beratungsleistungen und Spezialförderungen für Maßnahmen zur Erreichung

von Klima- und Umweltzielen weiter ausgebaut werden. Der Fokus liegt hierbei auf thermischen Gebäudesanierungen und der Reduzierung von Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen.

BERUFSSPORTGESETZ

Österreichs Sport ist endlich mit substanziell erhöhten Mitteln ausgestattet. Für uns ist das auch der Startschuss für die Umsetzung gesetzlicher Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist ein Berufssportgesetz, das sowohl Rechtsunsicherheiten als auch rechtswidrige Zustände im Sport beseitigt und darüber hinaus die Arbeitsbedingungen klar regelt.

FRAUEN- UND MÄDCHENSPO RT FÖRDERN

Frauen- und Mädchensport haben sich zwar sehr gut entwickelt, doch es bedarf noch weiterer Anstrengungen. Wir kämpfen daher entschlossen dafür, dass die Gleichstellung weiterhin konsequent vorangetrieben wird – vor allem durch gezielte Förderungen und Chancengleichheit. Ein Kulturwandel ist dringend nötig, um die männliche Dominanz in Sportverbänden zu brechen und Themen wie die Prävention von sexueller Gewalt zu betonen. Wichtige Initiativen wie das Gender-Trainee-Programm, Dream-Teams und die Vertrauensstelle vera* sollen nachhaltig gesichert und erweitert werden. Außerdem sind Geschlechterquoten in der Sportförderung und die Anerkennung von LGBTQ+-Sportler:innen weitere entscheidende Schritte auf dem Weg zu einem offenen und fairen Umfeld im Breitensport.

SPORTFÖRDERUNG – STANDARDS HALTEN UND AUSBAUEN

Durch die deutlich erhöhte Sportförderung konnten Österreichs Spitzensport und Nachwuchsförderung gestärkt sowie die Trainingsumfeldbetreuung professionalisiert werden. Jetzt gilt es, das Bundes-Sportförderungsgesetz weiterzuentwickeln und die Empfehlungen des Rechnungshofes noch stärker zu berücksichtigen. Zudem muss die Fördervergabe noch mehr an die Umsetzung der neu geschaffenen Good-Governance-Standards gekoppelt werden, um mehr Transparenz, Teilhabe, Gleichstellung, Nachhaltigkeit und Kinder- und Gewaltschutz zu schaffen.

INFRASTRUKTUROFFENSIVE

Österreich setzt derzeit große Sportinfrastrukturprojekte um – wie das ÖFB-Trainingszentrum und den Eiskanal Igls – und plant bereits weitere. Ein besonders ehrgeiziges Vorhaben ist die Errichtung einer Multifunktionsarena, die auch gerne als „Nationalstadion“ bezeichnet wird. Unser Ziel ist es, ein durchdachtes und auch ökologisch-nachhaltiges Konzept zu entwickeln, das alle miteinbezieht und sowohl die Interessen der Steuerzahler:innen berücksichtigt als auch für private Investor:innen attraktiv ist.

EHRENAMT IM SPORT WERTSCHÄTZEN UND FÖRDERN

Ehrenamtliches Engagement im Sport ist unverzichtbar und gehört dementsprechend gestärkt. Das haben wir durch die Erhöhung der pauschalen Reisekosten- und Aufwandsentschädigung, die Erweiterung der Freiwilligenpauschale und die Einführung des Ehrenamtspreises in sieben Kategorien geschafft. Weitere Verbesserungen sollen durch vereinfachte Administration und Dokumentation erfolgen – bei einer gleichzeitig effizienten Kontrolle der Fördergelder.

MIT EINEM TICKET ZUG UM ZUG KULTUR UND SPORT GENIESSEN

Bei Großveranstaltungen sind An- und Abreise klimapolitisch die größten Faktoren. Woche für Woche sind Hunderttausende Menschen in ganz Österreich in Bewegung, um Kunst-, Kultur- und Sportveranstaltungen zu besuchen. Wir wollen diese Menschen von der Straße auf die Schiene bringen und damit einen stressfreien, sicheren und klimafitten Besuch von Großveranstaltungen ermöglichen. Die Lösung ist vielfach erprobt: Die Tickets zu den Events sind gleichzeitig das Ticket für die Öffentlichen Verkehrsmittel, gültig für den Tag der Veranstaltung.

5.5.2 KULTUR

SO SCHAUT'S AUS

Dank zahlreicher und umfassender Maßnahmen sind Kunst und Kultur vergleichsweise gut durch Krisen wie Pandemie und Teuerung gekommen. Ihren Stellenwert erkennt man unter anderem am Kultur-Budget des Bundes, das zwischen 2020 und 2024 um 44 % gesteigert werden konnte. Doch auch abseits der Krisenbewältigung ist in der Kulturpolitik in den vergangenen fünf Jahren viel weitergegangen, etwa betreffend die soziale und finanzielle Lage von Künstler:innen durch den Fairness-Prozess sowie den Fair-Pay-Schwerpunkt, oder in der Filmförderung. Außerdem hat der Kunst- und Kulturbereich wichtige Weichenstellungen und Akzente im Bereich Klimaschutz und Ökologisierung gesetzt. Doch es bleibt weiterhin viel zu tun. Dazu gehören die weitere Verknüpfung von Denkmalschutz und Klimaschutz sowie der Umgang mit der steigenden Bedeutung digitaler Technologien, wie die künstliche Intelligenz, die den Kunst- und Kulturbetrieb maßgeblich beeinflussen.

UNSERE VISION

Kunst und Kultur sind unverzichtbar. Sie öffnen eine wichtige zusätzliche Dimension und sind der Boden, den es für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft braucht. Im Gegenzug braucht der Kunst- und Kultursektor Diversität und breite Teilhabe, aber auch öffentliche Finanzierung und die richtigen Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist es, Kunst und Kultur für möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen zu öffnen und Einladungen an das Publikum von morgen auszusprechen. Die Kunst- und Kulturbranche soll flexibel auf aktuelle Veränderungen reagieren können und weiterhin ein gesellschaftlicher Seismograph sein. Faire Bezahlung und soziale Absicherung sind die Basis dafür. Zudem möchten wir die Potenziale der Digitalisierung und insbesondere der Künstlichen Intelligenz für Kunst und Kultur nützen, aber gleichzeitig vor den damit verbundenen Risiken schützen und vor allem eine gerechte Abgeltung von Urheber:innenrechten durchsetzen. Denn von Kulturarbeit muss man leben können und prekäre Arbeitsverhältnisse müssen der Vergangenheit angehören.

SOZIALE ABSICHERUNG VON KÜNSTLER:INNEN UND MENSCHEN IM KULTURBETRIEB

Wir nehmen uns vor, die soziale Lage von Künstler:innen weiter zu verbessern. Das heißt vor allem, den begonnen Weg in Richtung Fair Pay fortzuführen und weiterhin aktiv zu gestalten sowie die bestehenden Unterstützungsmodelle für Künstler:innen sinnvoll weiterzuführen. Konkret bedeutet das etwa, den Beitragszuschuss des Künstler:innen-Sozialversicherungsfonds zu erhöhen und langfristig abzusichern. Der Fonds muss ausreichend dotiert, evaluiert und stets weiterentwickelt werden.

EIN GUTES KLIMA IN DER KULTUR

Auch in der Kunst- und Kulturbranche gilt es, Einrichtungen und Maßnahmen zur Verhinderung von Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt, wie die Vertrauensstellen vera* oder #wedo im Filmbereich, weiterzuentwickeln und auszubauen. Ein besonderer Fokus muss dabei in Zukunft auf der Prävention liegen.

KUNSTFÖRDERUNG – REFORMEN FORTSETZEN

Mit speziellen Programmen und gezielten Ausschreibungen setzen wir uns dafür ein, die künstlerische und kulturelle Teilhabe unterrepräsentierter Gruppen zu fördern. Zusätzlich möchten wir partizipative Kulturprojekte, an denen Kulturinteressierte aktiv mitarbeiten, weiter ausbauen. Auch die Spartendurchlässigkeit und die Umsetzung spartenübergreifender Projekte sollen erleichtert werden. Des Weiteren ist es unser Ziel, die Digitalisierung der Kunstförderung kon-

sequent voranzutreiben und die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften auszubauen, um einen One-Stop-Shop für die Kunst- und Kulturförderung zu schaffen.

ÖKOLOGISIERUNG DER KULTURBRANCHE

In den vergangenen Jahren wurden wesentliche Maßnahmen in Richtung Klimaverträglichkeit und ökologischer Nachhaltigkeit der Kulturbranche ergriffen. Das wollen wir fortsetzen. Im Fokus stehen dabei Investitionsprogramme, aber auch die kontinuierliche Weiterentwicklung des Umweltzeichens für verschiedenen Sparten der Kunst- und Kulturbranche. Eine Kompetenz- und Beratungsstelle soll Kulturbetriebe mit speziellem Know-how versorgen. Im Bereich der Filmförderung soll das „Green Producing“ mittels gezielter Incentives weiterentwickelt werden.

KULTUREINRICHTUNGEN DES BUNDES

Die kulturelle Infrastruktur des Bundes wird weiterhin sukzessive erneuert und modernisiert. Mit dem neuen Standort im Museumsquartier in Wien wurde die entscheidende Weichenstellung für die optimale Weiterentwicklung des Hauses der Geschichte Österreich vorgenommen; die Lösung ist nun mit der nötigen Qualität und Sorgfalt zu realisieren.

Die Umsetzung laufender und zukünftiger Projekte der Bundesmuseen und Bundestheater muss weiterhin ökologisch und baukulturell sinnvoll erfolgen, Barrierefreiheit bleibt auf der Agenda ganz oben.

Nach der Einführung des gemeinsamen Mindestlohns braucht es für alle Bundesmuseen und die Österreichische Nationalbibliothek einen Kollektivvertrag. Bei den Bundesmuseen soll außerdem geprüft werden, inwiefern eine Weiterentwicklung der organisatorischen Struktur Effizienz und Transparenz stärken kann. Das neu geschaffene Angebot der Bundesmuseen Card soll weitergeführt und gegebenenfalls ausgebaut werden.

DIGITALISIERUNG UND KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Ein Investitionsfonds soll den Einsatz von KI unterstützen – insbesondere kleinere sowie mittlere Kultureinrichtungen und -initiativen. Doch zum Schutz kreativer Arbeit braucht es auch entsprechende Rahmenbedingungen mit klaren Regeln und einem Urheberrecht, das an das KI-Zeitalter angepasst ist. Diese umfassen Transparenz beim KI-Einsatz, die Umsetzung des EU-AI-Acts und vor allem kollektive Vergütungsmodelle.

FILM UND MUSIK

Internationale Streaming-Plattformen sollen zu Investitionen in die österreichische Film- und Musikbranche verpflichtet werden. Eine solche „Investment Obligation“, die auf Basis der EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste möglich ist und bereits in einigen EU-Ländern eingeführt wurde, ist vor dem Hintergrund der hohen Umsätze, die Plattformen wie Netflix, Amazon Prime oder Disney+ in Österreich erwirtschaften, ein faires Instrument, um die heimischen Film- und Musikschaffenden zu unterstützen. Internationale Beispiele zeigen, dass dadurch die Medienpluralität, der Wettbewerb, unabhängige Produzent:innen und Kreative nachhaltig gestärkt werden.

AUSBILDUNGS- UND NACHWUCHSOFFENSIVE IN FILM UND MUSIK

Unser Ziel ist es, eine musikwirtschaftliche Ausbildung auf Lehre- und Universitäts-Level zu etablieren. Zur besseren Förderung der nächsten Generationen von Musik- aber auch Filmschaffenden wollen wir daher in Zukunft relevante Universitäten, Fachhochschulen, Förderinstitutionen und den ORF deutlich stärker einbeziehen.

VERWERTUNGSGESELLSCHAFTEN

Die Reform der Verwertungsgesellschaften soll im Interesse von Künstler:innen und anderen Urheber:innen erfolgen. Zentrale Elemente sind eine Stärkung der Aufsichtsbehörde, mehr Transparenz beim SKE-Fonds und ein fairer Verteilungsschlüssel zur Förderung der Teilhabe.

RÜCKGABE VON KULTURGÜTERN AUS KOLONIALEM KONTEXT

Wir wollen die Empfehlung des Expert:innengremiums zum Umgang mit Kulturgütern aus kolonialem Kontext umsetzen und setzen uns daher für ein Kolonial-Kulturrückgabe-Gesetz ein.

5.6 EIN ÖSTERREICH DER GERECHTEN CHANCEN FÜR ALLE

5.6.1 FRAUEN

SO SCHAUT'S AUS

In den letzten Jahren gab es bedeutende Fortschritte bei den Frauenrechten. Bis zur vollständigen Gleichstellung der Geschlechter liegt jedoch noch ein weiter Weg vor uns. Aktuell drohen sogar Rückschritte. Vor allem rechte und reaktionäre Kräfte greifen Frauenrechte und Errungenschaften zur Gleichstellung unaufhörlich an – weltweit und auch in Österreich. Auch das Recht auf Abtreibung wird in mehreren Ländern aktiv bekämpft. Manche setzen sich sogar für Herd-Prämien ein. Diese Entwicklungen müssen gestoppt werden. Angesichts der Tatsache, dass manche zurück zu veralteten Rollenbildern wollen, stellen wir unmissverständlich klar: Frauen müssen frei und selbstbestimmt leben können.

UNSERE VISION

Wir fordern Geschlechter-Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Frauen sollen ökonomisch unabhängig, frei von Gewalt und mit echter Wahlfreiheit leben können. Dazu gehört auch die gleichberechtigte und sichere Teilnahme am öffentlichen Leben. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich alle frei von Stereotypen und Zwängen entfalten können. Um die notwendigen Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Veränderungen schaffen zu können, braucht es wirksame Maßnahmen. Eines machen wir ganz deutlich: Wir lassen uns von reaktionären Widerständen nicht einschüchtern und kämpfen weiter für vollständige Gleichstellung. Wir haben den Mut, den es für echte Fortschritte in der Frauenpolitik braucht.

VERPFLICHTENDE LOHNTRANSPARENZ

Frauen verdienen immer noch oft weniger als Männer für gleichwertige Arbeit. Im Kampf gegen den Gender Pay Gap fordern daher verpflichtende Einkommensberichte bereits für kleinere Unternehmen, die für alle Beschäftigten über den Betriebsrat einsehbar sind. Bei nachgewiesener Ungleichbezahlung müssen Arbeitgeber:innen Maßnahmen ergreifen, um Lohndiskriminierung zu beenden. Außerdem wollen wir die Gleichbehandlungsstellen stärken und niederschwellige Angebote gegen Diskriminierung ausbauen. Zugleich gilt es, Unternehmen mit Handlungsanleitungen zur Förderung der Lohngerechtigkeit zu unterstützen. In Österreich muss es endlich selbstverständlich sein, dass es gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit gibt.

FRAUENQUOTE FÜR VORSTÄNDE IN BÖRSENNOTIERTEN UNTERNEHMEN

Es ist erwiesen, dass Repräsentation positiv wirkt. Deshalb setzen wir uns für eine verbindliche Frauenquote in Vorständen börsennotierter und großer Unternehmen ein – beispielsweise ab 1.000 dauerhaften Arbeitnehmer:innen –, um die Chancengleichheit in Führungspositionen zu verbessern. Denn trotz gestiegenen Bildungsniveaus bei Frauen sind diese in Spitzenpositionen

und generell in gut bezahlten Jobs weiterhin unterrepräsentiert. Mit einer Quote wollen wir diesem Missstand entgegenwirken und sicherstellen, dass Frauen angemessen in Vorstandsgremien vertreten sind. Mehr Vielfalt in dieser Hinsicht tut auch den Unternehmen gut.

FRAUENANTEIL IN POLITISCHEN FUNKTIONEN ERHÖHEN

Die zu geringe Präsenz von Frauen betrifft auch die Politik selbst. Es gilt daher in allen Bereichen – auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene sowie in politischen Interessensvertretungen und Sozialpartnerorganisationen – den Frauenanteil signifikant zu erhöhen. Wir streben an, dass mindestens die Hälfte aller Positionen mit Frauen besetzt wird. Dazu soll ein Teil der Parteien- und Klubfinanzierung an Frauenquoten in den Parlamentsklubs gebunden werden. Ein erster Schritt wurde bereits mit einem Anreizsystem für Klubförderungen gemacht, in Form eines Zuschusses bei einem Mindestanteil von 40 %. Wir fordern weiterführende verbindliche Maßnahmen.

GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN BEKÄMPFEN

Wir sagen der Gewalt gegen Frauen den Kampf an. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Veränderung und umfassende Gleichstellungspolitik. Dafür braucht es ein Gesamtkonzept, das im Kindergarten beginnt und sich über Schule und Berufsleben erstreckt. Vor allem müssen der Gewalt- und Opferschutz sowie die Prävention mit einer österreichweiten Aktionsplan weiter gestärkt werden. Ein zentraler Punkt ist hier die rechtliche Verankerung des Prinzips der Einvernehmlichkeit im Kampf gegen sexualisierte Gewalt – denn nur Ja heißt Ja.

Die von Justizministerin Alma Zadić erstmals eingeführten Gewaltambulanzen sollen flächendeckend ausgebaut werden. Damit setzen wir uns dafür ein, dass jede Frau und jedes Mädchen als Opfer von Gewalt kostenfreie und anonyme Untersuchungen wahrnehmen kann – das ist entscheidend, um für spätere Verfahren belastbare Beweise zu haben und die Verurteilungsquote zu erhöhen. Wir fordern einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen und mehr Budget für die wichtigen Beratungsstellen für Frauen und Mädchen.

Es braucht einen weiteren Ausbau von Übergangswohnungen für Betroffene und die bundesweite Koordination von Frauenhausplätzen, um den räumlichen Abstand zu Tätern zu vergrößern. Unsere Forderung ist zudem, dass die Täterarbeit durch den Ausbau der Anti-Gewalt-Trainings und Community-Arbeit weiterhin intensiviert wird. Damit nehmen wir gewalttätige Männer aktiv in die Verantwortung.

Auch toxische Rollenbilder sind ein Problem. Diese müssen durch geschlechtersensible Arbeit mit Jungen und Mädchen bekämpft werden. Denn wir wissen: Eine frühzeitige Bewusstseinsbildung und Gleichstellung fördert eine nachhaltige Gewaltprävention und erhöht die Sicherheit für alle.

Frauen- und Mädchen-Beratungsstellen sowie Gewaltschutzzentren müssen durchgängig barrierefrei werden. Das Personal braucht hier entsprechende Schulungen bezüglich der Lebensrealitäten von Frauen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Und da insbesondere auch Frauen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben, von Gewalt betroffen sind, muss die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen ausgebaut werden.

5.6.2 LGBTIQ+

SO SCHAUT'S AUS

Wir haben viel für die LGBTIQ+-Community erreicht. Doch es gibt noch immer einiges zu tun. Denn rechtspopulistische Parteien weltweit schlagen politisches Kleingeld auf Kosten von trans*, inter* und nicht-binären Menschen. Unter dem Deckmantel traditioneller Werte arbeiten erzkonservative und religiöse Organisationen daran, die Grund- und Menschenrechte queerer Menschen einzuschränken. Das lassen wir nicht zu.

UNSERE VISION

Wir setzen uns seit Jahrzehnten konsequent für die Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen ein. Das bleibt auch in Zukunft so. Unser Ziel ist Gleichberechtigung, Schutz und Selbstbestimmung für alle – unabhängig von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität. Diskriminierung, Hass und Hetze sind inakzeptabel. Denn Liebe ist Liebe. Und das sollte von allen respektiert werden. Dafür haben wir bereits einige Meilensteine umgesetzt. Wir haben die Diskriminierung bei Blutspenden beendet und im Kampf gegen Aids die HIV-Prophylaxe PrEP, die das Risiko einer HIV-Infektion um 75 % verringert, kostenlos gemacht. Wir haben das Abstammungsrecht reformiert: Nun ist jede Person, die zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet oder verpartnert ist, rechtlich der zweite Elternteil, unabhängig vom Geschlecht oder von der Methode der Fortpflanzung. Diese Reform sorgt für stabile Abstammungsverhältnisse und stärkt die Rechtssicherheit sowie das Wohl des Kindes.

REHABILITIERUNG – ANRECHNUNG VON HAFTZEIT AN PENSION

Liebe ist kein Verbrechen. Und dennoch wurden in Österreich homo- und bisexuelle Menschen bis ins 21. Jahrhundert strafrechtlich verfolgt. Wir setzen uns weiterhin vehement für Gerechtigkeit ein und fordern die beitragsfreie Anrechnung der Haftzeiten auf die Pension der Opfer von homophoben Gesetzen. Mit der vollen Rehabilitierung und finanziellen Entschädigung der Opfer leisten wir einen historischen Beitrag zur Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels. In diesem Zuge setzen wir uns auch für die Schaffung einer Gedenkstätte ein.

LEVELLING UP

In Österreich besteht zwar Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund sexueller Orientierung, jedoch nicht im privaten Bereich. Das führt dazu, dass Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität die Mitnahme im Taxi, die Bedienung im Restaurant, der Einlass ins Schwimmbad oder eine Mietwohnung verweigert werden können. Diskriminierung wegen Herkunft, Behinderung und Geschlecht ist hingegen verboten. Für trans* und nicht-binäre Personen braucht es daher dringend eine rechtliche Klarstellung, um umfassenden Schutz zu gewährleisten. Obwohl die Kategorie Geschlecht im Privatbereich geschützt ist, soll auch hier eine bessere rechtliche Absicherung für Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck umgesetzt werden – davon würden trans* sowie nicht-binäre Menschen profitieren. Durch „Levelling Up“ dehnen wir die bereits geschützten Bereiche auf alle anderen aus.

GESCHLECHTSEINTRÄGE REFORMIEREN

Seit September 2020 bietet Österreich sechs Optionen für den Geschlechtseintrag: „inter“, „divers“, „offen“, „weiblich“, „männlich“ und „keine Angabe“. Das ist international einzigartig und ein großer Schritt in die richtige Richtung. Diese Auswahl ist jedoch nur für intergeschlechtliche Menschen nach medizinischen Gutachten zugänglich. Nicht-binäre und trans* Personen mussten ihr Recht erst einklagen. Es ist notwendig, im Personenstandsgesetz rechtlich abzusichern, dass alle inter*, trans* und nicht-binären Personen frei zwischen diesen sechs Möglichkeiten wählen können. Jeder Mensch sollte das Recht haben, selbstbestimmt über die eigene Geschlechtsidentität zu entscheiden.

5.6.3 INKLUSION

SO SCHAUT'S AUS

Menschen mit Behinderungen erfahren in vielen Lebensbereichen Benachteiligung und Diskriminierung. Trotz einiger Fortschritte im Zugang zum Arbeitsmarkt und bei Unterstützungsleistungen, wie der persönlichen Assistenz, sind viele Rechte der UN-Behindertenrechtskonvention noch nicht umgesetzt. Mangelnde Barrierefreiheit in der gebauten Umgebung, der digitalen Welt und der Kommunikation – einschließlich fehlender Übersetzungen in leichter Sprache und Gebärdensprache – beeinträchtigen ihre Chancen in den Bereichen Bildung, Arbeit und Freizeit maßgeblich. Viele leben, lernen und arbeiten daher isoliert in Sonderschulen, Heimen oder Werkstätten. Mit wenig Kontakt zu Nichtbehinderten, wodurch Vorurteile und Unsicherheiten weiter verstärkt werden.

UNSERE VISION

Unser Ziel ist die vollständige Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft. Wir möchten, dass alle gemeinsam leben, lernen, arbeiten und Freundschaften pflegen können. Menschen mit Behinderungen sollen als Nachbar:innen, Freund:innen, Kolleg:innen und Partner:innen inmitten der Gesellschaft leben. Selbstbestimmt, frei von Zwängen und in Würde.

Die UN-Behindertenrechtskonvention beschreibt, wie das ermöglicht werden kann. Wichtige Maßnahmen sind die Deinstitutionalisierung, Barrierefreiheit, inklusive Bildung, bedarfsgerechte Unterstützung wie die Persönliche Assistenz und ein inklusiver Arbeitsmarkt. Wir müssen inklusiv denken und konsequent handeln. Es braucht die Entwicklung von Lösungen, die vielfältige Lebensrealitäten berücksichtigen und allen Menschen mehr Möglichkeiten bieten. Dafür setzen wir uns ein.

INKLUSIVER ARBEITSMARKT

Menschen mit Behinderungen haben es bei der Arbeitssuche besonders schwer. Die Folge ist oft eine lebenslange Abhängigkeit von Familie oder Sozialhilfe. Wir wollen daher einen inklusiveren Arbeitsmarkt schaffen, der allen Menschen mit Behinderungen Chancen bietet. Unser Ziel ist es, dass Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam arbeiten und Geld verdienen können. Das bedeutet auch, Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, flexibel zwischen Werkstatt und Arbeitsmarkt zu wechseln, um schrittweise Sicherheit zu gewinnen und unabhängiger zu werden. Ein inklusiver Arbeitsmarkt, der die Stärken und Fähigkeiten der Betroffenen berücksichtigt, verbessert die Bedingungen aller Beschäftigten.

BEDARFSGERECHTE SOZIALE ABSICHERUNG

Wir wollen, dass Eltern ab dem 25. Lebensjahr ihres Kindes nicht mehr finanziell für dieses aufkommen müssen, wenn durch die Behinderung keine Selbsterhaltungsfähigkeit vorliegt. Stattdessen soll es eine bedarfsgerechte soziale Absicherung geben, die Menschen mit Behinderung vor Armut schützt und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Zudem befürworten wir eine vermögensunabhängige, armutsfeste Geldleistung sowie eigene Pensions- und Krankenversicherungen. Eine einkommensergänzende Leistung soll außerdem dafür sorgen, dass sie auch von Teilzeitarbeit gut leben können. Und um ihre Integration in den inklusiven Arbeitsmarkt weiter zu unterstützen, ist es notwendig, dass sie für die Arbeit in Werkstätten entlohnt und sozialversichert werden.

INKLUSIVE BILDUNG

Eine inklusive Schule sieht die Verschiedenheit der Kinder als Stärke und fördert sie individuell. Studien zeigen, dass der Besuch von Sonderschulen die Chancen auf einen Job und gesellschaftliche Teilhabe verschlechtert. Wir fordern daher flächendeckende, inklusive und barrierefreie Bil-

dungsangebote – vom Kindergarten bis zur Universität und Erwachsenenbildung. Menschen mit Behinderungen lernen von klein auf, Barrieren zu überwinden und alternative Wege zu finden. Wenn alle gemeinsam lernen, muss das vermeintlich Normale hinterfragt und neu gedacht werden. Das schult das Denken bezüglich konstruktiver Veränderung. So führt Inklusion zu einer Denkweise, die auch bei anderen Herausforderungen wie Migration und Klimakrise für alle von Vorteil ist.

BARRIEREFREIHEIT ERWEITERN

Barrierefreiheit ist essenziell für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und erhöht auch den Komfort für alle anderen – durch Lifte, ebene Einstiege oder Untertitel. Doch trotz hoher öffentlicher Ausgaben aus Steuermitteln sind viele geförderte Projekte nicht barrierefrei. Das betrifft Wohnbau und Verkehr, aber auch Medien und Kultur. Förderungen müssen daher an Barrierefreiheit geknüpft werden. Wenn Unternehmen oder die öffentliche Hand Barrieren errichten und ein Gericht Diskriminierung feststellt, sollte das Gericht stets die Beseitigung der Barrieren anordnen können.

PERSÖNLICHE ASSISTENZ

Menschen mit Behinderungen möchten selbst bestimmen, wie und von wem sie unterstützt werden – durch die Persönliche Assistenz ist das möglich. Ein Pilotprojekt stellt den Bundesländern 100 Millionen Euro zur Verfügung, um diese im Privatbereich zu finanzieren und die soziale Absicherung der Assistent:innen zu verbessern. Diese erhalten nun eine feste Anstellung, Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen mit Behinderung – nicht nur jene mit Körperbehinderungen – die benötigte Persönliche Assistenz erhalten.

INKLUSIONSFONDS

Es sind ausreichende finanzielle Mittel nötig, um die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und passende Unterstützungsleistungen für alle Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Wir befürworten einen Inklusionsfonds, ähnlich dem Pflegefonds, um dies gewährleisten zu können.



MEHR DAZU AUF

www.gruene.at

